

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft

A 20940 P

spw - 38



SU
2017



10. Jahrgang — Dezember 1987

Interview mit Hans-Jochen Vogel

9,50 DM



Herausgeber/Herausgeberinnen: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Jürgen Egert (Berlin-West), Katrin Fuchs (Verl), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Ursula Pausch-Gruber (Kairlindach), Olaf Scholz (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Kurt Wand (Hamburg), Klaus-Peter Wolf (Frankfurt/M.), Burkhard Zimmermann (Berlin-West)

Ständige Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen: Burchard Bösche (Frankfurt/M.), Arno Brandt (Hannover), Hillevi Burmester (Berlin-West), Peter Ellinghausen (Berlin-West), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Bonn), Alfred G. Frei (Singen), Herbert Grimberg (Niedernhausen), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth-Kerth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Hagen), Peter Pelinka (Wien), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg)

Redaktion: Jürgen Blume, Joachim Günther, Frank Heidenreich, Michael Karnatz, Dieter Scholz, Andreas Wehr, Hans Willi Weizen, Andreas Westphal

Sekretariat: Christina Hausberg

Redaktion und Auslieferung: Tegeler Straße 6, D-1000 Berlin 65, Telefon (030) 461 70 83

Werbung: Matthias Zipser

Verlag: spw-Verlag/Redaktion GmbH, HRB 13699, Tegeler Straße 6, D-1000 Berlin 65
Geschäftsführer: Joachim Günther, Frank Heidenreich, Andreas Wehr

ISSN 0170-4613

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1987.

Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Druck: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.

Umschlaggestaltung: Jürgen Holtfreter. — Auflage 1.-3. Tausend Dezember 1987.

Die *spw* erscheint 1987 in 5 Heften mit einem Jahresumfang von 480 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. Der Buchhandelspreis beträgt 9,50 DM, in der Republik Österreich 70,- ÖS, in der Schweiz 9,- sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,- DM zuzüglich Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 7,50 DM (55,- ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift, einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 13 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 502 83 00 (BLZ 100 101 11)

Postgiroamt Berlin-West 109 974 — 105 (BLZ 100 100 10)

Beilagenhinweis: Diesem Heft liegen ein Prospekt und die Jahresabo-Rechnung 1988 des *spw-Verlages*, Berlin/West, bei.

Frauen

Uschi Pausch-Gruber

Ein Mäuschen für die Partei-Miezen

Zum Quotierungsvorschlag des SPD-Parteivorstandes»

391

Bettina Michalski

Angst vor dem Konflikt?Zur Debatte um den § 218 auf der Bundeskonferenz der AsF
in Mannheim vom 16. bis 18.10.1987

392

Friedenspolitik

Mechtild Jansen

Plädoyer für eine »positive Friedensdoktrin«

Perspektiven der Friedensbewegung

395

Volker Böge

Bundesrepublik — Frankreich:**Militärkumpanei statt Völkerfreundschaft?**

403

Jungsozialisten

Frank-Axel Dietrich

Unsere Utopien sind die Wirklichkeit von morgen!

Bericht vom Bundeskongreß der Jusos vom 25. bis 27.9.1987

409

Geschichte der Arbeiterbewegung

Peter Brandt

**Die kommunistische Konzeption der »Volksfront«
in der Geschichte der Arbeiterbewegung**

414

SPD-Programmdiskussion

Heinz Bierbaum/Joachim Bischoff/Richard Detje

Individualität und Solidarität

Zu einem zentralen Defizit des Irseer Programmentwurfs

424

Karsten Rudolph

Konzentrierter Eingriff

Die »Randglossen« der Jusos zum Irseer Programmentwurf

431

Interview

- »... den gegenwärtigen Zustand verändern zu wollen,
ist ein Stück sozialdemokratischer Identität«
Interview mit Hans-Jochen Vogel 435

Diskussionsschwerpunkt: Sowjetunion 2017

- Josef Hindels
**Die Sowjetgesellschaft
siebzig Jahre nach der Oktoberrevolution** 442
- Monty Johnstone
Demokratisierung in der Sowjetunion
Perspektiven und Probleme 449
- Detlev Albers
Gorbatschow als »philosophische Tatsache« 460
- Arthur Hansen und Uli Schöler
»Übergang zur Macht durch das Volk«
Tagung von IMSF und »Sozialismus« zum Thema
»Umbruch in der Sowjetunion« am 5.9.1987 in Frankfurt/Main 465

Besprechungen

- Joeres, Ruth-Ellen, und Annette Kuhn (Hrsg.): Frauen in der Geschichte VI
(Kurt Schilde) 467
- Affeldt, Werner, und Annette Kuhn (Hrsg.): Frauen in der Geschichte VII
(Kurt Schilde) 467
- Borries, Bodo von, und Annette Kuhn (Hrsg.): Frauen in der Geschichte VIII
(Kurt Schilde) 467
- Löw, Raimund, Siegfried Mattl und Alfred Pfabigan: Der Austromarxismus
(Uli Schöler) 468
- Löw, Raimund: Arbeiterbewegung und Zeitgeschichte im Bild 1867-1938
(Uli Schöler) 468
- Totenbuch Theresienstadt (Uli Schöler) 468
- Albers, Detlev: Sozialismus im Westen (Rainer Diehl) 471
- Über die Autorinnen und Autoren 474
- Jahresinhaltsverzeichnis 1987 475

Editorial

Der »Rote Oktober« schrieb Weltgeschichte. Der österreichische Sozialdemokrat Otto Bauer erkannte dies 1919 ebenso wie die Tatsache, daß der russische Oktober nicht *die* Weltrevolution sein konnte. Siebzig Jahre danach ist der Kampf um seine Zukunft in vollem Gang. Jahrzehntlang standen das Überleben dieses sozialistischen Projekts, die nachholende Industrialisierung und der Kampf gegen die äußere Aggression, aber auch stalinistische Repression und hausgemachte Stagnation im Zentrum des sowjetischen Geschehens. Die Perspektivlosigkeit der Ära Breschnew, deutlich genug zuletzt in Innen- und Außenpolitik (Krise des Agrarsektors, staatliche Zwangsmaßnahmen, Besetzung Afghanistans), veranlaßte viele, die Erschöpfung des bolschewistischen Fortschrittsimpulses festzustellen. Würde aber die Notwendigkeit des Umbaus der Sowjetgesellschaft auch jene Kräfte hervorbringen, die zu radikaler Reform fähig wären?

Diese Frage wurde noch vom »Irseer Entwurf« auf scholastische Art verneint, während das gemeinsame Papier von SPD und SED bereits zu einer anderen Antwort kommt. Seit zweieinhalb Jahren werden wir Zeugen des dramatischen Versuchs einer weit ausgreifenden Demokratisierung und Dynamisierung in fast allen Bereichen. Heute werde — so Gorbatschow kürzlich unter Hinweis auf das 100. Jubiläum im Jahr 2017 — über die Grundlagen der Zukunft entschieden.

Dieser Blick »nach vorn« ist verknüpft mit einer aufschlußreichen Rückbesinnung auf die eigene Geschichte im allgemeinen, auf Lenin als politischen Theoretiker im besonderen. Nun besitzen Lenin-Worte seit Stalin auch die Funktion der Heiligsprechung einer konkreten Politik. Die stalinistische, mit Stalin nicht verschwundene Konstruktion von »Leninismus« bestand immer in einer von herrschaftspraktischen Interessen geleiteten Ausgrenzung bestimmter (gerade auch Leninscher) Anschauungen und ihrer Anhänger. Um so interessanter, welcher Lenin heute wieder zum Sprechen gebracht wird und welche Auffassung von Politik damit ausgedrückt werden soll.

»Vollenden, umgestalten, wieder von vorn anfangen — das werden wir noch mehr als einmal tun müssen. Jede Stufe, die wir bei der Entwicklung der Produktivkräfte und der Kultur vorwärts und aufwärts kommen, muß von einer weiteren Ausgestaltung und Umgestaltung unseres Sowjetsystems begleitet sein ...« Lenin schrieb diese Sätze Ende 1921, in einer Situation der Neuorientierung hin zur Neuen Ökonomischen Politik. Gorbatschow mag sie am 2. November in seiner Ansprache zum 70. Jahrestag auch deshalb zitiert haben, weil sie Leitbegriffe der neuen Generallinie enthalten und so Legitimation schaffen. Aber das Zitat sagt noch etwas: Es ist gleichsam eine Wiedererinnerung an die Dialektik politischer Prozesse, deren Wirksamkeit in sozialistischen Gesellschaften Generationen von Kommunisten bestritten und viele weiter bestreiten.

Der Prozeß des Neudurchdenkens und der Umgestaltung steht erst am Anfang, die größeren Schwierigkeiten kommen noch. Vielleicht auch deshalb wirkte das bereits erwähnte Referat Gorbatschows auf viele ernüchternd. Bis heute ausstehende Rehabilitierungen prominenter Stalin-Gegner wurden nicht ausgesprochen und können dem-

nächst nur in einigen Fällen erwartet werden. Die Mystifikation der Oktoberrevolution als »gesetzmäßiges Ergebnis« steht unvermittelt neben dem Hinweis auf die »politische Kunst Lenins und seiner Kampfgefährten«. Mut und Verdienst Chrustschows werden einerseits in dessen Versuch gesehen, »den schöpferischen Geist des Leninismus wieder lebendig zu machen« — andererseits war wenige Seiten vorher dem Redetext zu entnehmen, Stalin habe den Leninismus im ideologischen Kampf »verteidigt«. Und die Warnung vor konservativen Kräften heute glaubte Gorbatschow, mit Kritik an »übermäßig Eifrigen und Ungeduldigen« verbinden zu müssen.

Solche Widersprüche müssen jene enttäuschen, die das Gewicht der Reformgegner und die Macht der Tradition unterschätzen. Wie stark die Widerstände gegen Umgestaltung und Demokratisierung auch in der Parteiführung sind, zeigen die jüngsten Vorgänge um die Absetzung des Moskauer Stadtparteichefs. Dennoch: Nicht das Eintreten solcher Rückschläge ist wirklich überraschend, ihr Ausbleiben wäre es. Die derzeitigen Äußerungen Gorbatschows wie der ganze Reformprozeß besitzen unvermeidlich Kompromißcharakter. Nach wie vor wird an der zentralen Stellung der Demokratisierungsfrage festgehalten: Mangelnde sozialistische Demokratie — so Gorbatschow am 70. Jahrestag — ermöglichte erst Personenkult, Willkür und Repressalien, sie bildete den Hauptgrund für das Scheitern Chrustschows, und sie wird zu einem Großteil über den Erfolg des neuen Kurses entscheiden.

* * *

Das vorliegende Heft behandelt eingangs ein in der SPD derzeit lebhaft und kontrovers diskutiertes Problem, die Quotierung von Funktionen und Mandaten der Partei. *Uschi Pausch-Gruber* nimmt Stellung zur Debatte in den Bezirken und im Parteivorstand. Der Kongreßbericht von *Bettina Michalski* beleuchtet insbesondere die Auseinandersetzung unter sozialdemokratischen Frauen um die Forderungen zum »§ 218«. — Die Programmdiskussion in diesem Heft mit drei Beiträgen fortgesetzt: Die auf dem letzten Bundeskongreß Ende September formulierte Kritik der Jungsozialisten am Irseer Programmwurf stellt *Karsten Rudolph* vor. Der Artikel von *Bierbaum, Bischoff und Detje* beleuchtet das Defizit an Neokonservatismus-Analyse. Im Gespräch mit *spw* informiert der Parteivorsitzende *Hans-Jochen Vogel* über das weitere Verfahren der Diskussion und äußert einige Vorstellungen zum künftigen Programm der SPD.

Situation und Politik der Rechten in der BRD werden wir im kommenden Jahr zu analysieren suchen. Heft 39, das Mitte Februar erscheinen wird, soll sich der Krise und den Perspektiven der Rechtskräfte annehmen. Eine inhaltliche Neuigkeit: *Ökologie — Wissenschaft — Technik* wird ab dem nächsten Heft ein regelmäßig wiederkehrendes Themenstichwort sein.

Frank Heidenreich

Verlagsmitteilungen

spw als Zweimonatszeitschrift!

Mit dem Jahrgang 1987 nahmen wir zwei Veränderungen vor: *spw* erschien in fünf statt bisher vier Heften, und der Umfang des einzelnen Hefts wurde geringfügig verringert. Der Jahresabo-Preis blieb bei 39 DM (Ausland: 42 DM) inklusive Versandkosten.

In der Logik dieser Entscheidung lag bereits die Umstellung von der Vierteljahreszeitschrift auf sechsmaliges Erscheinen. Redaktion und Herausgeber haben im Oktober beschlossen, diesen Schritt zu wagen. Ab dem kommenden II. Jahrgang (1988) erscheinen sechs *spw*-Ausgaben; Format, Umfang und Aufmachung des einzelnen Hefts werden nicht verändert.

Die ehrenamtlich tätige Redaktion wird mehr Arbeit bekommen und ihre Kapazitäten erweitern müssen. Die Umstellung der Zeitschrift gibt andererseits die Chance, schneller politisch Stellung zu nehmen und die Abstände zwischen kontroversen Diskussionsbeiträgen zu verkürzen. Obwohl es also auch für die Leser/innen mehr »zu tun« — sprich: zu lesen — gibt, glauben wir, so besser einem Bedürfnis von vielen entsprechen zu können.

Zu den Preisen: Der Buchhandelspreis von 9,50 DM bleibt. Um 0,50 DM (von 7 auf 7,50 DM) erhöhen wir ab Heft 39 den Preis des Einzelhefts im Abonnement und im Organisationsverkauf. Die Anpassung der Abo-Versandkosten wird unvermeidlich, da der Versandkostenanteil des Jahresabonnements von bisher 4 DM (1987 also 0,80 DM pro Heft des Inlandsabos) nicht mal mehr das Streifbandporto von 0,85 DM deckte.

Jahres-Abo 1988 (6 Hefte à 96 Seiten) *Inland:* 45 DM zzgl. 6 DM Versand = 51 DM
Ausland: 45 DM zzgl. 9 DM Versand = 54 DM

Wir weisen die *Abonnenten/Abonnantinnen* auf die beiliegende Jahresabo-Rechnung für 1988 hin; soweit nicht Abbuchung vom Konto erfolgt, ist die Zahlung des Rechnungsbetrages von 51 DM (bzw. 54 DM bei Auslandsabonnenten) innerhalb von 30 Tagen fällig.

Prämienangebot!

... **für Abonnenten:** Bei *Überweisung des Jahresabo-Betrags bis 1.1.1988* zuzüglich 15 DM senden wir ein Exemplar des gerade erschienenen Buches von Detlev Albers, Sozialismus im Westen, Argument-Verlag, Berlin/West 1987 (267 Seiten, br., 22 DM) zu. Wer für die Abo-Gebühren eine Einzugsermächtigung erteilt hat, überweist nur 15 DM bis zum diesem Termin. — *Also: spw-Abo 1988 plus Albers = 66 DM (Ausland 69 DM)!*

Dieses Angebot gilt nur für Abonnenten und nur für ein Exemplar des angegebenen Titels.

... **für Werber und neue Abonnenten:** Ein Gratisexemplar des Albers-Buchs gibt es außerdem bei jedem neuen Abo, das bis zum 1.6.1988 (Poststempel) bei uns eingeht! Entweder für die Abonnetin bzw. den Abonnenten oder für den Werber — entsprechend Eurer Anforderung.

Neuerscheinungen im Argument

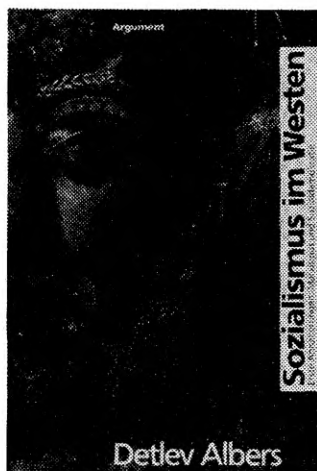


Wolfgang Fritz Haug
Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt

Unter dem Stichwort »Historikerstreit« erleben wir den seltsamen Umstand, daß sich ein ganzes Volk plötzlich leidenschaftlich für seine Geschichte zu interessieren scheint.

W. F. Haug läßt in seiner umfassenden Analyse mehr als 300 Beteiligte am Streit um die Identität der Westdeutschen zu Wort kommen. Im Zusammenhang mit dem neuen Historikerstreit gewinnt die »alte Vergangenheitsbewältigung« nach 1945, der »hilflose Antifaschismus«, erneute Brisanz.

330 S., Ln. 38.- DM, br. 28.- DM



Detlev Albers
Sozialismus im Westen

Erste Annäherungen:
Marxismus und
Sozialdemokratie

Mit dem Irseer Programm (1986) hat sich die SPD wieder ausdrücklich auf die »Marxsche Geschichts- und Gesellschaftslehre« als eine ihrer wichtigsten »geistigen Wurzeln« berufen. Welchen Beitrag kann ein erneuerter Marxismus für die Theorie und Praxis der SPD leisten? Detlev Albers (Mitglied der II. Programm-Kommission des SPD-Parteivorstandes) behandelt in seinen Aufsätzen u.a. die Grundsatzdebatte in der SPD sowie deren Herausforderungen und Perspektiven.
260 S., br. 22.- DM

Argument-Verlag

Rentzelstraße 1
2000 Hamburg 13

Frauen

Uschi Pausch-Gruber

Ein Mäuschen für die Partei-Miezen

Zum Quotierungsvorschlag des SPD-Parteivorstandes

Bescheiden oder typisch sozialdemokratisch! Komödie oder Trauerspiel! Sicher ist eines: was der Parteivorstand jetzt im Vollzug des Nürnberger Parteitagsbeschlusses vorlegt, ist nicht die Erfüllung seiner Hausaufgaben in Sachen Gleichstellung. Was nun mit (genehmigter) Verspätung da ist, sind keine Vorschläge zur Änderung der Satzung und der Wahlordnung, sondern ein erneuter »Diskussionsvorschlag«. Und der bleibt noch hinter dem zurück, was Organisationskommission und Gleichstellungskommission gemeinsam erarbeitet hatten.

Genaugenommen, enthält er nur die Formulierung einer allgemeinen Klausel, daß Männer und Frauen mit jeweils 40 Prozent in den verschiedenen Gremien etc. vertreten sein müssen. Doch diese Mußbestimmung wird für kleine Ortsvereine mit einem niedrigen Frauenanteil sogleich wieder in eine Sollbestimmung umgewandelt. Die Fristen für die Verwirklichung der Gleichstellung werden zum Teil bis 1998 hinausgeschoben. Für die Durchführung der Quotierung bei Delegiertenwahlen und bei der Aufstellung der Listen für Bundestag, Landtage, Europaparlament und für die Kommunalwahlen wird die Zuständigkeit auf die Bezirke oder Landesverbände verschoben. Was einige Bezirke, Ortsvereine und ein Landesverband bereits geschafft haben, nämlich die Parteispitzen und die Beisitzer paritätisch zu besetzen, scheint auf Bundesebene noch immer unvorstellbar. Wirklich ein gutes Beispiel für diejenigen Genossen (die es ja auch immer noch geben soll), denen der ganze Weiberkram zuwider ist.

Was die Ausnahmeregelungen für kleine Ortsvereine mit wenigen Frauen angeht, ist es sicher wichtig, daß untersucht wird, ob in diesen Hochburgen des Patriarchats nicht bewußt-unbewußt eine Parteiarbeit üblich ist, die Frauen abschreckt. Ich hoffe jedenfalls, daß von den zur Debatte stehenden Quoren (50 Mitglieder oder 100 oder 150) das niedrigste vom Parteitag eingesetzt wird, damit wir uns nicht der Lächerlichkeit preisgeben; denn eine Quote, nach der in einigen Landstrichen die Hälfte der Ortsvereine »Ausnahmen« sind, wird wohl in der Öffentlichkeit kaum Beifall finden. Innerparteilich ist überhaupt nicht einzusehen, warum die Fristen für die Quoten-Erfüllung um vier Jahre nach hinten geschoben werden (von 1988 in drei Schritten bis 1994 wird vorgeschlagen). Schon die Wahlen des Jahres 1987 haben gezeigt, daß überall dort, wo die Partei ernsthaft diskutiert hatte, paritätische Vorstände gewählt wurden — auf Anhieb. Dieser Prozeß einer raschen Umsetzung (für unsere Glaubwürdigkeit unverzichtbar) würde unnötig gebremst!

Der heikelste Punkt ist natürlich die Aufstellung der verschiedenen Listen zu den Parlamenten. Hier dürften die meisten Widerstände (von den bedrohten Amtsinhabern) und die schwersten Belastungen (für die als Gegenkandidatinnen antretenden Frauen) zu erwarten sein. Bei der geringen Präsenz der Frauen im Bundestag und in den Landtagen erscheint es realistisch, eine Lösung in drei Etappen bis 1998 ins Auge zu fassen. Für die Bundesliste zur Europawahl (deren Aufstellung in der Verantwortung des Parteivorstandes liegt) jedoch müssen zwei Etappen genügen, weil hier — dank Willy Brandt — bereits ein Viertel weibliche Fraktions-Mitglieder da sind. Für die Kommunalwahlen, dem Ort, an dem sich die Glaubwürdigkeit der Partei immer in besonderer Weise zeigen muß, sind die zaghaften Schritte besonders inakzeptabel: Mindestens ein Drittel, lieber noch Parität muß die Parole für alle Wahlen ab 1998 heißen. Daß man damit Mehrheiten erreicht, hat München ja sehr deutlich gezeigt. Massiv eingefordert werden muß schließlich noch die Änderung der Wahlordnung. Sie ist das Instrument, mit dem der Parteivorstand indirekt bis in die Ortsvereine hineinwirken kann. Über die Wahlordnung muß und kann sichergestellt werden, daß tatsächlich mindestens 40 Prozent Frauen in die Delegationen und die Vorstände gewählt werden. Als durchaus praktikabel hat sich in der Praxis das Wählen auf getrennten Listen erwiesen.

Frau hofft, daß der Parteirat, der sich als nächstes mit dem Diskussionsvorschlag befaßt, schon einiges an Biß hinzufügt. Jedenfalls ist die gesamte Partei aufgerufen, bis zum August 1988 durch entsprechende Anträge dafür zu sorgen, daß es zu einer Satzungsänderung kommt, die wirklich ein Instrument der Gleichstellung von Männern und Frauen ist: Damit die Partei nicht nur ein Mäuschen gebiert, das sie den Partei-Miezen als Spielzeug präsentiert.

Bettina Michalski

Angst vor dem Konflikt?

Zur Debatte um den § 218 auf der Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen in Mannheim vom 16. bis 18.10.1987

Der § 218 war und bleibt neben dem Recht auf Arbeit und den Biotechnologien eine der Hauptfragen der Frauenbewegung. Zu all diesen Themen hat die Bundesfrauenkonferenz qualifiziert diskutiert und zumindest in Ansätzen Handlungsstrategien entwickelt. Der § 218 ist dabei herauszugreifen als ein Kernstück der Kampagne der Konservativen auf unsere Rechte. Eine Kampagne, die emotionalisierend und diffamierend vorgebracht wird und auf Kontrolle wichtiger Lebensbereiche zielt: Ausbildung oder Kind, Beruf oder Erziehung? So wird vielen von uns die Alternative gestellt.

Wie verhält sich die AsF dazu? In welcher Weise nimmt sie in dieser Frage Einfluß auf die SPD? Welche Rolle spielt sie hierbei in der Frauenbewegung?

Den Einstieg in die Debatte um den § 218 lieferte Anke Fuchs. Sie ließ es sich nicht nehmen, ausgerechnet in einem Grußwort deutlich zu machen, wie der Parteivorstand die Sache sieht. Die Streichung des § 218 bedeute, »einen Sprung zu weit zu machen, der die Gegner herausfordert«. Anke Fuchs ignorierte dabei die Kampfordnung: Wir Frauen sind eben nicht in der Lage, die Waffen bestimmen zu können. Der Paragraph liefert vielmehr den Rahmen, je nach Belieben die Schrauben anzuziehen, ähnlich dem gegenwärtigen Beratungsgesetz. Es geht auch nicht darum, zu verhindern, daß ein vermeintlich schlafender Löwe in Gestalt der Rechtskräfte durch zuviel Keckheit geweckt wird. Tatsächlich werden wir herausgefordert. Der Verdacht liegt nahe, daß es der Bundesgeschäftsführerin nicht um das richtige Konzept der Frauen, sondern um das falsch verstandene Wahlkampfalkül der Partei geht. Die ordnungsgemäße Debatte um den § 218 mit 20 verschiedenen Anträgen begann erst am späten Nachmittag des zweiten Konferenztages. Aus dem Antrag des Bundesvorstandes und dem von der Antragskommission zur Beratungsgrundlage vorgeschlagenen, wurde eine neue Vorlage geschneidert. Sie war weniger deutlich als der ursprüngliche Antrag, enthielt aber immer noch die Forderung nach Streichung des § 218.

Der Bundesvorstand, obwohl Antragsteller, hielt sich aus der Debatte heraus — ein vereinbartes Schweigen? Neue Argumente gab es nicht. Einziger »Ausrutscher«: Ein Streichungsbeschluß fiele den Genossinnen und Genossen in Schleswig-Holstein in den Rücken, die sich dann Vorwürfen seitens der CDU ausgesetzt sähen, die SPD fordere Abtreibung bis zum neunten Monat. Als ob es nur moralischer Integrität bedürfte, einer auf Diffamierung des Gegners zielenden Wahlkampfstrategie den Boden zu entziehen. Der schließlich gefaßte Beschluß fiel widersprüchlich aus: Er wendet sich gegen das Beratungsgesetz, gegen Zwangsberatung und tritt für die »eigenverantwortliche Entscheidung der Schwangeren« ein. Die wichtigsten Punkte im Wortlaut:

»2. Wir sind überzeugt, daß Strafrecht kein geeignetes Mittel für die Lösung von Schwangerschaftskonflikten ist. Wir lehnen deshalb jede Bestrafung der Frauen ab, die sich bei einem Schwangerschaftskonflikt für einen Abbruch entscheiden. Ebensowenig dürfen Ärztinnen und Ärzte, die auf Wunsch der Schwangeren einen Abbruch vornehmen, mit Strafe bedroht werden. (...)

5. Der § 218 war und ist immer noch durch seine Anwendung und Interpretation immer auch Unterdrückungs- und Disziplinierungsinstrument gegen Frauen. Bis heute wird dieser Paragraph, mit dem viele Frauen schlimmste Erfahrungen verbinden, instrumentalisiert, um Frauen einzuschüchtern, zu verunsichern, zu kriminalisieren. Diese Tendenz wird durch das geplante Beratungsgesetz noch verschärft. Unser Ziel ist dagegen die Entkriminalisierung der Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen.«

Die Analyse des § 218 ist falsch; denn nicht eine bestimmte *Interpretation* und *Anwendung* des Gesetzes führt zur Unterdrückung der Frauen. Der Paragraph des Strafbuchbuches selbst hat diesen Zweck. Er läßt sich mithin nicht reformieren, menschlicher machen, sondern nur abschaffen. Im Unklaren bleibt die genaue Forderung der AsF: Die aufgestellten richtigen Ansprüche lassen sich nur durch eine Streichung des § 218 realisieren, denn es sind die §§ 218 und 219 StGB, die Frauen und Ärzte kriminalisieren und die Beratung vorschreiben. Eine Streichungsforderung hat aber die Konferenz mit 121 : 111 — so knapp wie nie zuvor — abgelehnt. Typisch sozialdemokratischer Spagat?

Die Frage der Abtreibung ist nicht die einzige, in der sich die Sozialdemokratie in die Defensive drängen läßt. Der § 218 steht hier für viele andere Themen. Statt den Anspruch der Volkspartei kämpferisch zu wenden, mißverstehst sie ihn als Aufgabe, niemandem weh zu tun. Divergierende Interessen werden so gleichberechtigt nebeneinandergestellt, aus notwendigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen wird der friedliche Ideenwettbewerb. Dabei wäre die Debatte um den § 218 geeignet, zu verdeutlichen, daß es *bürgerlicher* Ideologie entspricht, die Moral einiger zur Handlungsanweisung aller zu machen, und daß dies eben nicht sozialdemokratische Politik ist.

Um der Partei ein wenig auf den richtigen Weg zu helfen, ist eine eindeutige, nicht interpretierbare Position der AsF zum § 218 dringend geboten — und zwar nicht erst 1989 auf der nächsten Bundesfrauenkonferenz. Denn das Beratungsgesetz und der Widerstand der Frauenbewegung dagegen hat die Auseinandersetzung um den § 218 auf die Tagesordnung gesetzt. Die Beschlüsse von IG Metall, ÖTV und HBV zeigen, daß wir Frauen dabei nicht alleine stehen.

Eine undeutliche Position der AsF wäre zu verschmerzen — wären da nicht die sehr deutlichen gesellschaftlichen Anforderungen an sozialdemokratisches Handeln. Die laut Beschluß einzusetzende Arbeitsgruppe sollte sich *schnellstens* zusammensetzen, um eine gemeinsame Position zur Umsetzung des Beschlusses zu erarbeiten. Viel Zeit bleibt nicht. Die Rechtsregierung wartet nicht auf zögerliche Sozialdemokratinnen — und die Frauenbewegung auch nicht.

Friedenspolitik

Mechtild Jansen

Plädoyer für eine »positive Friedensdoktrin«

Perspektiven der Friedensbewegung

Erfolg und Sinn der Friedensbewegung

Seltsamerweise taucht in der Friedensbewegung just in einem Moment, in dem auf internationaler Ebene geradezu phantastische neue politische Möglichkeiten in der Gestaltung unseres heutigen Lebens und der Zukunftsfriedenssicherung erscheinen, die Frage nach ihrem Erfolg und Sinn auf.

Woran wollen wir das messen? Es geht nur in historischer Dimension und in Anbetracht der Ausgangsbedingungen des Wirkens der Friedensbewegung. Vor dem Entstehen der Friedensbewegung ging Außenpolitik die Menschen in unserem Land nichts an. Sie war einfach in ihrem Leben da — in Form eines tiefsitzenden, die eigene (mit großen Verbrechen belastete) Vergangenheit verdrängenden, irrationalen Antikommunismus und des unerschütterlichen Glaubens an Berechtigung und Notwendigkeit härtester Abschreckung.

Die Friedensbewegung hat von hier aus in einem historisch gesehen relativ kurzen Zeitraum zwei enorme Veränderungen geleistet: Sie hat die Außen- und Sicherheitspolitik zu einer Sache der Öffentlichkeit und zu einem Gegenstand glühenden Interesses in der Bevölkerung gemacht und die alte Feind-Ideologie und -Politik in den Köpfen der Menschen gebrochen. Politische Alternativen sind noch nicht durchgesetzt — weder im Bewußtsein und Verhalten der Bevölkerung noch in der praktischen Regierungspolitik. Aber eine geradezu revolutionäre Entwicklung ist es gewesen, daß so viele Menschen ihre Interessen, ihre Überlebenssicherung, zur bewußten Angelegenheit ihres eigenen Handelns gemacht haben.

Sie haben politische Demokratie im Alltag, die eigentlich in hiesigen Verhältnissen gar nicht wirklich für sie vorgesehen war, einfach praktiziert. Sie hatten Angst, sie haben diskutiert, sie waren aufgeregt, haben Neues aufgesogen, sie haben sich zusammengetan, organisiert und gekämpft. Dabei haben sie alle Vorstellungen, wie Sicherheitspolitik auszusehen hat, durcheinanderpurzeln lassen — nicht nur die alte aussichtslose und menschenverachtende NATO-Politik, sondern auch völlig respektlos die der Warschauer-Pakt-Staaten. Dabei kam heraus, es handelt sich nicht hier wie dort um das Gleiche, es sind nicht identische Ursachen und Wirkungen. Aber dennoch, es paßt allzuviel wie der Topf zum Deckel und muß deshalb verändert werden, soll es einen Ausweg aus der Spirale des sogenannten Wettrüstens geben.

Wann in der jüngsten Geschichte unseres Landes hat es so etwas gegeben? Zumal das, was die Bundesrepublik erlebte, Bestandteil einer internationalen Erscheinung war — einer Entwicklung, die z.B. in Gestalt der neuen Vorschläge Gorbatschows einer politisch realisierbaren Alternative für die Friedenssicherung *und* für eine gesamte neue Lebensweise ein Stück mit zum Durchbruch verholfen hat.

Einer neuen Etappe im Kampf um den Frieden, zu der die Friedensbewegung beigetragen hat und dessen Produkt sie ist, entspricht eine *neue Etappe* in ihrer eigenen Arbeit. Vor Spaltungen steht die Friedensbewegung oder der Koordinationsausschuß diesmal nicht. Doch es gibt eine gewisse innere und inhaltliche Austrocknung, eine Verfestigung einst durchaus z.T. richtiger, jetzt aber alter, überholter Herangehensweisen und vielleicht eine Tendenz, die die Fortsetzung unserer Arbeit nicht mehr für notwendig hält, da die Regierenden ja zur Besinnung zu kommen scheinen. In Form und Inhalt aber ist ein Weitergehen angesagt.

Nationale Ausgangsbedingungen: Zeiten der Veränderung an allen Orten

Nach der Bundestagswahl scheinen hier zwei Dinge bemerkenswert: Erstens haben CDU/CSU, besonders die konservativen Konservativen von ihnen, einen empfindlichen Dämpfer erleiden müssen. Der endgültige Abschluß des »sozialliberalen Klimas« war ihnen ebensowenig möglich wie die Rückkehr zu aggressiv aufgeladener, die Verhältnisse der Geschichte umkehrender Außenpolitik. Zwischenzeitlich sind die Differenzierungsprozesse innerhalb des Regierungslagers und innerhalb der Union spürbar vorangeschritten. Auch die CDU kommt um eine Neubestimmung ihrer »Sicherheitspolitik« auf mittlere oder längere Sicht nicht umhin. Ein Umdenken hat auch ihre Bezugsschichten erreicht und zusätzlichen Druck geschaffen.

Zweitens ist eine Neuorientierung und der Umbau des gesamten Herrschaftssystems der Bundesrepublik noch nicht abgeschlossen. Das Wähler/innen-Verhalten wandelt sich, Bindungen lockern sich, es gibt eine wachsende aktive Politikbereitschaft und ein sich änderndes Politikverständnis bzw. eine qualitativ andere Politikerwartung. Selbstbestimmung und Demokratie sind hohe Ansprüche von zunehmender Bedeutung. Die Bedeutung der Parteien relativiert sich, auf dem Feld der politischen Willensbildung machen nicht nur autonome Bewegungen Konkurrenz.

Nichts wird also eine Kopie des schon einmal Gehabten sein! Es gibt keinerlei Automatismus in irgendeiner Weiterentwicklung, es gibt allen Anlaß zur Nüchternheit, Illusionslosigkeit und zu klarem Blick auf die Kompliziertheit und die vielfach fließenden Grenzen der Prozesse. Es gibt jedoch auch gerade in dieser Situation viele Möglichkeiten der Einflußnahme und Veränderung. Ob die Friedensbewegung (u.a.) sie zu nutzen versteht, ist eine Frage an die subjektive Kunst ihrer Politik.

Internationale Entwicklungen: Lernfähigkeit der Systeme in Ost und West?

Auf internationaler Ebene vollziehen sich ostwärts gegenwärtig neue Prozesse, deren Charakter und Tiefe einschneidend sind, und deren nachhaltige Folgen in ihrer ge-

samtan Tragweite noch gar nicht übersehen werden können. Es handelt sich um Veränderungen, die nicht hoch genug bewertet werden können.

Die Großmacht Sowjetunion sieht sich im Blick auf ihre Zukunftsperspektiven unter Druck. Sie leidet nicht nur unter ökonomischer und politischer Stagnation und Auszehrung, sondern — damit korrespondierend — vor allem unter der objektiven (Rüstungs-) Not in den internationalen Ost-West- wie auch Nord-Süd-Beziehungen. Vor dem Hintergrund des erneuernden Einflusses der westlichen Friedensbewegung und vermutlich unter dem Einfluß veränderter innerer Kräfteverhältnisse zieht die Sowjetunion spät, hoffentlich nicht zu spät, politische Konsequenzen aus Einsichten, die schon Albert Einstein als einer der ersten formuliert hat: Die Atombombe verändert unser ganzes bisheriges Leben, unser Denken und Handeln aber stammt aus einer Zeit vor der Atombombe.

Die Sowjetunion versucht gegenwärtig, politisch-praktisch Abschied zu nehmen von der Vorstellung, daß Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln darstellt. Anderenfalls droht die Selbstvernichtung der Menschheit. Das ist für sie der Grund, weshalb der Friede dauerhaft auch bei Weiterexistenz des kapitalistischen Systems gesichert werden kann und muß. Davon abgesehen, können die mit der Rüstungsfrage eng verknüpften globalen Probleme der Menschheit auf Grund der Internationalisierung nur gemeinsam gelöst werden.

Die Sowjetunion versucht, der Dialektik gesellschaftlicher Entwicklung in einem neuen Schritt aktiv Rechnung zu tragen. Einst gezwungen, durch Gegengewalt ihre eigene arme Existenz und ihr eigenes Überleben gegen eine überwiegend feindliche kapitalistische Staatenumwelt zu sichern und die Gerechtigkeit des eigenen Verteidigungskrieges zu behaupten, hat sich dieser Überlebenszwang zu einem Zeitpunkt selbstständig, als er bereits seinen eigenen Sinn ausgehöhlt hatte. Denn unter den Bedingungen des nuklearen Zeitalters kann es kein Überleben irgendeines Volkes, einer Klasse, eines menschlichen Wesens (und damit auch keine, wie auch immer geartete Gerechtigkeit) geben. Das Anliegen der Arbeiterklasse, welches sich der erste sozialistische Staat zu eigen gemacht hatte, konnte und kann seine Fortschrittlichkeit nur haben, wo es allgemein menschlichen und humanistischen Charakter hat und konsequent die gesamtgesellschaftlich notwendige Umgestaltung vorantreibt. Diese Fortschrittlichkeit besteht heute in dem absolut vorrangigen Gebot der Friedenssicherung und der Beendigung der Umweltzerstörung bzw. dem Wiederaufbau von Natur und Umwelt, dessen Bestandteil der Mensch selbst ist. Das Klasseninteresse fällt hier in der Frage des Überlebens mit dem Gattungsinteresse zusammen. Aus diesem Grunde verwirft die offizielle sowjetische Militärstrategie und Politik gegenwärtig endgültig die Vorstellung, daß es heute noch irgendeinen nuklearen Krieg geben könnte, der gerecht wäre. Sie nimmt deshalb Abschied von der auch nur reaktiven Übernahme der Politik und Ideologie der Abschreckung, die immanent in eine solche Entwicklung treibt und sich selbst längst ad absurdum geführt hat. Sie tut dies nicht nur deklamatorisch, sondern handelnd.

Diese Abschreckungspolitik und die Vorstellung von »Gleichgewicht« auch hinsichtlich der offensiven militärischen Potenzen in der Vergangenheit hat die Sowjetunion —

parallel zu ihren Versuchen bzw. Angeboten zu Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsschritten, die den »Nicht-Krieg« verlängern helfen sollten — aktiv mitgetragen.

Was die Sowjetunion gegenwärtig unternimmt, sind einseitige Schritte zum »Ausstieg« aus der ihr einst aufgezwungenen Abschreckung. Sie sind nicht ohne Risiko, doch dieses Risiko ist letztlich kleiner als so weiter zu machen wie bislang. Denn die alte Abschreckungspolitik bringt heute »gleiche Sicherheit« nur noch in Form gleicher hochgradiger Unsicherheit mit der Tendenz des Abgleitens in die Zerstörung der Welt. Die Sowjetunion versucht deshalb die Wende zu einer allein politischen Friedenssicherung.

Die Veränderung der sowjetischen Politik realisiert sich nicht zufällig zeitgleich mit einer seit langem überfälligen innenpolitischen Wende, die den untrennbaren Zusammenhang von der Aufhebung militärischer, umweltzerstörender, sozialer, patriarchalischer, kultureller, antidemokratischer und psychischer Gewalt auch für die Länder des Sozialismus (trotz der Überwindung privater Profitlogik) dokumentiert. Diese Wende entspringt dem inneren Bedürfnis der Sowjetunion, ihrem ureigenen Entwicklungsinteresse. Dies ist selbstredend von den internationalen Machtverhältnissen mitbeeinflußt, gleichwohl handelt es sich nicht um einen bloß von außen herbeigeführten Zwang zur Änderung. Die Wende ist unverzichtbar, will sich der Sozialismus nicht tendenziell selbst bei lebendigem Leib begraben. Sie ist gekennzeichnet vor allem durch eine qualitativ neue politische Umgestaltung, eine politische Demokratisierung, um die gewünschte ökonomische Umgestaltung bewerkstelligen zu können, aber auch als Eigenwert einer entwickelteren Gesellschaft. Sie drückt einen qualitativ höheren Grad von Vergesellschaftung aus, der Spielräume für die Entwicklung freier Individuen vergrößert.

Diese innen- und außenpolitische Umgestaltung ist alles andere als eine bloß lineare Weiterentwicklung eines eh immer mehr und weiter voranschreitenden Sozialismus. (Gorbatschow sieht Grund, für den Begriff »Umgestaltung« auch »Revolution« zu setzen, um damit einen Bruch zum Bisherigen zu dokumentieren.) Es spricht für seine potentielle Zukunftsfähigkeit, daß der sowjetische Sozialismus sich fähig zeigt, diesen Wandel zu vollziehen. Was aber geschieht mit dem Kapitalismus? Es ist die Hinterlist der Geschichte, daß das kapitalistische System in seinem Expansionswahn mit der Atombombe nicht nur seinem Gegner, sondern auch sich selbst ein »Schrippchen geschlagen« hat. Hier, am Rande des möglichen Abgrundes für beide, so die Hoffnung, setzen sich in den USA und der NATO vielleicht nicht jene durch, die nur gefährlichen Dogmen vom gottgewollten Guten und teuflermäßigen Bösen zu folgen wissen, sondern die vom Überlebenswillen angetriebenen lernfähigen Kreise der herrschenden Führung des Westens. Ist das kapitalistische System politisch fähig, seinerseits die notwendigen Neuorientierungen und Veränderungen zu vollziehen — und unter welchen Voraussetzungen an »Umgestaltungen« im Westen? Das muß sich jetzt zeigen.

Freilich vollzieht sich eine solche Entwicklung nicht von allein, sie ist nichts anderes als das Ergebnis eines politischen Kampfes.

Diese Auseinandersetzung ist noch nicht entschieden. Das wird — allen einstigen unverbrüchlichen historischen Optimismus-Siegesparolen zum Trotz — auch von der

heutigen Führung der Sowjetunion und der anderer sozialistischer Länder eingestanden. *Die Geschichte ist offen* — für Sozialismus und Kapitalismus. Diese sich durchsetzende subjektive Erkenntnis zeigt zum einen akut und unbeschönigend den Ernst der Lage und hat zum anderen eine befreiende und mobilisierende Wirkung — sofort zu tun, was getan werden muß, wo immer ein Anfang möglich ist, in Umkehrung zur Vergangenheit, Sicherheit und Frieden nicht gegeneinander, sondern nur miteinander zu realisieren.

Erwartungen an den Osten — Erwartungen an den Westen

Die Erwartungen an die Sowjetunion werden damit nicht kleiner. Die Sowjetunion muß diesen Weg weitergehen und wird dabei auf das Problem ihrer Haltung und Definition von »Gleichgewicht« stoßen. Noch wird »Gleichgewicht« als Basis gleicher Sicherheit prinzipiell zur Voraussetzung von Abrüstung erhoben. Praktisch ist bereits ein punktuelles Abweichen erfolgt (einseitiger Atomteststopp, Reykjavik und jüngste Vorschläge). Eingestanden wurde in der DDR z.B. bereits, daß das »Gleichgewicht« auf gegenwärtigem Niveau tendenziell lebensbedrohlich ist. Was aber heißt »Gleichgewicht« unter dem Vorzeichen der Anerkennung, daß es im Atomzeitalter keinen militärischen Sieg und Gewinn mehr geben kann? Die Konsequenz dieser Einsicht wäre, daß heute bereits soweit einseitig abgerüstet werden kann, bis eine strukturelle Nichtangriffsfähigkeit hergestellt und lediglich das notwendige Minimum an defensiver »Rückschlagfähigkeit« übrig bliebe. Alle bis dahin bestehenden Spielräume können und müssen genutzt werden. Es bedarf dabei einer ungeheuren Ungeduld im Drängen und einer gleichzeitigen ungeheuren Beharrlichkeit und Geduld, die nicht nachläßt oder aufgibt. Diese Ungeduld muß gleichwohl um die Dauer eines Veränderungsprozesses wissen. Was über Jahrzehnte eingehämmert und alltäglich praktiziert wurde, ist auch bei bester Politik nicht in zwei oder fünf mehr Jahren zu beseitigen.

Vorerst aber entscheidend ist, daß der Westen die schon längst auf dem Tisch liegenden Möglichkeiten nutzt. Nach allem, was bereits seitens des Ostens geschah, ist klar: Der Westen ist an der Reihe zu handeln! Möge er im Wettbewerb den Osten an konstruktiven Vorschlägen und praktischen Schritten übertreffen, dann kann die Spirale des Wettrüstens zu einer Spirale des Wett-Abrüstens werden.

Der politische Druck auf die Bundesregierung hat sie schließlich zu gewissen Zugeständnissen und einer Befürwortung der »Doppelten Null-Lösung« gezwungen. Gleichwohl blieben die neuen Ausweichmanöver nicht aus. Der Reduktion von Waffen an einer Stelle soll postwendend die Kompensation durch neue Waffensysteme an anderer Stelle folgen. Eine Art von »Rüstungskontrollpolitik«, wie sie auch für die gegenwärtige US-Führung kennzeichnend ist.

Unverrückbar soll vor allem auch an der gesamten »Abschreckungspolitik« festgehalten und eine Reduzierung nicht als »Einstieg in den Ausstieg« aus der herrschenden Logik von Sicherheitspolitik verstanden werden, wie es die Friedensbewegung fordert. Die Pläne für eine neue »europäische Verteidigungsmacht« werden bereits vorbereitet.

Die Friedensbewegung hat sich an der Auseinandersetzung um die Mittelstrecken-

Raketen entzündet und entwickelt. Gelänge es, erstmalig ein einmal stationiertes modernes Waffensystem noch vor seiner hoffnungslosen Veraltung wieder abzubauen, so wäre das in jedem Fall ein Erfolg. Verspätet könnte das erste Hauptziel der Friedensbewegung doch noch erreicht und eine neue Ausgangsplattform für weitere Arbeit geschaffen werden. Es wäre ein erster Schritt.

Neben der Realisierung der konkreten Abrüstungsmöglichkeiten im Bereich der Mittelstreckenwaffen, der strategischen Reduzierung, der Verhandlungen über Kurzstrecken- und konventionelle Waffen, der Chemie- oder generell ABC-Waffen-freien Zonen, des Verzichts auf Weltraummilitarisierung und der Vereinbarung zum Atomteststopp, geht es um die Revision der Politik der Stärke und Überlegenheit, die Absage an das Konzept der Abschreckung und die Entwicklung zukunftsgerichteter Alternativen. Der Westen muß seine Politik auf die Höhe der Zeit bringen und seinerseits einer humanen Entwicklung der Menschheit und der ganzen Erde Platz machen.

Die Aufgabe der Friedensbewegung: neue politische Initiative gewinnen

Die Friedensbewegung steht vor der Aufgabe, neue politische Initiative wiederzugewinnen und neu Politik zu machen. Nur, wo dies geschieht, ist — neben dem internationalen Druck auf die Regierung — optimale Kräfteentfaltung für Abrüstung möglich. So unverzichtbar und dringend das aktuelle, im höchsten Maße bewegliche und durch gegnerische Entmutigungsversuche unbeirrte Eingreifen zugunsten erster Schritte der Rüstungsreduzierung ist — es reicht nicht aus, allein Einzelforderungen zu erheben, die die laufenden Aufrüstungsprozesse stoppen und zurücknehmen sollen. Es braucht eine grundlegend neue Politik, die den Boden militärisch geprägten Sicherheitsdenken völlig verläßt und die die Militarisierung der Politik selbst überwindet.

Von der gemeinsamen Ablehnung eines strategisch und qualitativ zentralen Aufrüstungsschrittes, der sog. »Nach«rüstung, über die gemeinsame Ablehnung des gesamten Systems der Abschreckungspolitik geht es für die Friedensbewegung heute um die Formulierung (von Elementen) einer gemeinsamen politischen Alternative eines innen- und außenpolitisch gerechten Friedens — sozusagen um eine positive Friedensdoktrin, um ein Konzept politischer Friedenssicherung und eine Philosophie des Friedens. — Der Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, daß Sicherheit und Frieden in jeder Außenpolitik nicht länger gegeneinander, sondern nur miteinander zu gewährleisten sind. Nationale Überlebens-Interessen fallen letztlich zusammen mit internationalen Überlebens-Interessen der gesamten Menschheit. Diese Einsicht hat weitreichende Implikationen. Vom Stadium des Nicht-Krieges bei wachsendem, schon hier und heute zerstörerischem Militärpotential ist dazu überzugehen, die Ächtung jeden Krieges in der UNO-Charta politisch-praktisch durchzusetzen und durch eine neue Weltfriedensordnung zu ersetzen.

- Dazu müssen vorrangig und dringend die zerstörerischen militärischen Gewaltapparate beseitigt oder vernichtet und alle ihre Zuliefererdienste umgestaltet werden.
- Wenn es darum geht, die internationale Interdependenz, die Ganzheitlichkeit der Welt anzuerkennen und die aus ihr resultierenden gemeinsamen Interessen an der

Friedens- und ökologischen Sicherung, der Beseitigung von Hunger, Armut, Krankheit, Analphabetentum, Diskriminierung, der Bewältigung der technologischen Veränderung durch Kooperation zu sichern, dann gelingt dies nur bei Anerkennung der Existenz gegensätzlicher Ordnungen. Die unterschiedlichen Gesellschaftssysteme haben sich mit dem Dasein der je anderen abzufinden. Das Gebot kooperativer Friedenssicherung verträgt sich nicht mit der Absicht, die je andere Ordnung von außen zu stürzen oder zu vernichten, nicht mit dem Ziel Revolution oder Konterrevolution zu exportieren. (Alles andere an Wettbewerb und ideologischer Auseinandersetzung ist erlaubt.) Umgekehrt ist die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts (und damit von innen kommender Veränderung) zwingend eingeschlossen.

- Kooperation heißt also, weder innen- noch außenpolitisch den gesellschaftlichen Status quo festzuschreiben. Im Gegenteil, sie ist der »nicht-militaristische« Rahmen, den Zustand des Nicht-Krieges durch das Austragen unterschiedlicher oder gegensätzlicher Interessen zu wirklichem, gerechtem Frieden zu entwickeln. Damit ist das Austragen von Konflikten Element gesellschaftlicher Entwicklung, Bestandteil der Friedenssicherung und Element der Lösung gegenwärtiger gesellschaftlicher Probleme. Unter Anerkennung der Souveränität der Völker und Staaten ist es Sache eines wirklichen internationalen Wettbewerbs der Systeme oder verschiedener gesellschaftlicher Modelle ohne irgendwelche Alleinvertretungs- oder Führungsansprüche und Sache der jeweiligen Völker der am internationalen Geschehen beteiligten Staaten. Es bedeutet den Zwang und die Chance zur Selbstbestimmung und Demokratie, zu Überzeugung und Gewinnung der Menschen für die besten Lösungen. Und das ist eine Sache des politischen Kampfes.

Zur Kennzeichnung einer politischen Alternative zur Abschreckung wird gegenwärtig wieder vielfach der Begriff der »Entspannung« gebraucht. Er bleibt allerdings noch sehr unklar. Aus diesem Grunde sei hier die außenpolitische Alternative mit den Stichworten »Entmilitarisierung — Kooperation — produktiver Wettbewerb und Streit« umrissen. Sie verlangt eine Neugestaltung der Politik in Form und Inhalt.

Entmilitarisierung umreißt ein ABC-Waffen-freies Europa bis zum Jahr 2000, konventionelle Abrüstung und Truppenreduzierung, einseitige Abrüstungsmaßnahmen, eine Abrüstungsspirale und Blockauflösung, die Beseitigung aller ausländischen Stützpunkte, den Ausstieg aus der Atomenergie, eine Einstellung des Rüstungsexportes u.a.m.

Kooperation und eine Humanisierung der internationalen Beziehungen umreißt den Verzicht auf nationalen Egoismus (das Erstreben von Vorteilen auf Kosten anderer) und den Vorrang internationaler Überlebensinteressen, weil diese tatsächlich letztlich mit den nationalen zusammenfallen. Sie umreißt die Anerkennung der Vielfältigkeit der Welt und den Verzicht der Großmächte, über die zentrale Lebensfrage allein zu entscheiden, zugunsten der Einbeziehung, Konsenssuche und Verständigung auch mit den kleinen und mittleren Staaten und Völkern. Sie heißt — statt Hierarchien — Gleichheit und Freiheit aller. Sie impliziert Völkerverständigung und Austausch, das Recht auf nationale Befreiung und Souveränität und die Sicherung der Menschenrechte für alle.

Sie bedarf des Wissens über andere, der Bildung, der Fähigkeit sich in andere hineinzuversetzen. Sie bedeutet — statt geistiger Borniertheit, Vorurteile und Mißtrauen — Aufbau von Vertrauen. An die Stelle von Drohung und Machtimponiergehabe treten Dialog, Demokratie im Denken und Freiheit in den Köpfen und Herzen.

Wettbewerb, der nicht vernichtend, sondern produktiv anspornend ist, setzt schöpferische Potenzen frei. Die mit Militarismus und Wertestreit um der Vormacht willen verbundene Politik will anderen das Denken diktieren, anstatt die Menschen in die Lage zu versetzen, selbst zu denken und umgekehrt mit nachprüfbaren Argumenten zu überzeugen. An die Stelle von Beherrschung und Zwang tritt deshalb Selbstbestimmung. Statt Bevormundung und Unterdrückung muß Konfliktfähigkeit, das Aushalten und Austragen von Unterschieden und Gegensätzen, gelernt werden.

Es versteht sich, daß Friedenssicherung so selbst ein demokratischer Prozeß, aktive Gestaltung wäre, daß große Potenzen und Möglichkeiten, neu zu denken und zu handeln, in ihm begründet liegen und Anlaß zur Hoffnung auf gesellschaftlichen Fortschritt besteht. Die Friedensbewegung will die Menschen motivieren, aktiv an diesem Prozeß teilzuhaben, weil er sich nur durch das bewußte Handeln der einzelnen Subjekte und gemeinsam entfalten läßt. Sie arbeitet mit allen zusammen, die endlich Abrüstung vollziehen und eine neue Friedensordnung verwirklichen wollen.

Zugleich wird die Friedensbewegung die sie schon immer begleitende Diskussion über die Ursachen von Rüstung und Krieg und ihr Verständnis eines gerechten Friedens fortführen und voraussichtlich/hoffentlich verstärken. Dabei ist für die innenpolitischen Diskussionen und Auseinandersetzungen nicht übertragbar, was für die internationalen Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher bzw. gegensätzlicher Ordnungen gilt! Innergesellschaftliche Widersprüche müssen — soll es nicht einen Scheinfrieden, einen Frieden der Starken auf Kosten der Schwachen, verlogene »Sozialpartnerschaft« im Namen der »Zivilisation« Ausbeutung der Dritten Welt, im Namen »weiblicher Natur« Unterwerfung der Frau u.ä. geben — politisch ausgetragen werden. Ein gerechter Frieden schließt mit dem Abbau militärischer Gewalt den Abbau jeder Form von Gewalt ein bzw. muß diesen nach sich ziehen, denn die Absicherung der Gewalt im Innern ist nicht zuletzt auch Aufgabe der vermeintlich nur außenpolitisch begründeten Militärapparate. Zwischen militärischer Gewalt und der Gewalt der Umweltzerstörung, der sozialen Gewalt, Arbeitslosigkeit, der Ausbeutung und Gewalt gegen die Länder der Dritten Welt, der patriarchalischen, sexistischen Gewalt und Unterdrückung, der physischen und psychischen Gewalt und der Gewalt der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen besteht ein enger innerer Zusammenhang und eine Verflochtenheit, die nur im wechselseitigen Verhältnis grundlegend und dauerhaft aufgehoben werden können. — Es gibt also auf unterschiedlicher Ebene außen- und innenpolitisch ein dialektisches Verhältnis von Kooperation und Konflikt, welches jeweils der dynamischen Entfaltung bedarf, um zu einem wirklichen gerechten Frieden und zu humaner Entwicklung der Menschheit zu kommen.

Es verlangt von uns selbst Respekt gegenüber dem Selbstbestimmungsrechts eines jeden Menschen, Fähigkeit zur Solidarisierung und Demokratie, Fähigkeit zu kooperativer Zusammenarbeit, Dialog und Streitkultur.

Volker Böge

Bundesrepublik — Frankreich: Militärkumpanei statt Völkerfreundschaft?

In der zweiten Septemberhälfte 1987 fand in Bayern und Baden-Württemberg das erste gemeinsame Großmanöver bundesdeutscher und französischer Streitkräfte statt (»Kecker Spatz«). Beteiligt waren 55000 Bundeswehr- und 20000 französische Soldaten — und Staatspräsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl, für die eigens eine Manöverbrücke bei Kelheim über die Donau geschlagen wurde, damit sie sich an diesem Ort zu einem »historischen« Handschlag der Öffentlichkeit präsentieren konnten. Dieser Handschlag bekräftigte die Absicht beider Seiten, die bundesdeutsch-französische Militärkooperation weiter zu intensivieren und auszubauen. Mitterrand nutzte die Gelegenheit, um den nächsten Schritt in diese Richtung anzukündigen: die Gründung eines gemeinsamen französisch-bundesdeutschen Verteidigungsrates.

Damit wird ein Prozeß fortgesetzt, der sich seit Beginn der achtziger Jahre beobachten läßt: Die Entwicklung einer zusehends enger werdenden militärischen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit Frankreichs und der Bundesrepublik. Bereits im sogenannten Elysee-Vertrag vom 22. Januar 1963 war eine solche Zusammenarbeit vorgesehen. Doch scheiterte seinerzeit die reale Umsetzung der diesbezüglichen Absichten an den divergierenden Interessen der Vertragspartner. Während de Gaulle das Sonderbündnis Frankreich — BRD als ein Instrument konzipierte, mit dem größere Eigenständigkeit und größeres Gewicht gegenüber den USA errungen werden sollte, konnte und wollte die bundesdeutsche Seite diese anti-amerikanische Stoßrichtung wegen ihrer engen sicherheitspolitischen und militärischen Anbindung an die USA nicht akzeptieren. Vor allem aus diesen Gründen wurden die militärpolitischen Passagen des Elysee-Vertrags fast zwei Jahrzehnte lang nicht mit Leben gefüllt. Erst zu Beginn der achtziger Jahre — unter veränderten politischen Rahmenbedingungen — wurden sie belebt. Anlässlich des zwanzigsten Jahrestages des Vertrags, im Januar 1983, wurde eine engere sicherheits- und militärpolitische Kooperation auf der Basis des Vertrags beschlossen, u. a. wurden halbjährliche Treffen auch der Verteidigungsminister im Rahmen der regelmäßigen deutsch-französischen Konsultationen vereinbart. Es wurden drei regelmäßig tagende Arbeitsgruppen — zu strategischen Fragen, zur militärischen und zur rüstungsindustriellen Zusammenarbeit — im Rahmen des »Deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung« eingerichtet. In den darauffolgenden Jahren ging man eine ganze Reihe gemeinsamer Projekte an, so die intensiviertere gemeinsame Ausbildung von Staboffizieren, den Personalaustausch, die Intensivierung gemeinsamer Übungen. In diesem Zusammenhang stehen auch das bereits angesprochene Großmanöver »Kecker Spatz« und die Anregung Bundeskanzler Kohls vom Juni 1987, eine gemeinsame bundesdeutsch-französische Brigade aufzustellen, wofür die Durchführbarkeits-Untersuchungen angelaufen sind. Darüber hinaus gibt es Pläne für auch militärisch nutzbare gemeinsame Weltraumprojekte (Auf-

klärungssatelliten, Ariane-5, Hermes), gemeinsame Großtechnologieprojekte mit militärischen Komponenten (z.B. im Rahmen von Eureka) und nicht zuletzt die rüstungsindustrielle Zusammenarbeit.

Die Motive für eine verstärkte Kooperation sind beiderseits des Rheins z.T. identisch, z.T. divergierend. So geht es beiden Seiten um die »Stärkung des europäischen Pfeilers« der NATO; zum einen sicher, um das westliche Lager insgesamt zu stärken, zum anderen wohl aber auch, um relativ größere Eigenständigkeit gegenüber den USA zu gewinnen. Eine Stärkung des »europäischen Pfeilers« ist ohne bundesdeutsch-französische Kooperation nicht zu bewerkstelligen und liegt im Trend der allseits anvisierten künftigen Entwicklung der NATO. Auch die USA drängen darauf und fordern eine »gerechtere Lastenteilung« im Bündnis — sprich: Entlastung der USA in Europa zugunsten verstärkter militärischer US-Präsenz in der Dritten Welt und vermehrte Übernahme der Lasten der »Verteidigung« Europas durch die westeuropäischen NATO-Staaten selbst, insbesondere hinsichtlich der »Stärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit«. Insofern fehlt der bundesdeutsch-französischen Kooperation heute die anti-amerikanische Spitze, die sie noch zu Zeiten de Gaulles gehabt hatte. Das macht die Sache auch für die bundesdeutsche Seite leichter, die über eine intensivierte Kooperation die Franzosen wieder enger an die NATO — aus deren militärischer Integration de Gaulle Frankreich 1966 herausführte — anzubinden hofft. Den Franzosen andererseits ist an einer engen Einbindung der BRD in das westliche Lager sehr gelegen, ist sie doch schließlich für Frankreich geostrategisch militärisches Vorfeld; gegenüber vermeintlichen neutralistischen und pazifistischen Anwandlungen beim östlichen Nachbarn ist man aus diesem Grunde in Frankreich höchst sensibel, daher rührt auch ein gut Teil des Mißtrauens in Frankreich gegenüber der bundesdeutschen Friedensbewegung.

Diese Interessenlage beiderseits des Rheins führt u.a. dazu, daß Mitterrand der Kohl/Genscher-Regierung massive Schützenhilfe bei der Durchsetzung des Beschlusses zur Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles leistete, sie ermöglicht heute, über eine erweiterte operative Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften beider Länder nachzudenken. Auch die Force d'action rapide (FAR) — das französische Pendant zu den Schnellen Eingreiftruppen der USA, die für Dritte Welt-Interventionen vorgesehen ist und vor allem in den Staaten des ehemaligen französischen Kolonialreichs für »Ordnung« sorgen soll — kann nun in Planungen für die »Vorverteidigung« der BRD auf dem europäischen Kriegstheater einbezogen werden — obschon die französischen Streitkräfte nach wie vor nicht militärisch in die NATO integriert sind und sich daran auch künftig nichts ändern wird. Das Gros der französischen Einheiten beim Manöver »Kecker Spatz« waren bereits FAR-Kräfte.

Wenn also die französisch-bundesdeutsche Kooperation NATO-konform und nun auch den USA genehm ist, so ist doch nicht zu verkennen, daß dabei zumindest auch der Gedanke mitschwingt, perspektivisch und langfristig eine von den USA relativ eigenständige Militärgroßmacht Westeuropa aufbauen zu können, um auf diesem Wege auch die westeuropäische Position im innerimperialistischen Konkurrenzkampf zu verbessern. Eine Achse Bonn — Paris ist *conditio sine qua non* für derartige Bestrebungen;

die Belebung und Aufwertung der WEU und/oder die Militarisierung der EG/EPZ als Etappen zur Militärgrößmacht Westeuropa können nur gelingen auf der Basis bundesdeutsch-französischen Einvernehmens.

Hauptattraktion, aber auch zentrales Problem bei diesen Bestrebungen ist die Nuklearfrage. Frankreich ist Nuklearmacht, die BRD ist es nicht, maßgebliche Kreise des politischen Establishments wünschen aber, daß sie es wäre oder daß sie zumindest teilhabe an der Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen. Objekt bundesdeutscher Begierde ist daher auch die Force de frappe. Öffentlich wird dieses Interesse in der Regel damit begründet, daß die Franzosen auch über Nuklearwaffen verfügen, die auf Grund ihrer Stationierungsorte und Reichweiten nur auf deutschem Boden detonieren könnten (die Pluton und die ab 1992 einsatzbereite Hades), und daß die bundesdeutsche Seite folglich ein elementares Interesse an der Einsatz- und Zielplanung dieser Systeme haben müsse. Im Februar 1986 hat Mitterrand diesem Bedürfnis in eingeschränktem Maße Rechnung getragen, indem er erklärte, den Bundeskanzler der BRD im Falle eines Falles über den eventuellen Einsatz der sogenannten prästrategischen französischen Nuklearwaffen zu »konsultieren«. Viel ist das noch nicht — von einer Mitsprache oder gar Mitverfügung der Bundesdeutschen über das französische Nuklearpotential ist man noch weit entfernt. Und die französische Politik hat auch überhaupt nicht die Absicht, den höchst bedeutenden Statusunterschied, der sich daraus ergibt, daß Frankreich Nuklearmacht ist und die BRD nicht, zu nivellieren. Französische Regierung und Staatsführung haben denn auch wiederholt unzweideutig erklärt, daß Frankreich die Verfügung über sein Nuklearpotential mit niemandem zu teilen gedenke (auch nicht im Rahmen einer »europäischen Verteidigung«) und daß das französische Potential ausschließlich dem Schutze Frankreichs dienen könne.

Gleichwohl gibt es immer wieder — und verstärkt, seitdem sich der Abschluß eines amerikanisch-sowjetischen Mittelstreckenraketen-Abkommens abzeichnet — Versuche, wenigstens unterhalb der Schwelle der bundesdeutschen Mitverfügung über französische Nuklearwaffen in dieser Frage weiterzukommen. Insbesondere die Befürchtungen bundesdeutscher Politiker, daß ein Abzug der US-Mittelstreckenraketen die nukleare Verkopplung USA — BRD auflockern würde, läßt sie nach »Ersatz« — etwa durch französische Nuklearwaffen und/oder -garantien — schielen. Und die Franzosen sehen hier eine Gelegenheit, die Bundesdeutschen enger an sich zu binden und vor allem Unterstützung für ihr Festhalten an ihren Nuklearwaffen zu finden. Eine bundesdeutsch-französische Anti-Abrüstungs-Koalition zeichnet sich ab, deren Ziel u.a. ist, zu verhindern, daß über ein amerikanisch-sowjetisches Mittelstrecken-Abkommen eine Abrüstungsdynamik in Gang kommen könnte. Die französische Seite will nicht, daß ihre Nuklearmacht in den Abrüstungssog hineingerät, die bundesdeutsche Seite will nicht auf die nukleare Dimension ihrer Abschreckungs- und Drohpolitik verzichten. Angesichts der »Gefahr« nuklearer Abrüstung, gar der Entnuklearisierung Europas, kommt man sich näher. Aus Kreisen der etablierten französischen Politik sind in jüngster Zeit relativ weitgehende Avancen zu vermelden. So werden von namhaften Politikern Erwägungen über eine Ausdehnung des französischen Nuklearschirms auf die BRD angestellt, und im Sommer 1987 traten Spitzenpolitiker aller

großen französischen Parteien mit Überlegungen an die Öffentlichkeit, eventuell prästrategische französische Systeme, insbesondere die 1992 einsatzbereite Hades mit Neutronensprengkopf, auf bundesdeutschem Territorium zu stationieren. Selbst die Mitverfügung der bundesdeutschen Seite mittels eines »Zwei-Schlüssel-Systems« wurde in die Diskussion gebracht.

Chancen für die BRD, in irgendeiner Form an das französische Nuklearpotential heranzukommen, könnten sich künftig auch auf Grund der finanziellen Probleme der Franzosen ergeben. Frankreich wird auf Dauer seinen Militärapparat und insbesondere seine Nuklearstreitmacht wohl kaum mehr allein bezahlen können. Und da winkt der reiche (Waffen-)Bruder auf der anderen Rheinseite mit den Geldscheinen. Helmut Schmidt, der noch in seiner Zeit als Bundeskanzler zusammen mit Giscard d'Estaing den entscheidenden Anstoß für die Intensivierung der französisch-bundesdeutschen Militärkooperation gab und der seither unermüdlich für ein »französisch-deutsches Tandem« in der Sicherheitspolitik trommelt, hat recht unverblümt ein Tauschgeschäft angeregt: die Bundesdeutschen übernehmen einen erklecklichen Teil der Kosten für die französische konventionelle Rüstung bzw. die zu integrierenden konventionellen Streitkräfte, die Franzosen lassen dafür über ihre Nuklearwaffen mit sich reden und dehnen ihren Nuklearschutz auf die BRD aus. Ähnlich könnte es bezüglich der ehrgeizigen und kostspieligen französischen Weltraumprojekte funktionieren. Auch wenn Schmidt den Franzosen stets die Führungsrolle im bundesdeutsch-französischen Verhältnis zuschreibt, er schlägt z.B. die Integration der konventionellen Streitkräfte unter einem französischen Oberbefehlshaber vor, so ist doch nicht zu übersehen, daß die BRD auf Grund ihrer ökonomischen und finanziellen Stärke einen zumindest gleichberechtigten Part spielen würde und auch spielen soll.

Die friedenspolitisch kontraproduktiven Effekte einer intensivierten bundesdeutsch-französischen Militärkooperation liegen auf der Hand: militärische Stärkung des westlichen Blocks und damit Steigerung der Bedrohung der WVO-Staaten und der Völker der Dritten Welt, Verhärtung der Blockkonfrontation und weitere Militarisierung des Ost-West-Konflikts, Durchkreuzung von Entspannungs- und Abrüstungsbemühungen.

Die bundesdeutsche Sozialdemokratie hat bisher noch nicht deutlich gegen diese Militärkooperation Stellung bezogen, im Gegenteil: Im Kontext des Konzepts von der »Selbstbehauptung Europas« wird diese Zusammenarbeit sogar positiv bewertet. Dabei scheint man folgendes Dilemma zu verkennen bzw. nicht zur Kenntnis nehmen zu wollen: Wenn man seine Selbstbehauptungs-Politik auch auf militärische Stärke und militärische Kooperation in Westeuropa abstützen zu müssen glaubt, dann werden sich die politischen Ziele, die man ursprünglich mit dem Selbstbehauptungs-Ansatz erreichen wollte — nämlich das Gewicht der westeuropäischen Staaten in Relation zu den USA zu erhöhen, um mäßigend auf diese einwirken zu können und entschiedener eigene westeuropäische Interessen an Entspannung mit dem Osten, wenn nötig auch in Konflikt mit den USA, durchsetzen zu können — kaum noch realisieren lassen. Das Mittel — intensivierte militärische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit in Westeuropa — schlägt auf das Ziel — eigenständige Entspannungspolitik gegenüber dem Osten — negativ zurück. Ein so verstandenes sozialdemokratisches Selbstbehauptungs-

tungs-Konzept arbeitet letztlich den konservativen und reaktionären Kräften in den USA und Westeuropa zu, die unter den Schlagworten von der »gerechten Lasten- und Arbeitsteilung« und der »Stärkung des europäischen Pfeilers« der NATO ganz andere als entspannungspolitische Zielsetzungen verfolgen.

Die bundesdeutsche Friedensbewegung jedenfalls wäre gut beraten, wenn sie — auch in kritischer Auseinandersetzung mit dem Selbstbehauptungs-Konzept — künftig stärkere Aufmerksamkeit und Aktivitäten auf die Tendenzen zur Militarisierung der westeuropäischen Integration im allgemeinen und zum Ausbau einer Militärachse Bonn — Paris im besonderen lenken würde. Schließlich hat die Friedensbewegung nicht gegen Pershing II und Cruise Missiles gekämpft, um sie gegen Hades und Neutronenwaffen der Franzosen einzutauschen; schließlich tritt sie nicht ein für den Verzicht auf US-Nuklear»schutz«, um dafür in den »Genuß« eines französischen Nuklear»schutzes« zu kommen. Und schließlich kämpft sie nicht gegen die aggressive Politik der NATO und ihrer Führungsmacht USA, um den westeuropäischen Regierungen den Weg zu ebnen für eine ebensolche aggressive Politik in »europäisiertem« Gewande. Eine zusammen mit der französischen Friedensbewegung getragene Kampagne gegen die bundesdeutsch-französische Militärkumpaneï scheint mir ein Gebot der Stunde. Eine solche Kampagne könnte uns einen Schritt weiterbringen auf dem Weg zur vollständigen Entnuklearisierung der BRD und Europas.

Heimat

Ritterburg im Nebel am Berg
 Geiernest aus uralter Zeit
 das verfallne Krupp-Hüttenwerk
 ist das alles schon Vergangenheit?
 Sind *die* Räuber nicht noch tief in mir drin?
 Wie die Sprüche da am Kriegerdenkmal
 da wo ich großgeworden bin
 mit Preisskat — und Rübezah!

Heimat — armes, reiches Land
 immer wieder ham wir's in der Hand
 Deine vollen Gaben
 Deine vollen Gaben

Ich will nicht an fremden Fronten fighten
 nee, dafür heb' *ich* keine Hand
 denn immer und durch alle Zeiten
 stand ein Feind ja im eigenen Land
 und der lebt von den Giften, an den' *wir* krepieren
 was gut ist, das bringt nix für den
 ich will dich nicht wieder verlier'n
 Heimat, dafür bist du mir einfach zu schön

Heimat — ...

Ein kaltes Hirn, so was kriegt hier viel Macht
 ein heißes Herz bleibt arbeitslos
 die Großen ham dich in'n Abgrund gebracht
 und die kleinen Leut machen dich dann wieder groß

Heimat — ...

Sah Menschen in Harmonien ersaufen
 im Reichtum ihr'n Reichtum verlier'n
 Du Heimat, hast
 so viel Glück auf ei'm Haufen
 und ich will nicht bloß konsumiern
 ich weiß nicht, was der Butterberg soll
 und mag keine Frauen im Nerz
 wir ham ja alle den Bauch schon so voll
 und noch soviel Hunger im Herz

Heimat — ...

Dieses Lied ist auf der neuen Klaus-Lage-LP mit dem Titel »Amtlich« (EMI-Musikant). Klaus wollte einen patriotischen Text, der allerdings mit seinen widersprüchlichen Heimat-Beziehungen zu singen ist. Springsteens »Born in the USA« war mir hier zumindest zu mißverständlich. Ich glaube, daß die Lösung des Problems nicht unterhalb eines bestimmten politischen Wagnisses möglich war, besonders »wo der Feind im eigenen Land steht«, was ja von Liebknecht stammt und hier um die Ökologie erweitert wird. D.D.

Jungsozialisten

Frank-Axel Dietrich

Unsere Utopien sind die Wirklichkeit von morgen!

Bericht vom Bundeskongreß der Jusos
vom 25. bis 27. September 1987 in Castrop-Rauxel

Nach über einem Jahr Bundesvorstandsmehrheit der »konstruktiven Kräfte«, die sich in Hagen durchgesetzt hatte, war auf dem diesjährigen Bundeskongreß eine Zwischenbilanz zu ziehen. Zu den Schwerpunkten

1. aktuelle gesellschaftliche Entwicklung, Zustand der Sozialdemokratie, Anforderungen an das neue SPD-Grundsatzprogramm;
2. Einschätzung von Stand und Erfolgen der im Hagener Aktionsprogramm beschlossenen jugendpolitischen Orientierung;
3. Entwicklung und Zwischenstand der Juso-Strategiedebatte sollte die Diskussion geführt werden.

Der Rechenschaftsbericht

1987 waren nur noch 186000 SPD-Mitglieder unter 35 Jahre alt (260000 im Jahre 1980). Wegen der internen Altersstruktur werden über die Hälfte der Mitglieder der Jusos die Arbeitsgemeinschaft in den nächsten Jahren verlassen. Die Verantwortung für diese Entwicklung — so Michael Guggemos — dürfe die Partei nicht auf die Jusos abschieben. An die Stelle unverbindlichen Dialoges mit der Jugend muß ein »Reformprofil der Gesamtpartei« treten. Hier seien die Nürnberger Beschlüsse ein Erfolg, den es zu verteidigen und umzusetzen gelte. Dies zeige die Verabschiedung der SPD aus der Regierung in Hessen, das Festhalten der NRW Landesregierung am Hochtemperaturreaktor in Hamm-Ütrop und auch die Neuaufgabe der sozial-liberalen Koalition in Hamburg. Die reformpolitische Glaubwürdigkeit der SPD hänge gerade und auch an ihrer Kernenergiepolitik. Das Verstecken der Nürnberger Beschlüsse im Bundestagswahlkampf sei denn auch ein Grund für das schlechte Abschneiden gewesen. Durch die bornierte Absage an eine Zusammenarbeit mit den Grünen habe sich die SPD jeder Machtperspektive beraubt.

Der Streit in der Union dürfe nicht überschätzt werden. Es handele sich um »Girlanden neokonservativer Machterhaltung«. Die Übereinstimmung der Neokonservativen in den zentralen Feldern sei ungebrochen.

Die Erneuerung der SPD steht weiter auf der Tagesordnung. Der Bundesvorsitzende kritisierte vor allem drei Punkte:

- Die begonnene Debatte über soziale Ausdifferenzierungen im Erwerbsarbeitsbereich verharrt noch immer zwischen starrem Festhalten an traditionellen Arbeitnehmerinteressen und Analyse der sozialen Veränderungen. Der Schritt zum politischen Gestalten ist noch nicht getan.
- Die SPD ist nach wie vor eine Männerpartei. Die 40-Prozent-Quote und der Angriff auf jegliche Form geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung sind überfällig.
- Eine gestaltende Perspektive für Jugendliche fehlt.

Aufgabe der Partei wird die Verständigung auf ein Reformprojekt für *alle* Gruppen und nicht so sehr auf »Einzelangebote« sein. Die Erfolge der Gewerkschaftsbewegung im Kampf um die Arbeitszeitverkürzung wertete Guggemos positiv. Hier liege die »stärkste Bastion gegen neokonservative Politik«. Die Verbindungen der Jusos zu diesem Bereich seien noch unzureichend. Die Friedensbewegung stehe hilflos der Tatsache gegenüber, daß der jetzt erzielte Stand auch ihr Erfolg sei. Die Anti-AKW-Bewegung müsse vor partei-egoistischem Mißbrauch geschützt werden.

Schließlich sei festzuhalten, daß die ersten Schritte zur Erneuerung des Juso-Verbandes getan seien. Der erfolgreichen Unterstützung von Schülern und Studentenprotesten, den ersten Ergebnissen der jugendpolitischen Orientierung vor Ort und bei den vom Bundesverband produzierten Materialien stehe aber noch das »Gegeneinander« im Juso-Verband gegenüber.

Der Rechenschaftsbericht hätte Anlaß gegeben, Fragen wie die nach der Entwicklung des konservativen Lagers oder nach der Bedeutung der Bewegungen zu vertiefen. Doch es kam anders.

Jugendpolitische Orientierung

Die Aussprache war bestimmt durch den Versuch der »undogmatischen« Gruppierung, ein kulturell mehr oder weniger anspruchsvolles Tribunal über die vom Bundesverband erstellten Materialien abzuhalten. Die sich daraus ergebende Gespensterdiskussion — hier die Bezirke und Landesverbände mit Zukunftsaktionsprogramm (ZAP) im Aufschwung, dort die Bezirke, die das ZAP glauben, verstecken zu müssen, um der SPD nicht Stimmen zu rauben (so ein Delegierter aus Schleswig-Holstein) — zeigte lediglich, daß die jugendpolitische Orientierung weiterhin Zankapfel der Juso-Strömungen ist.

In der Arbeitsgruppe Jugendpolitik, der am letzten Kongreß-Tag aufgegeben war, eine Arbeitsplanung des Verbandes zu erarbeiten, konnte dieser Eindruck kaum verwischt werden. Die einleitenden Thesen von Malte Ristau (s. *spw* 37, S.313ff.) rissen zwar interessante Fragen auf (Wie differenziert ist die Jugend? Ist das ZAP monokulturell?), führten die Diskussion aber nicht zu einer konstruktiven Debatte über die Praxis des Verbandes. Eine solche Debatte wäre jedoch dringend notwendig gewesen. So wenig zu verkennen war, daß die »undogmatische« Juso-Strömung ihren vollständigen Widerstand gegen die jugendpolitische Orientierung in Castrop-Rauxel aufgegeben hat, muß den »Undogmatischen« doch vorgeworfen werden, diese Debatte auf Fragen wie:

Arbeitsformen, Zugang zur Jugend und Verbandskultur zu verengen. Gerade diese Verengung, d.h. die Ausklammerung der strategischen Bedeutung der Jugend als »Schnittstelle des Umbruchs« (vgl. Möbbeck/Rudolph in *spw* 37, S.303ff.), birgt die Gefahr der Reduzierung der jugendpolitischen Orientierung auf eine lediglich sozialdemokratische jugendspezifische Vertrauensarbeit. Es wird unsere Aufgabe sein, in der kommenden Weiterentwicklung der strategischen Bedeutung der Jugendfrage auch praktische Dimensionen zu geben.

Die Partei

Sie zeigte sich recht moderat. Anke Fuchs und Hans-Jochen Vogel sagten dem stellvertretenden Juso-Bundesvorsitzenden Matthias Kollatz Unterstützung gegen seine Verurteilung wegen Aufrufs zum Volkszählungsboykott zu (der Kongreß hatte sich zuvor einstimmig mit M. Kollatz solidarisiert) — Hans-Jochen Vogel ging sogar so weit, einzuräumen, daß unbequeme Gedanken zur »Nachrüstung« und Kernenergie die Gesamtpartei schließlich auf den richtigen Weg gebracht hätten. Vogel weiter: »Mit mir gibt es kein Zurück hinter die Beschlüsse von Nürnberg.« Den Jusos sicherte er den für ihre Arbeit notwendigen Freiraum zu, weil die Partei »ein klares Bild vom Lebensgefühl und den Lebensvorstellungen jüngerer Menschen« brauche.

Er nannte weiter die Wachstumsgläubigkeit, die ökologische Enthaltbarkeit, die Mißachtung der Frauenfrage und die fehlende Beachtung der weltweiten Aufrüstung und die daraus resultierenden Gefahren als Faktoren, die eine programmatische Neuorientierung der SPD nach Godesberg erforderlich machen. Um so unverständlicher erscheint seine Feststellung: »Ich bekenne mich zu Godesberg als richtig in seiner Zeit.«

Gerade diese Äußerung hätte, gemessen an den im Rechenschaftsbericht des Bundesvorstands gesteckten Zielen für die Parteientwicklung, einigen Zündstoff bieten können. Mit Ausnahme der Einforderung stärkerer Frauenbeteiligung auch in der Partei durchzog die Debatte jedoch die Betonung von Gemeinsamkeiten. Die Zustimmung der SPD zur Volkszählung 1987 und auch die Einforderung des Ausstiegs aus der Kernenergie bei sozialdemokratisch geführten Landesregierungen hätten eine andere Diskussion möglich gemacht.

Unbequeme Gedanken, die, ausgesprochen auf dem Bundeskongreß der Jusos, der Partei langfristig den richtigen Weg weisen können, werden es also nicht gewesen sein, die Vogel abschließend veranlaßten festzustellen, daß er »sich bei den Jusos wohlfühlt« habe.

Die Programmdiskussion

In einem 42-seitigen Antrag hatte der Bundesvorstand der Jusos versucht, die Kritik der Organisation am Irseer Entwurf zu bündeln. Der Anspruch der Jusos an die Programmdebatte der Partei ist die Verständigung auf ein konsequent durchdachtes Reformkonzept mittlerer Reichweite, auf programmatische Grundlagen für linke Hegemonie- und Mehrheitsfähigkeit in den neunziger Jahren. Dem wird der Irseer Entwurf

nicht gerecht. Zentraler Kritikpunkt des Antrags am Irseer Entwurf war denn auch die Feststellung, daß er der Partei keine ausreichenden Handlungsorientierungen zur Umsetzung der beschriebenen Ziele biete. Trotz Fortschritten gegenüber Godesberg (ein Kapitel »Geschichte« und ein Kapitel »Zeitanalyse«), stehen die entscheidenden Elemente der Bestimmung sozialdemokratischer Politik zu unverbindlich nebeneinander und verhindern eine fruchtbare und in Handeln umsetzbare Positionsbestimmung.

Die dem Antrag folgende Diskussion verlief wenig kontrovers. Soweit bekannte Streitpunkte thematisiert wurden und kontrovers zur Abstimmung gelangten (wie z.B. die Idee, Hessen Süds Wachstumskritik mit Verzichtsvorschlägen zu paaren), zeigte sich die Hagener Mehrheit stabil. Leider führte der erforderliche Wille zur Einigung auf dem Kongreß über das übliche Maß hinaus oft zu einer Papier- und Klebstofforgie, die manchen — vielleicht auch klarstellenden oder produktiven — Streit verhinderte. Die Formulierungskünste, mit denen es die Kongreßregie schaffte, die Diskussion zur Friedensfähigkeit der NATO zu umschiffen, seien als Beispiel genannt.

Interessant auch die Probleme der Delegation aus Südbayern mit dem Programmantrag: Ihr schien der Satz im Antrag, »Wir erwarten zwar keine tiefgreifende Analyse mit wissenschaftlichem oder gar marxistischem Anspruch, aber zumindest ...«, Grund genug, die Kongreßharmonie mit der Forderung nach mehr Selbstvertrauen zu stören. Der marxistische Anspruch müsse auch für die Partei formuliert werden.

So wichtig die Erkenntnis ist, daß das Erscheinungsbild der Partei maßgeblicher Faktor für die Zukunft der Juso-Organisation ist, so wenig wäre es zu tolerieren, wenn die Beschränkung der Forderungen für das Parteiprogramm auf das realistischere Erreichbare eine Nivellierung von Positionen von Jusos und »Linken« zur Folge hätte. Ein Programmantrag, der sich in diese Richtung bewegt, hätte eine Forcierung der Strategiedebatte bei den Jusos erfordert. Der Ausfall der Strategiediskussion verursachte daher auch Bedenken bei zahlreichen Delegierten bei der Zustimmung zum endgültigen Programmantrag, der gleichwohl eine breite Mehrheit bekam.

Die Strategiedebatte

Im Vorfeld des Kongresses hatten sich wegen des erreichten Standes der Diskussion alle Juso-Strömungen darauf geeinigt, keine Anträge zu verabschieden, sondern die Diskussion voranzutreiben. Dies sollte in Foren mit externen Referenten geschehen. *Neokonservatismus — Wege zur Überwindung? — Kräfte der Veränderung — Bündnis der Zukunft — Globale Katastrophen, Tendenzen, Möglichkeiten der Überwindung* sowie *Reformpolitik und sozialistische Perspektive*, waren dann die Themen dieser Foren. Die zum Teil anregende Diskussion konnte, hier hatten die externen Referenten ihren Anteil, oft über Strömungsgrenzen hinweg geführt werden. Die Übertragung dieses Vorgangs auf die Strategiedebatte im Rahmen der verbindlichen Diskussion muß allerdings noch geleistet werden.

Dies gilt um so mehr, als der Versuch der sich selbst undogmatisch nennenden Teile des Verbandes vor, nach und auf dem Kongreß gemacht wurde, die Verantwortung für die »ausgefallene« Strategiedebatte abzuwälzen. Der einzige von dieser Seite dem Kon-

groß zur Strategiefrage vorliegende Antrag beinhaltete in 32 Thesen dann allerdings nichts als die ahistorische Beschreibung einer irgendwie wünschenswerten »solidarischen Gesellschaft der Freien und Gleichen« und die Erkenntnis, daß man diese durch eine »Politik von unten« erreiche. Dem selbst gesteckten Anspruch der »Undogmatischen«, jetzt linkes Gewissen des Verbandes zu sein (vgl. Malte Ristau in *spw* 21) wurde dieser Antrag nicht gerecht. Die Formulierung von Wunschkonzeptionen ist eben noch keine Strategie.

Fazit

Wie sich auch bei der einzigen Personalentscheidung des Kongresses zeigte (der Genosse Olaf Scholz wurde mit 149 : 115 Stimmen als stellvertretender IUSY-Präsident nominiert) ist die Hager Mehrheit stabil. Ihr gelingt es, in Sachfragen auch übergreifende Mehrheiten zu organisieren. Kernpunkte der verbandspolitischen Arbeit, wie die jugendpolitische Orientierung, fanden in Castrop-Rauxel unter verstärkten Abgrenzungsschwierigkeiten der undogmatischen Strömung erneut eine Mehrheit.

Die Gefahr des Formel- und Formalkompromisses muß allerdings erkannt und gebannt werden, wenn Juso-Positionen wieder ausstrahlungsfähig werden sollen. Dazu gehört übrigens auch, eigene Beschlüsse ernst zu nehmen: Die aus Schleswig-Holstein angereiste reine Männer-Delegation wurde nicht zum Gegenstand von Auseinandersetzungen gemacht.

Geschichte der Arbeiterbewegung

Peter Brandt

Die kommunistische Konzeption der »Volksfront« in der Geschichte der Arbeiterbewegung

Ein Grundriß

In der innenpolitischen Diskussion Westdeutschlands wird der Ausdruck »Volksfront« seit jeher zur Diskreditierung jeder Art linker Bündnispolitik verwendet. Sogar sozialdemokratische Bemühungen um eine Entkrampfung des Verhältnisses zu kommunistischen Parteien der östlichen und der westlichen Hemisphäre, zu den neuen sozialen Bewegungen und zu den Grünen gelten als »Volksfront«-verdächtig. Aber auch diejenigen, die solchen Verständigungsbemühungen positiv gegenüberstehen, kennen vielfach nicht die genaue Bedeutung des Volksfront-Terminus. Es geht im folgenden — dem Titel entsprechend — um die *konzeptionelle* Entwicklung der Volksfrontbestrebungen; *realhistorische* Vorgänge werden nur angesprochen, sofern sie zum Verständnis der begrifflichen Entwicklung notwendig erscheinen. Eine Kritik kommunistischen Politikverständnisses und kommunistischer Strategie und Taktik erfolgt allenfalls indirekt.

Ohne von »Volksfront« zu sprechen, haben Marx und Engels zeitlebens über eine breit angelegte, »demokratische« Bündnispolitik der Arbeiterklasse gegenüber kleinbürgerlich-bäuerlichen Bevölkerungsgruppen, zeitweise unter Einschluß von Teilen der Bourgeoisie, nachgedacht. Für Lenin bildete das Bündnis des Proletariats mit dem städtischen Kleinbürgertum und vor allem mit der Bauernschaft das Kernelement seines Konzepts der Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution durch eine »Volksrevolution«, ein schon von Marx benutzter Terminus (LW 9, S.1ff.; MEW 6, S.233). An Lenin anknüpfend und teilweise über ihn hinausgehend, stellte Gramsci im Rahmen seines Hegemonie-Theorems grundsätzliche wie auch praktische Überlegungen zur Bündnispolitik der revolutionären italienischen Arbeiterbewegung gegenüber den nichtproletarischen Volksmassen, vor allem gegenüber den Bauern Süditaliens, und zur Beeinflussung der »Intellektuellen« an. »In keinem Land ist das Proletariat in der Lage, allein die Macht zu erobern und aus eigener Kraft zu behaupten.« (Gramsci 1986, S.139) Gegen den Faschismus befürwortete Gramsci ein Zusammengehen auch mit bürgerlichen Parteien. Dimitroff kam im Vorfeld des gegen die bulgarische Militärdiktatur gerichteten (gescheiterten) Aufstands vom September 1923 zu ähnlichen Schlußfolgerungen.

Der Ausgangspunkt: Frankreich 1934/35

Obwohl der Terminus »Volksfront« seit Mitte der dreißiger Jahre von unterschiedlichen linken und linksliberalen Gruppierungen verwendet worden ist, läßt sich von einer dem Anspruch nach kohärenten und international verbindlichen Volksfrontpolitik allein in bezug auf die kommunistische Weltbewegung sprechen, die diese Politik 1934/35 modellhaft in und für Frankreich entwickelte. Weder in Frankreich noch in Spanien konnten die Kommunisten indes ihre Vorstellung von Volksfront ohne weiteres durchsetzen. Während linkssozialistische Gruppen und vor allem die radikalisierte Linke innerhalb der sozialistischen Parteien in der außerparlamentarischen Aktionseinheit der Arbeiterklasse den entscheidenden Aspekt der Volksfront sahen und eine unmittelbar antikapitalistische Zielsetzung verfolgten, wollten die bürgerlichen Partner und der rechte Flügel der Sozialisten die Einheit der Linken am liebsten auf ein reines Wahlbündnis nach Art früherer republikanisch-sozialistischer Zusammenarbeit reduzieren. So konnten etwa die Volksfront-Basiskomitees nicht annähernd die Bedeutung erlangen, die die Kommunisten ihnen zuerkannten.

Seit Oktober 1934 propagierte die KPF die Losung der »Volkssammlung« bzw. »Volksfront«, die auf die soziale und politische Erweiterung des am 27. Juli 1934 mit der SFIO (Französische Sektion der Arbeiter-Internationale: Sozialisten) geschlossenen »Aktionseinheitspaktes« zielte. Die »Volksfront«-Losung sollte die Notwendigkeit unterstreichen, sich mit sozialpolitischen und popular-demokratischen Forderungen auch an die nichtproletarischen Schichten des »Volkes« zu wenden.

Ungeachtet einzelner, bis zur Mitte der zwanziger Jahre zurückzufolgender Denksätze hatte die KPF erst im Juni 1934 endgültig die seit dem VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (Komintern) 1928 international gültige linksradikale Linie (»Klasse gegen Klasse«; Kampf gegen den »Sozialfaschismus«) aufgegeben und sich zur Sprecherin des in Reaktion auf die gewaltsame Demonstration der rechtsextremen Bünde am 6. Februar 1934 sich spontan äußernden Strebens der Arbeiterklasse (Generalstreik am 12.2.) und der demokratischen Intelligenz (Manifest der »Wachsamkeitskomitees der antifaschistischen Intellektuellen« vom 5.3.) nach der Einheit der Linken gemacht.

Mit einer Rede am 24. Oktober 1934 in Nantes, am Vorabend des Parteitags der »Radikalen«, begann Maurice Thorez dann, um den Anschluß dieser traditionellen Vertretung der republikanischen Mittelschichten — wenn auch zunächst noch nicht der Parteispitze — an das Bündnis von KPF und SFIO zu werben. Durch die Bildung einer »Volksfront für Freiheit, Arbeit und Frieden gegen die Front der Reaktion und des Faschismus« (Thorez 1962, S.99) sollten die gegen die Macht der »200 Familien« der Finanzoligarchie (ein ursprünglich von dem linken Radikalen E. Daladier geprägtes Schlagwort) und gegen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise und der Deflationspolitik aufbegehrenden Teile der Bauernschaft, des Kleinbürgertums und der abhängigen Mittelschichten an die parlamentarische Republik gebunden und gegen faschistische Ideologie immunisiert sowie den rechtsextremen Organisationen und autoritären Verfassungsplänen der Boden entzogen werden. Die französische Volksfront, deren Dach-

organisation neben den »Radikalen«, der SFIO und der KPF auch mehrere kleinere Linksparteien, die Gewerkschaften, Beamten-, Jugend-, Sport- und Kriegsteilnehmerorganisationen, die Freimauer, die Liga für Menschenrechte, das o.g. »Wachsamkeitskomitee« und die »Bewegung Amsterdam-Pleyel«, insgesamt 48 Organisationen beitraten, wurde am 14. Juli 1935 auf einer gemeinsamen Massendemonstration offiziell aus der Taufe gehoben. Nach dem Wahlsieg vom April/Mai 1936, der vor allem der KPF zugute kam, regierten vom 4. Juni 1936 bis zum 8. April 1938 linksbürgerlich-sozialistische Kabinette mit kommunistischer Unterstützung; endgültig wurde das Volksfront-Bündnis Ende Oktober 1938 von den »Radikalen« wegen der scharfen kommunistischen Kritik an der Gesellschafts- und Außenpolitik der Mitte-Rechts-Regierung Daladier gekündigt.

Der VII. Weltkongreß der Komintern und seine Folgen

Während die SAI (Sozialistische Arbeiter-Internationale) zur Frage der Zusammenarbeit mit den Kommunisten wegen der kategorischen Verweigerung der großen Mitgliedsparteien Großbritanniens, Skandinaviens, der Niederlande und der Tschechoslowakei keine einheitliche Position entwickeln konnte, wurde die Politik der Einheitsfront und Volksfront auf dem VII. Weltkongreß der Komintern vom 25. Juli bis 20. August 1935 für deren nationale Sektionen verbindlich gemacht, nachdem sie sich — gefördert durch das Zusammenspiel der KPF-Führung mit einem Teil der Komintern-Führung — bereits seit dem Frühjahr 1934 schrittweise durchgesetzt hatte.

G. Dimitroff bestimmte in seinem Bericht die »*Schaffung einer breiten antifaschistischen Volksfront auf der Grundlage der proletarischen Einheitsfront*« zu einer »besonders wichtigen Aufgabe« (VII. Weltkongreß 1935, S.96). Über die »Einheitsfront« der proletarischen Organisationen, in erster Linie der kommunistischen und sozialdemokratischen, hinaus, sah Dimitroff die Funktion der Volksfront darin, die »natürlichen Bundesgenossen« des Proletariats, die »werk tätige Bauernschaft« und die »Hauptmasse des städtischen Kleinbürgertums« einschließlich der Intelligenz, in den Kampf der Arbeiterklasse einzubeziehen (ebd.). Einheitsfront und Volksfront seien »durch die *lebendige Dialektik des Kampfes* miteinander verbunden« (ebd., S.248). Während die Taktik der Kommunisten »*unter allen Umständen*« darauf gerichtet sein müsse, die Bauern und Kleinbürger durch »Verteidigung der Forderungen dieser Schichten« für die Volksfront zu gewinnen, könnten und müßten »unter bestimmten Umständen« auch »jene Organisationen und Parteien, denen die werktätige Bauernschaft und die Hauptmassen des städtischen Kleinbürgertums in großer Zahl angehören, ... trotz ihrer bürgerlichen Leitung« in die Volksfront integriert werden (ebd., S.97). Die »*Bildung einer Regierung der proletarischen Einheitsfront oder der antifaschistischen Volksfront*« als »*Regierung des Kampfes gegen Faschismus und Reaktion*« sei möglich, wenn der bürgerliche Staatsapparat bereits paralysiert sei, wenn die »breitesten Massen der Werk tätigen« zwar noch nicht zum Aufstand unter kommunistischer Führung bereit seien, aber entschieden antifaschistisch aufträten und wenn die Sozialdemokratie und die anderen beteiligten nichtkommunistischen Parteien von einem verstärkten Differenzie-

rungs- und Radikalisierungsprozeß ergriffen seien (ebd., S.120f.). Eine solche Regierung, die von Dimitroff ausdrücklich auf die Losung der »Arbeiter-« bzw. »Arbeiter- und Bauernregierung« bezogen wurde, wie sie der IV. Weltkongreß 1922 aufgestellt hatte, sei keineswegs als gewöhnliche parlamentarische Linksregierung zu verstehen. Außer der jetzt verlangten Verteidigung der bürgerlichen Demokratie und der Zerschlagung der faschistischen Organisationen bestünde ihre Aufgabe darin, durch die Verwirklichung »revolutionärer Grundforderungen« (»so z.B. Produktionskontrolle, Kontrolle über die Banken, Auflösung der Polizei, ihre Ersetzung durch eine bewaffnete Arbeitermiliz usw.«) die Massen an die proletarische Revolution heranzuführen, die allein die »endgültige Rettung« bringen werde (ebd., S.120, 124).

Die veränderte Strategie und Taktik wurde theoretisch — wenn auch keineswegs mit zwingender Logik — mit der inzwischen verbindlichen Faschismus-Einschätzung des XIII. EKKI-Plenums (»offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals«) und außerdem zunehmend mit Lenins Auffassung des Verhältnisses von Demokratie und Sozialismus im Klassenkampf, insbesondere seiner Theorie der bürgerlich-demokratischen Revolution, begründet. Die bündnispolitischen Anregungen Gramscis fanden dagegen lange Zeit weniger Beachtung. Im konzeptionellen Kern handelt es sich bei der kommunistischen Volksfrontpolitik darum, die materiellen Interessen der Mittelschichten unter Berücksichtigung ihrer ideologischen Standpunkte mit den Interessen der Arbeiterklasse und die beider mit der politischen Demokratie zu verknüpfen.

Neben der Erfahrung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse gegen die antidemokratische Rechte in mehreren Ländern (Wiener Aufstand und französischer Massenprotest im Februar, asturischer Aufstand im Oktober 1934) und der kommunistischen Erfolge bei einer entsprechend ausgerichteten Politik spielte eine entscheidende Rolle bei der strategisch-taktischen Neuorientierung der Komintern die seit 1929/30 veränderte Weltlage. Das gemeinsame Interesse der UdSSR und der parlamentarisch regierten, aktuell nicht aggressiven imperialistischen Länder an der Eindämmung der faschistischen Mächte sollte die Grundlage für die Schaffung einer internationalen »Friedensfront« und einer »Weltvolksfront« abgeben, wobei der Kampf für den Frieden und die Verteidigung der UdSSR identisch seien. Die neue Konstellation (Eintritt der UdSSR in den Völkerbund am 18.9.1934; sowjetisch-französischer und sowjetisch-tschechoslowakischer Militärpakt am 2. bzw. 16.5.1935) veranlaßte daher die KPF zur Revision ihrer Haltung zur Landesverteidigung und ebnete somit der parlamentarischen Zusammenarbeit mit den »Radikalen« den Weg. Zur Sicherung einer gegen die Achsenmächte gerichteten Außenpolitik und der republikanischen Legalität war die KPF sogar an einer partiellen Ausweitung der politischen Zusammenarbeit direkt in das Lager der Großbourgeoisie hinein interessiert.

Bei der seit dem 6. August 1936 neben der »Volksfront« und über sie hinaus propagierten »französischen Front« ging es der KPF aber außerdem um den Appell an die einem Linksbündnis gegenüber traditionell reservierten (z.B. gläubig katholischen) Volksmassen und um das neue patriotische Element im Selbstverständnis der Partei, die das »ewige Frankreich« beschwor, alle fortschrittlichen und populären Traditionen der

französischen Geschichte (bis zu Jeanne d'Arc zurückgehend) für sich beanspruchte und die »neue Begegnung der Arbeiterklasse mit Frankreich« (Thorez 1962, S.125) von nun an symbolisch durch den Gesang sowohl der »Marseillaise« als auch der »Internationale« und den Gebrauch sowohl der Trikolore als auch der Roten Fahne sichtbar machte.

Die französischen Volksfrontregierungen arbeiteten auf der Basis eines vollkommen systemimmanenten Reformprogramms, bei dessen Erstellung die KPF den Widerstand der »Radikalen« gegen »Strukturreformen«, Nationalisierungen und Wirtschaftsplanung sogar unterstützt hatte, um das Bündnis nicht zu gefährden. Ungeachtet der Weigerung der Kommunisten, in die Regierung einzutreten, zwang die bündnispolitische Logik der Volksfront die KPF, sich für die Beendigung der spontanen Massenstreiks im Mai/Juni 1936 einzusetzen. Bereits die massiven materiellen und sozialen Verbesserungen auf Grund des Matignon-Abkommens (Lohnerhöhungen, bezahlter Urlaub, 40-Stunden-Woche, Anerkennung von Gewerkschaftsrechten) und der darauf aufbauenden staatlichen Sozialgesetze, die neben der Entwaffnung und Auflösung der rechts-extremen Ligen unter der von Léon Blum geführten ersten Volksfrontregierung durchgesetzt wurden, mußten den Widerstand des Kleinunternehmertums, das zu einem erheblichen Teil den »Radikalen« anhing, hervorrufen und die soziale Basis der Volksfront in Frage stellen. Die notwendig inkonsistente, zeitweise auf Staatsintervention, zeitweise auf Stabilisierung des Marktmechanismus setzende, durch Strukturschwächen der französischen Wirtschaft und Kapitalflucht erschwerte Wirtschaftspolitik Blums trieb die von der Volksfront repräsentierten Klassen und Schichten weiter auseinander. Zusätzliche scharfe Konflikte entstanden durch die aus Rücksicht auf Frankreichs Verbündeten Großbritannien verfolgte »Nichteinmischungspolitik« gegenüber dem Spanischen Bürgerkrieg.

Die spanische Volksfront gegenüber Revolution und Krieg

Wie in Frankreich begünstigte auch in Spanien die soziale und politische Polarisierung seit dem Sturz der Monarchie 1931 die Herausbildung einer Volksfront, deren Zusammenhalt indessen durch dieselbe Dynamik der Polarisierung in Frage gestellt wurde. Die kleine KPS war im September 1934 in die »Arbeiterallianz«, eine institutionalisierte proletarische Einheitsfront, eingetreten und hatte sich im Oktober an dem (geseheiterten) Aufstand in Asturien gegen die autoritäre Rechte beteiligt. Unmittelbar danach tauchte seitens der KPS — entsprechend der Rückinterpretation des Arbeiteraufstands im Sinne eines Bündnisses mit den Mittelschichten — die Losung des »antifaschistischen Volksblocks« bzw. der »antifaschistischen Volkskonzentration« auf, die im Juni 1935 zu der »antifaschistischen Volksfront« als Verbindung der Arbeiterparteien mit den bürgerlich-liberalen Parteien erweitert wurde. Die Durchschlagskraft der Idee eines breiten »Wahlblocks der Linken« resultierte vor allem aus der Plausibilität der Auffassung, nur in einem solchen Zusammenwirken könnten die politische Repression beseitigt und die Gefangenen befreit werden. Insofern sind die Konstituierung der Volksfrontkoalition (Republikanische Linke, Republikanische Union, Katalanische

Linke, PSOE [=Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens], PCE bzw. KPS [=Kommunistische Partei Spaniens], Syndikalistische Partei, POUM [=Arbeiterpartei der Marxistischen Einheit], UGT [=Allgemeine Arbeiter-Union: sozialistische Gewerkschaft]) und ihr — durch die Wahlbeteiligung der Anarchisten ermöglichter — Sieg am 16. Februar 1936 noch weniger als in Frankreich als Ausdruck einer längerfristigen, programmatisch begründeten Gemeinsamkeit anzusehen. — Im Unterschied zu den anderen marxistischen Fraktionen ging die KPS von der Notwendigkeit aus, die Faktoren der Rückständigkeit Spaniens, zu denen sie in erster Linie den Großgrundbesitz, die Kirche und die Armee, aber auch die monopolistischen Gruppen der Bourgeoisie zählte, in einer eigenen, von der Volksfront getragenen »bürgerlich-demokratischen Revolution« zu entmachten, bevor die sozialistische Umwälzung in Angriff genommen werden könne. Die Schwierigkeit dieser Position bestand darin, daß das Programm der ersten, rein bürgerlichen Volksfrontregierung — später traten PSOE, KPS und sogar Anarchisten in die Regierung ein — sich im wesentlichen auf die Demokratisierung des Überbaus beschränkte, während die Anhänger der anarcho-syndikalistischen Nationalen Konföderation der Arbeit (CNT), aber vielfach auch der Volksfrontparteien eine spontane, direkt antikapitalistische Sozialrevolution entfesselten und die mit der Agraroligarchie ökonomisch verflochtene Großbourgeoisie, teilweise mit Ausnahme von Katalonien und dem Baskenland, ebenso wie ein Teil der Mittelschichten fest in den reaktionären Block eingebunden war.

Nach dem Beginn des durch den Militärputsch vom 17. Juli 1936 ausgelösten Interventions- und Bürgerkriegs, den die KPS als einen »nationalrevolutionären« Krieg charakterisierte, machte sich die Kommunistische Partei daher zum Hauptverfechter einer restriktiven Auslegung der Volksfront: Um die militärisch überlegenen Kräfte der Konterrevolution schlagen zu können, sollten die soziale Revolution zurückgedrängt, deren Protagonisten (CNT, linke PSOE, POUM) ausgeschaltet oder neutralisiert, die staatliche Autorität neu befestigt, eine republikanische Armee aufgebaut und eine leistungsfähige Kriegsproduktion organisiert werden. Die sich daraus ergebenden Auseinandersetzungen machten die KPS von einer marginalen Fraktion der Arbeiterbewegung zu einer im Proletariat, aber auch im besitzenden Kleinbürgertum, der mittleren Bauernschaft und besonders im Staatsapparat und der Armee verankerten Massenpartei, die nun aus dieser Position für die Durchsetzung der »demokratischen« Revolution wirken konnte. Die »demokratische und parlamentarische Republik neuen Typs und mit einem tiefen sozialen Gehalt«, für die die KPS eintrat, sollte sich von normalen bürgerlich-demokratischen Staaten qualitativ unterscheiden. Ohne »Vernichtung der materiellen Grundlagen der Reaktion und des Faschismus« könne es »keine wirkliche politische Demokratie« geben (José Diaz: *Por la unidad, hacía la victoria*, in: ders., *Tres años de lucha*, Paris 1970 [zuerst 1939], S.350). Unter dem Eindruck der spanischen Erfahrung und mit dem Hinweis darauf legte sich die Komintern generell auf die »Demokratie neuen Typs« als eine eigenständige strategische Etappe zwischen »Diktatur der Bourgeoisie« und »Diktatur des Proletariats« fest. Die Spanische Republik mit ihrem starken staatlichen Wirtschaftssektor bildete das neue kommunistische Volksfrontmodell.

Volksfront gegen den Hitler-Faschismus?

Die von der Komintern für Spanien hergestellte Verbindung von Volksfront und demokratischer Revolution galt auch für die kolonialen und vom Imperialismus abhängigen Länder einerseits sowie für die faschistischen Staaten andererseits. In Italien und Deutschland hatte die Volksfrontpolitik die Aufgabe, ein Konzept für den Sturz eines bereits an der Macht befindlichen faschistischen Regimes bereitzustellen. Während aber Kommunisten und Sozialisten in Italien ab 1934 in einem, 1937 erweiterten, »Einheitspakt« zusammenwirkten, der bis 1956 immer wieder verlängert wurde, gelang es der KPD-Führung bis 1945 nicht, den Exil-Vorstand der SPD für die Einheitsfront zu gewinnen, so daß der aktive Kern einer breiteren Volksfront fehlte. Außerdem brauchte die KPD ein bis zwei Jahre, um mit der Ausarbeitung ihrer neuen Linie unter Zurückdrängung »sektiererischer« Hemmungen in den eigenen Reihen den Anschluß an die konzeptionelle Entwicklung der Komintern zu finden. Als der Ausdruck »Volksfront« am 8. November 1934 in einem Aufruf an die »christlichen Werktätigen« erstmals von der KPD verwendet wurde, knüpfte er eher an den seit Anfang 1934 wieder verstärkt benutzten Volksterminus und entsprechende mittelschichtspezifische und populäre Forderungen in der KPD-Agitation 1930-32 als an die zeitgenössischen Bestrebungen der KPF an. Während sich im Saargebiet für die Abstimmung über die staatliche Zugehörigkeit nach einem Aktionspakt von SP und KP (2.7.1934) eine »Freiheitsfront« gebildet hatte, der auch kleinere christliche und bürgerlich-demokratische Gruppen angehörten, die aber in der Abstimmung (13.1.1935) mit etwa 90 Prozent für Deutschland vernichtend geschlagen wurde, brauchte die KPD noch Monate, bis sie nach der »Einheitsfront von oben« auch die »Volksfront von oben« als ihr verbindliches Ziel akzeptierte. Auf der im Anschluß an den VII. Weltkongreß abgehaltenen »Brüsseler Konferenz« (3.-15.10.1935) forderte die KPD zu der »breitesten Volksfront« auf, die gemeinsam »mit der Sozialdemokratischen Partei, mit der Zentrumspartei, den Demokraten und mit allen Organisationen des werktätigen Volkes« geschaffen werden müßte (Mammach 1975, S.610). Seit Frühjahr 1936 propagierte die KPD die »demokratische Republik« als Ziel der Volksfront, seit Frühjahr 1937 im Sinne der »Demokratie neuen Typs« konkretisiert als »demokratische Volksrepublik«.

Bei dem Vorschlag, eine Einheitsfront und eine Volksfront zu bilden, konnte sich die KPD auf Einheitsbestrebungen der Opposition im Exil und in der Illegalität (z.B. Gruppe »Deutsche Volksfront«) stützen, deren Träger sich indessen z.T. gegen die Traditionen aller alten Parteien wandten. Das wichtigste deutsche Volksfrontkomitee im Exil wurde am 2. Februar 1936 unter dem Vorsitz Heinrich Manns in Paris gegründet. Ihm gehörten Mitglieder der KPD, der SAP, zeitweise des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes, der Revolutionären Sozialisten Deutschlands, der Landesgruppe Frankreich der SPD und des »Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller«, progressive Christen sowie weitere Einzelpersonen aus dem liberalen und linksbürgerlichen Spektrum an. Neben programmatischen und die praktische Arbeit betreffenden Differenzen lähmte auch eine zunehmend unversöhnliche Haltung der Kommunisten, derentwegen Willi Münzenberg 1938 mit der KPD brach, zunehmend die Arbeit des Ausschusses.

International erschwerten besonders die Moskauer Prozesse und die Form der anti-trotzkistischen Kampagne die Bündnispolitik der Komintern. Kritik an den Prozessen begegneten die Kommunisten mit dem Verlangen, die Sozialdemokraten und »alle anständigen Menschen« müßten sich gegen die im Dienste des Hitler-Faschismus stehenden »trotzkistischen Banditen« aussprechen (Wilhelm Pieck: *Hitlerfaschismus und Trotzismus*, in: *Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung* vom 11.2. 1937). Seit 1937, als die Stagnation oder gar Rückläufigkeit der Volksfrontbewegung unübersehbar war, nahm auch die allgemeine Polemik der Komintern gegen die Sozialdemokratie wieder zu.

Grundprobleme einer volksfrontähnlichen Bündnispolitik

Die schärfste Kritik an der Volksfrontpolitik hatte in der Tat von Anfang an Trotzki geleistet, der meinte, ein Umschwenken der Komintern von ultralinkem Verbalradikalismus zu einer regelrecht »konterrevolutionären« Linie konstatieren zu müssen. Er sah in der Volksfront »parlamentarischen Kretinismus« und die Unterordnung des Proletariats unter die Klasseninteressen der liberalen Bourgeoisie. Im wesentlichen auf Grund von Deduktionen und Analogieschlüssen aus den Erfahrungen der Russischen Revolution stellte Trotzki fest, »ein wirklicher Kampf gegen den Faschismus ist nicht anders zu führen als mit den Methoden der proletarischen Revolution« (Trotzki 1975, S.302). Demokratische Losungen spielten für die trotzkistische »Vierte Internationale« eine Rolle nur als Mittel der Massenmobilisierung in der »unabhängigen Bewegung des Proletariats«, nicht als Programm für eine selbständige demokratische Etappe (*Der Totenkampf des Kapitalismus und die Aufgaben der IV. Internationale* [Übergangsprogramm], Ausgabe Berlin/West 1972, S.37).

Diese Unterschätzung der Notwendigkeit von speziellen Bündnissen mit den nicht-proletarischen Volksschichten drückte sich auch in den Stellungnahmen der »Internationalen Vereinigung der Kommunistischen Opposition« (H. Brandler, A. Thalheimer u.a.) aus. Sie bestritt, »daß die kampffähige Einheitsfront der Arbeiter und übrigen Werktätigen durch ein Bündnis mit den Spitzen der bürgerlichen Parteiführungen geschaffen werden kann«, die kein Bollwerk gegen den Faschismus, sondern stets ein Hemmnis für den antifaschistischen Kampf seien (Gruppe Arbeiterpolitik, o.J., S.19). Eine ebenfalls kritische, aber differenziertere Haltung nahmen linkssozialistische und kommunistische Gruppen wie die französische »Revolutionäre Linke« in der SFIO, die deutsche SAP und die spanische POUM ein, die zwar die spezielle Volksfrontpolitik der kommunistischen Parteien (mit der Festlegung auf die »demokratische Republik«) als opportunistisch ablehnten, aber sich der realen Massenbewegung und dem positiven Mythos der Volksfront nicht sektiererisch entgegenstellen wollten. Man unterschied indes deutlich zwischen der »parlamentarischen Volksfront« und der »Volksfront des Kampfes«. Elemente einer solchen Sicht fanden sich sogar bei Linkssozialisten, die der Komintern relativ nahestanden.

Bei der Volksfrontpolitik zwischen 1934/35 und 1938/39 handelt es sich um den entscheidenden Einschnitt in der Geschichte der kommunistischen Bündnispolitik über-

haupt. Zwar war die »proletarische Einheitsfront« — und in deren Rahmen auch die Hinwendung zu bäuerlich-kleinbürgerlichen Bevölkerungsgruppen — bereits zwischen 1921 und 1928 propagiert und teilweise auch verwirklicht worden. Selbst die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien wie dem Zentrum in Deutschland, der Venstre in Norwegen, der Bauernpartei in Bulgarien und den Aventin-Parteien in Italien war gelegentlich schon erwogen oder praktiziert worden. Aber erst unter dem Eindruck der faschistischen Welle der dreißiger Jahre knüpfte die Komintern an diese jahrelang mißachteten Erfahrungen an und entwickelte sie 1934-37 zu einem neuen bündnispolitischen System weiter. Trotz erneuter Isolierung und Selbstisolierung der Kommunisten in den Phasen des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts (1939-41) und des forcierten Ost-West-Konflikts (1948-56) und darauf beruhender ultra-radikaler Rückfälle, ist die kommunistische Weltbewegung immer wieder auf diese Grundorientierung zurückgekommen.

Nach dem Scheitern der von »Nationalen Fronten« getragenen »neuen Demokratie« der Jahre 1944 bis 1947/48 ließen die Anerkennung eines friedlichen und parlamentarischen Weges zum Sozialismus seitens der KPdSU und die Ausarbeitung der Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus die Kommunisten in den sechziger Jahren vor dem Hintergrund der Entschärfung des Kalten Krieges wieder verstärkt um die Aktionseinheit mit den Sozialdemokraten und um volksfrontähnliche Bündnisse werben. Ermutigt wurden solche Bemühungen durch die finnische Koalitionsregierung aus Agrarzentrum, Sozialdemokraten, Linkssozialisten und Kommunisten von 1966 bis 1970. Demgegenüber und im Unterschied zu den Volksfrontregierungen der dreißiger Jahre spielten die bürgerlichen Parteien in der französischen »Linksunion« (1972-77) und in der Regierung der chilenischen »Volkseinheit« (1970-73) keine entscheidende Rolle. Die Linksunion beruhte auf einem gemeinsamen, entschieden antimonopolistischen Regierungsprogramm, das von der KPF als Mittelpunkt der »Volkseinheit« im Kampf um die »fortschrittliche Demokratie« interpretiert wurde. In Chile scheiterte die »Volksregierung«, die sich nicht auf die eindeutige Mehrheit der Bevölkerung stützen konnte, mit einem explizit auf den Sozialismus orientierenden, antiimperialistischen und gegen die einheimische Oligarchie gerichteten Programm an der gegenrevolutionären Mobilisierung großer Teile der Mittelschichten, der die über den Rahmen der »Volkseinheit« hinausweisende Radikalisierung der Industriearbeiter und armen Agrarbevölkerung auf der Gegenseite entsprach.

Die chilenische Erfahrung veranlaßte ab 1973 die KPI, auf der »Suche nach den breitesten Konvergenzen und Bündnissen« (Valencá 1976, S.46) für eine »neue Etappe der demokratischen, antifaschistischen Revolution, die in die Gesellschaft sozialistische Elemente einführt« (ebd., S.42), einen »historischen Kompromiß« der verschiedenen demokratischen Volkskomponenten, unter Einbeziehung namentlich der populären Strömungen der Christdemokratie, vorzuschlagen. Dabei gehe es vor allem darum, eine Spaltung des Landes in zwei etwa gleich große Blöcke zu verhindern, vielmehr »die gesellschaftlichen und politischen Kräfte des Zentrums auf konsequent demokratische Positionen zu führen« (ebd., S.27), da für die Umgestaltung der Gesellschaft eine breite Mehrheit unabdingbar sei. Damit steht der Historische Kompromiß durchaus in der Kontinuität der kommunistischen Volksfrontpolitik.

Obwohl die unter dem Signum der Volksfront und ihrer Nachfolger betriebene kommunistische Bündnispolitik konzeptionell und in der Durchführung seit 1934/35 verschiedene Varianten aufweist, lassen sich mehrere durchgängige, offenbar strukturelle Probleme benennen, die in engem Zusammenhang miteinander stehen:

- das Verhältnis von Defensive (antifaschistische, antireaktionäre Abwehr) und Offensive (antimonopolistische Umgestaltung der Gesellschaft);
- das Verhältnis von elektoral-parlamentarischen Kombinationen und außerparlamentarischer Massenbewegung;
- die soziale und politische Breite des Bündnisses (spezielle Verbindung der Arbeiterklasse mit den Mittelschichten oder Zusammenarbeit mit der nichtmonopolistischen Bourgeoisie, u.U. sogar mit einer Monopolfraktion gegen eine andere);
- der Konflikt zwischen dem Bestreben nach Ausweitung des Bündnisses einerseits und der Notwendigkeit geschlossener Programmatik und zielgerichteter Politik andererseits;
- die Hegemonie im Bündnis (liberale bzw. nationale Bourgeoisie, demokratisches Kleinbürgertum, Sozialdemokratie oder Kommunistische Partei);
- der gesellschaftspolitische Charakter des Bündnisses und der ggf. auf ihm beruhenden Staatsmacht (»bürgerlich-demokratisch« bzw. »allgemein-demokratisch«, »volksdemokratisch« oder »sozialistisch«; eigene längere Etappe, kurzfristige Übergangphase zum Sozialismus oder reine Mobilisierungslosung);
- der Konflikt zwischen einem tendenziell pluralen Bündnismodell und einem aus der kommunistischen Tradition entstandenen monolithischen Demokratieverständnis.

Literaturverzeichnis

- Gruppe Arbeiterpolitik (Hrsg.): Volksfrontpolitik, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem »Internationalen Klassenkampf« von 1935 bis 1939, Bremen o.J.
- Braunthal, Julius, 1963 und 1971: Geschichte der Internationale, Bde. 2 und 3, Hannover
- Broué, Pierre, und Emile Témime, 1968: Revolution und Krieg in Spanien. Frankfurt/M.
- Carr, E.H., 1982: Twilight of the Comintern, 1930-1935. New York
- Claudin, Fernando, 1977 und 1978: Die Krise der Kommunistischen Bewegung. 2 Bde., Berlin (West)
- Corvalan, L., und E. Labarca, 1973: Kommunistische Politik in Chile. Interviews mit dem Generalsekretär der KP Chiles. Berlin (West)
- Dieckmann, Götz, 1985: Die sozialistische Revolution. Theoriegeschichtlicher Abriss. Berlin (DDR)
- Gramsci, Antonio, 1986: Zu Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften, hrsg. v. Guido Zambis, Frankfurt
- Huhle, Rainer, 1980: Die Geschichtsvollzieher. Theorie und Politik der Kommunistischen Partei Spaniens 1936 bis 1938. Gießen
- Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, 1970: Die Kommunistische Internationale. Kurzer historischer Abriss. Frankfurt/M.
- Langkau-Alex, Ursula, 1977: Volksfront für Deutschland? Bd.1: Vorgeschichte und Gründung des »Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront«, 1933-1936. Frankfurt/M.
- Lefranc, Georges, 1974: Histoire du front populaire (1934-1938). Paris
- Mammach, Klaus (Hrsg.), 1975: Die Brüsseler Konferenz der KPD (3.-15. Oktober 1935). Frankfurt/M.
- Gemeinsames Regierungsprogramm der Französischen Kommunistischen Partei und der Sozialistischen Partei vom 17. Juni 1973. Einl. v. Georges Marchais. Frankfurt/M.
- Sywottek, Arnold, 1971: Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935-1946. Düsseldorf
- Thorez, Maurice, 1962: Ausgewählte Reden und Schriften 1933-1960. Berlin (DDR)
- Trotzki, Leo, 1975: Revolution und Bürgerkrieg in Spanien 1931-39. 2 Bde., Frankfurt/M.
- Valenca, Pietro (Hrsg.), 1976: Berlinguer/Gramsci/Longo/Togliatti, Der historische Kompromiß. Berlin (West)
- VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, 1971: Referate. Aus der Diskussion. Schlußwort. Resolutionen. Frankfurt/M.
- Ziebur, Gilbert, 1972: Volksfront. In: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie; Bd.VI. Freiburg u.a., S.767-794

SPD-Programmdiskussion

Heinz Bierbaum/Joachim Bischoff/Richard Detje

Individualität und Solidarität

Zu einem zentralen Defizit des Irseer Programmentwurfs

Die Zwischenbilanz der SPD-Bundesgeschäftsführerin Anke Fuchs strahlt neues Selbstbewußtsein und Zuversicht aus. Die SPD habe wieder Tritt gefaßt: Mit den Beschlüssen des Nürnberger Parteitages seien die lähmenden internen Auseinandersetzungen über den Kurs der Partei in der Energie-, Nachrüstung- und Wirtschaftspolitik ausgestanden; die SPD konzentriere sich heute auf ihre eigenen politischen Ziele, statt in uferlosen Bündnis- und Koalitionsdebatten ein Bild der Zerrissenheit nach außen zu tragen.

Dieser politische Optimismus hat durchaus harte Fakten für sich: Sowohl die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Bremen als auch die jüngsten Ergebnisse der Meinungsforschung zeigen eine stabilisierte Sozialdemokratie. Hat die SPD also das »Tal der Tränen« bereits hinter sich gelassen? Wenn dem so sein sollte, und wenn die Krise und politische Verunsicherung wirklich überwunden sind, was soll dann noch die Diskussion des Irseer Entwurfs für ein neues Grundsatzprogramms, gleichsam die letzte Hinterlassenschaft aus der Ära Brandt, bewirken?

Nürnberg und Irsee

Die SPD wollte nach dem Verlust der Macht und der politischen Meinungsführerschaft gründlichen Hausputz veranstalten. Mit großem Aufwand — Expertenkommissionen, Unterkommissionen usw., die bergeweise Programmatisches zu Papier brachten — wurde eine Neuorientierung in der Energiepolitik (Ausstieg aus Kernenergie und Atomtechnologie), der Sicherheitspolitik (Rückgängigmachung der Nachrüstung, Sicherheitspartnerschaft, zweite Phase der Entspannungs- und Ostpolitik) und in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik (Investitionsprogramm Arbeit und Umwelt, Ausbau der Infrastruktur und öffentlichen Dienstleistungen, Arbeitszeitverkürzung und Umdenken in der Verteilungs- und Steuerpolitik) eingeleitet. Doch dieser auf dem Nürnberger Parteitag beschlossene Kurs ist sowohl innerhalb der Partei als auch in der Öffentlichkeit kaum bekannt. Der verbreiteten Klage, man müsse die Nürnberger Beschlüsse endlich bekannt machen, trug die neue Bundesgeschäftsführerin dadurch pragmatisch Rechnung, daß sie eine gekürzte und popularisierte Fassung der Willensakte aus Nürnberg erstellen ließ. Der Erfolg dieser Anstrengung bleibt abzuwarten. Skepsis ist um so mehr angebracht, als die rechten Tendenzen zur Korrektur oder »In-

terpretation« der Nürnberger Beschlüsse unübersehbar sind. — Darüber hinaus machten sich Führungsgremien und Experten an die Überarbeitung des Grundsatzprogramms von Bad Godesberg. Der vorliegende Entwurf, in Irsee im Juni 1986 verabschiedet, teilt jedoch das Schicksal der Nürnberger Beschlüsse. Weder innerparteilich noch in der politischen Öffentlichkeit hat der Entwurf großes Interesse gefunden oder gar leidenschaftliche Diskussionen provoziert. Die Beschäftigung mit der Positionsbestimmung der Sozialdemokratie wird weithin als lästige Pflichterfüllung begriffen. Exemplarisch sei auf die von der SPD mit großem Aufwand inszenierte öffentliche Debatte in München verwiesen. Der vorherrschende Tenor lautet: zu umfangreich, zu kompliziert, kein roter Faden in der Argumentation, kaum Neues — kurz: mit diesen Programmaussagen wird die SPD nie mehrheitsfähig. *Ulrich Beck*, dessen Beiträge zur Gesellschaftsanalyse große Aufmerksamkeit gefunden haben¹, erklärte auf einem wissenschaftlichen Colloquium der Friedrich-Ebert-Stiftung:

«Ich habe diesen Programmentwurf mit viel Vorschuß-Sympathie gelesen. Es geht um Zukunftsgestaltung ... Doch auf mich ist kein Funken übergesprungen. Ja, es steht irgendwie alles drin. Aber das macht es nicht besser. Bei der Frage, was mir fehlt, mich ärgert, langweilt, sah ich mich mit dem verwickelten Problem konfrontiert: Wie spieße ich einen Pudding auf? Es hängt wohl bereits mit der Architektur dieses Entwurfs zusammen. ... (es) läuft auf eine Verdrängung der Gesellschaftsanalyse hinaus.«²

Beck spricht hier zwei Punkte an, die in der begrenzten und meist theoretisch angelegten Auseinandersetzung mit dem Irseer Entwurf immer wieder auftauchen: der fehlende Funke und die verdrängte Gesellschaftsanalyse. So populär diese Kritik auch ist, sie ist nach unserer Auffassung weder geeignet, die Schwächen des neuen Programms aufzudecken und zu überwinden, noch läßt sich über sie eine politische Verständigung und eine Ausweitung des Konsenses der verschiedenen Strömungen und Positionen in der sozialistischen Linken erreichen. In der Kritik des Programmentwurfs muß unserer Überzeugung nach vielmehr die Auseinandersetzung mit Politik und Programmatik des Neokonservatismus im Zentrum stehen.

Der fehlende Funke

Die Kritik ist einhellig: Begeisterung, Motivation oder gar politische Leidenschaft vermittelt der Entwurf gewiß nicht. Es scheint, daß die Ideenkiste des demokratischen Sozialismus nichts Neues mehr enthält, daß die politische Phantasie erschöpft sei. Hinter dieser Kritik steht der Wunsch nach einer den Alltag transzendierenden Utopie. Gleich, ob sich darunter nur die Vision vom »Anders Arbeiten und Leben« vorgestellt wird oder das nicht ausgeschmückte Endziel einer klassenlosen Gesellschaft bemängelt wird, die Kritiker sind sich in ihrem Wunsche einig: Antriebsmoment in einer ritualisierten, kleingeistigen politischen Alltagspraxis muß die Vision oder Utopie von einem besseren Gesellschaftszustand sein.

Überraschend ist zunächst die Selbstverständlichkeit der Erwartung, daß dies ein Grundsatzprogramm zu leisten habe, und daß dies bislang in der Geschichte der Arbeiterbewegung auch immer der Fall gewesen sei. Denn faktisch war die These, das überschießende, überschwengliche utopische Denken habe die Funktion, »Handlungsalter-

nativen und Möglichkeitsspielräume zu erschließen, die über die geschichtlichen Kontinuitäten hinauschießen«³, stets umstritten. Anspruch der marxistischen Strömungen in der Arbeiterbewegung ist es bis heute immer gewesen, die Träumerei von der versuchsweisen Verwirklichung gesellschaftlicher Utopien zu kritisieren und zurückzudrängen. Das kommt etwa in Engels' Begründung zum Ausdruck, weshalb man das *Kommunistische Manifest* nicht als Sozialdemokratisches Manifest veröffentlichen konnte:

»Unter Sozialisten verstand man 1847 zweierlei Art von Leuten. Einerseits die Anhänger der verschiedenen utopischen Systeme ... Andererseits die mannigfaltigsten sozialen Quacksalber ... Derjenige Teil der Arbeiter dagegen, der von der Unzulänglichkeit bloßer politischer Umwälzungen überzeugt, eine gründliche Umgestaltung der Gesellschaft forderte, der Teil nannte sich damals kommunistisch.«⁴

Die gründliche Einsicht in die Bedingungen der sozialen Emanzipation ergibt sich aus der Verarbeitung der gesellschaftlichen Widersprüche und nicht aus überschießendem utopischem Denken.

»Die Bedeutung des kritisch-utopischen Sozialismus und Kommunismus steht im umgekehrten Verhältnis zur geschichtlichen Entwicklung. In demselben Maße, worin der Klassenkampf sich entwickelt und gestaltet, verliert diese phantastische Erhebung über denselben allen praktischen Wert, alle theoretische Berechtigung.«⁵

Vor diesem Hintergrund ergibt sich eine andere Bewertung des faktischen Mangels an utopischen Visionen im Grundsatzprogramm-Entwurf und der ansonsten beklagten Erschöpfung der utopischen Energien der Gegenwart.

»Heute sieht es so aus, als seien die utopischen Energien aufgezehrt, als hätten sie sich vom geschichtlichen Denken zurückgezogen. Der Horizont der Zukunft hat sich zusammengezogen und den Zeitgeist wie die Politik gründlich verändert. Die Zukunft ist negativ besetzt; an der Schwelle zum 21. Jahrhundert zeichnet sich das Schreckenpanorama der weltweiten Gefährdung allgemeiner Lebensinteressen ab: die Spirale des Wettrüstens, ... Kernwaffen, ... Verarmung der Entwicklungsländer, Arbeitslosigkeit und wachsende soziale Ungleichgewichte ..., Umweltbelastung ..., Großtechnologien ... Die Antworten der Intellektuellen spiegeln nicht weniger als die der Politiker Ratlosigkeit.«⁶

Auch wenn wir dieser *Beschreibung* der neuen Unübersichtlichkeit durchaus folgen können, so gilt dies nicht für die *Erklärung*. Die These nämlich, daß es sich weniger um eine allgemeine Erschöpfung der utopischen Energien handele, als vielmehr um das Ende einer bestimmten Utopie, »die sich in der Vergangenheit um das Potential der Arbeitsgesellschaft kristallisiert hat«⁷, können wir schon deshalb nicht akzeptieren, weil die Behauptung von der zurückgehenden Bedeutung der gesellschaftlichen Arbeit theoretisch und empirisch nicht haltbar ist. Gerade in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften steht die Zentralität der Erwerbsarbeit⁸ außer Frage, die gerade auch im Hinblick auf das Verständnis eines veränderten Arbeitsbewußtseins und einer geänderten Einstellung zu den Bereichen und Aktivitäten jenseits des Erwerbsbereichs von entscheidender Bedeutung ist. Als Problembeschreibung sehr ernst zu nehmen ist allerdings die These, »daß die neue Unübersichtlichkeit zu einer Situation gehört, in der eine immer noch von der arbeitgesellschaftlichen Utopie zehrende Sozialstaatsprogramm die Kraft verliert, künftige Möglichkeiten eines kollektiv besseren und weniger gefährdeten Lebens zu erschließen.«⁹

Im Zentrum des Irseer Entwurfs steht zu recht: »Im Mittelpunkt unseres Ringens um Reform steht also die Erwerbsarbeit. Sie kann durch nichts ersetzt, ihre Mängel können

nicht anderswo wettgemacht werden.« Die SPD ist daher auch gut beraten, wenn sie den immer wieder laut werdenden Stimmen, Erwerbsarbeit für alle sei nicht gesellschaftlich herstellbar, man müsse eine Umwertung von Arbeit und ehrenamtlichen, freiwilligen Tätigkeiten ins Auge fassen, eine deutliche und entschiedene Absage erteilt.¹⁰ Nicht die Erwerbsarbeit hat ihre Determinationskraft für die Lebensverhältnisse verloren, sondern die kapitalistische Wirtschaftsorganisation kann zunehmend weder Arbeit für alle garantieren noch durch Umverteilung von Teilen des gesellschaftlichen Reichtums eine Verbesserung der Lebensqualität für alle Mitglieder der Gesellschaft herbeiführen. Die Sozialdemokratie muß folglich beantworten, wie Arbeit für alle und eine Umgestaltung des Sozialstaats aussehen sollen und praktisch erreicht werden können. Diese Antworten auf die Situation der neuen Unübersichtlichkeit liefert das Irseer Programm nicht. Phantasie und utopisches Denken helfen auch nicht weiter. Deshalb zum zweiten Punkt: Wie sieht es mit der Gesellschaftsanalyse aus?

Die verdrängte Gesellschaftsanalyse

Die Kritik, daß der Entwurf jeden Ansatz einer tiefergehenden Gesellschaftsanalyse vermissen läßt, rennt offene Türen ein. Thomas Meyer räumt ein:

»Der Entwurf enthält keine explizite Zeitanalyse. Auch in der Kommission ist keine Diskussion geführt worden, die als ernsthafter Versuch betrachtet werden könnte, eine in sich zusammenhängende, umfassende Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft und der Hauptursachen ihrer Krisen zu liefern.«¹¹

Wirklich weiter führt also allein die Frage, weshalb die Kommission sich dieser Anstrengung, eine wissenschaftlich fundierte Analyse der historischen Situation zu liefern, entzogen hat. Auch U. Beck wird, läßt man die diversen Kritiken auf seine Skizze von der Risikogesellschaft Revue passieren, einräumen müssen, daß gegenwärtig ein breiter Konsens in Sachen Gesellschaftsanalyse und -theorie nicht erkennbar ist. Schon das Problem, ob die spezifische Form gesellschaftlicher Arbeit in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften noch eine Schlüsselkategorie ist, bringt höchst disparate Antworten und Lösungsansätze hervor, so daß selbst in den Grunddimensionen der Sozialstruktur keine tragfähige Übereinstimmung feststellbar ist. Auf dem Markt von Wissenschaften und Theorieentwürfen werden die buntesten Vorschläge gehandelt. Durch Rekurs auf eine gleichsam überparteiliche, wenn schon nicht wertfreie verobjektivierte Vernunft, läßt sich heute auch innerhalb der Sozialdemokratie keine konsensfähige Grundlage für eine Zeitdiagnose herstellen.

Die vorschnelle Abgrenzung gegenüber dem bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb und somit die Forderung nach einer umfassenden Klassentheorie und Sozialstrukturanalyse hilft uns ebensowenig aus der Sackgasse. Auch innerhalb der diversen Positionen und Strömungen, die sich in der Tradition von marxistischer Gesellschaftstheorie und wissenschaftlichem Sozialismus einreihen, existiert faktisch kein Grundkonsens im Hinblick auf die Strukturen der spätkapitalistischen Gesellschaften, ihrer Krisenursachen und ihrer weiteren Entwicklungsmöglichkeiten.

Seit dem Ausbruch der zweiten großen Weltwirtschaftskrise dieses Jahrhunderts Mitte der siebziger Jahre hat sich nicht nur die Großwetterlage der kapitalistischen

Ökonomien grundlegend verschlechtert; es ist zugleich ein eindeutiger gesellschaftlicher Verlust im Steuerungspotential der Volkswirtschaften eingetreten. Die allenthalben proklamierte Rückkehr zu den ruhigen Zeiten ökonomischer Prosperität, die die kapitalistischen Metropolen aus den sechziger Jahren kennen, ist bislang nirgends verwirklicht. Sowohl im Wissenschaftsbetrieb als auch in der Wirtschaftspolitik hat sich im Gefolge der Weltwirtschaftskrise ein radikaler Paradigmenwechsel durchgesetzt: gesellschaftliche Rahmenplanung, Steuerung der ökonomischen Entwicklung durch Beeinflussung der Gesamtnachfrage und eine aktive Umverteilungs- und Finanzpolitik gelten heute nicht mehr als Ansätze einer sozial orientierten Entfaltung der Produktivkräfte, sondern werden umgekehrt als entscheidende Ursachen für den Verlust der langfristigen Prosperitätskonstellation angesehen. Die weitreichende Verschlechterung der ökonomischen Großwetterlage wird somit gerade auf das zurückgeführt, was lange Jahre als das Geheimnis von Wachstum und Prosperität galt. In Wissenschaft und Politik dominiert heute die neokonservative Position, dominieren Forderungen nach Entstaatlichung, Deregulierung und Privatisierung.

Der Ruf nach einer wissenschaftlich fundierten Gesellschaftsanalyse verschiebt somit nur das Problem, löst es nicht. Die Sozialdemokratie, mit ihr die gesamte politische Linke und das reformorientierte gewerkschaftliche Lager, ist mit einer neokonservativen Hegemonie konfrontiert. Die Kernfrage besteht darin, ob der Sozialstaat so weiterentwickelt und umgebaut werden kann, daß eine gesellschaftliche Steuerung der Ökonomie erreicht und neue Möglichkeiten eines besseren Arbeitens und Lebens erschlossen werden können.

Reform und Umgestaltung oder Restauration

»Die Sozialdemokratie kämpft nicht nur für Reformen im Kapitalismus, sie will durch demokratische Reformpolitik eine bessere gesellschaftliche Ordnung erreichen!«¹² Die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und Entwicklungstendenzen erfolgt nicht im luftleeren Raum, sondern in einer beständigen Machtausgleichung. Auch die bürgerlichen Parteien, neokonservative Christdemokraten und Wirtschaftsliberale, betreiben eine aktive Politik der Gestaltung der sozial-ökonomischen Verhältnisse — eine Systemveränderung nach rechts. Die Neokonservativen können sich dabei nicht nur auf die überlieferten ökonomischen und politischen Machtverhältnisse stützen, sie sind seit Mitte der siebziger Jahre darüber hinaus in nahezu allen kapitalistischen Metropolen zur führenden politischen Kraft geworden. Dennoch taucht die Hegemonie der Neokonservativen im Irseer Programmwurf nur am Rande auf. Die Frage, weshalb die Neokonservativen über einen deutlichen Rückhalt in breiten Bevölkerungsschichten verfügen, wird nicht gestellt, geschweige denn beantwortet.¹³

Der zentrale Kritikpunkt am Entwurf lautet daher: Man wird solange nicht weiterkommen mit der Debatte, solange dieser eklatante Mangel, nämlich das Fehlen einer Einschätzung und Bewertung der Neokonservativen, nicht behoben ist. Die Sozialdemokratie kann sich bei der Sozialwissenschaft zwar keine Gesellschaftsanalyse ausborgen, aber sie könnte durch eine ernsthafte, konsequente Auseinandersetzung mit

ihren politischen Kontrahenten, also mit den verschiedenen Varianten neokonservativer Politik, selbst einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung einer Gesellschaftsanalyse leisten. Im Entwurf heißt es zu dieser Kernfrage lediglich:

»Neokonservative Ideologie lebt von dem Versuch, die Krisen und Gefahren unserer Zeit zu leugnen und zu verdrängen oder sie als Folge progressiver Politik zu beklagen. Der neuen Dimension unserer Verantwortung können Neokonservative nicht gerecht werden, denn sie verlangt die Änderung jener ökonomischen und politischen Machtstrukturen, die ihre Politik festigen und absichern will. So predigen sie Werte, die Tag für Tag ausgehöhlt und verhöhnt werden durch die gewollte Vorherrschaft ungehemmter Kapitalverwertung.«

Diese Problembeschreibung ist mehr als oberflächlich; sie ist geradezu hilflos, wenn beantwortet werden soll, weshalb bei ständiger »Verhöhnung« neokonservativer Werte nach wie vor die neokonservativen Wertorientierungen vorherrschen — und eben nicht nur innerhalb der besitzenden und vermögenden Klasse. Eine Rückkehr zur politischen Hegemonie wird es für die Sozialdemokratie nur geben, wenn analysiert wird, weshalb es in der Folge von Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit nicht nur zu einer breiten Renaissance privatkapitalistischen Denkens kommt, sondern weshalb sich auch die bürgerlichen Massenparteien im Unterschied zu den fünfziger und sechziger Jahren schrittweise vom Sozialstaatsgedanken distanzieren und selbst den zaghaftesten Ansatz einer sozialen Gestaltung der Wirtschaft und gesellschaftlichen Regelung der Verteilungsverhältnisse von vornherein aktiv bekämpfen. Gerade in der Abkehr vom Sozialstaat wird die neokonservative Wende deutlich:

»Allein dieses Sozialstaatsprojekt hat sich das Erbe der bürgerlichen Emanzipationsbewegungen, den demokratischen Verfassungsstaat zu eigen gemacht. Obschon aus der sozialdemokratischen Tradition hervorgegangen, ist es keineswegs nur von sozialdemokratisch geführten Regierungen verfolgt worden.«

Deutlicher: Auch konservative Parteien haben — nicht nur in der Bundesrepublik — bis Anfang der siebziger Jahre sozialstaatliche Reformpolitik mitgetragen, wenn auch auf Grund starken gewerkschaftlichen Drucks.

»Nach dem Zweiten Weltkrieg haben in westlichen Ländern alle regierenden Parteien ihre Mehrheiten mehr oder weniger prononciert im Zeichen sozialstaatlicher Zielsetzungen gewonnen. Seit Mitte der siebziger Jahre kommen aber die Grenzen des sozialstaatlichen Projektes zu Bewußtsein — ohne daß bis jetzt eine klare Alternative erkennbar wäre.«¹⁴

Habermas' These, daß sich bis heute keine realistische Alternative abzeichnet, teilen wir nicht. Die Neokonservativen haben mit ihrer Politik der Deregulierung fast aller Lebensbereiche eine eindeutige Abkehr von dem Gedanken der sozialen Gestaltung vollzogen. Die Ausweitung marktwirtschaftlicher Verhältnisse trägt aber weder zur Minderung der Massenarbeitslosigkeit noch zu einer Verbesserung der Lebensverhältnisse für alle Schichten der Bevölkerung oder gar zu einer Rückkehr zu einer stabilen ökonomischen Entwicklung bei. Die mit der Zuspitzung der sozialen und ökonomischen Widersprüche zu beobachtende schrittweise Radikalisierung der Deregulierungs-, Flexibilisierungs- und Privatisierungspolitik (bei kommunalen Diensten, Gesundheitsversorgung, Wohnen, Infrastruktur etc.) führt zu Erosionsprozessen in der sozialen Basis des neokonservativen Lagers; der Richtungsstreit, welche Klientel vordringlich und wie bedient werden sollen, wird anhalten. Allerdings führt dies keineswegs automatisch zu einer Situation, in der die politische Linke unmittelbar die Hegemonie übernimmt.

Das Dilemma besteht darin, daß die Sozialdemokratie mit demokratischer Reformpolitik und mit der angestrebten emanzipatorischen Gesellschaftsordnung den Lebenswillen und die Kreativität der Menschen zugleich ermutigen und nutzen will, Leistungswille und Kreativität heute aber in die neokonservative Hegemonie eingebunden sind. Die Debatte um den Irseer Entwurf muß von der sozialistischen Linken daher mit dem Ziel einer grundsätzlichen Auseinandersetzung um Wertorientierungen geführt werden. Wir müssen den Leistungswillen und den Wunsch nach Entfaltung von Kreativität bei der Mehrheit der Bevölkerung ernst nehmen, statt Leistung und Eigeninitiative von vornherein als unsoziales, individualistisches Gehabe zu denunzieren. Man muß aber zugleich auch deutlich machen, daß die Vorbedingung für die Entfaltung von Individualität für alle eine solidarische Gestaltung der Produktionsverhältnisse und eine soziale Kontrolle der Produktivkraftentwicklung sind. Die Verteidigung und demokratische Umgestaltung des Sozialstaates, die Ausweitung von gesellschaftlichen Regelungen auf die Kernbereiche der sozialen Verhältnisse wird dann mehrheitsfähig werden können, wenn die notwendigen Eingriffe in die Grundstrukturen kapitalistischer Produktion nicht in Form seminaristischer Instrumentendebatten propagiert werden, sondern ausgewiesen werden als unverzichtbare Mittel, um eine sozial verantwortliche Individualitätsentwicklung für alle Mitglieder der Gesellschaft sicherzustellen.

Anmerkungen

- 1 U. Beck: Risikogesellschaft, Frankfurt/M. 1986; siehe dazu auch SOST: Risikogesellschaft ohne Risiko, Thesen zu U. Beck, in: *Sozialismus* 7/8-1987, S.39ff.
- 2 U. Beck: Wie spieße ich einen Pudding auf? In: PDS 2/1987, S.91.
- 3 J.Habermas: Die Neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt/M. 1985, S.142.
- 4 F.Engels: Vorrede zur deutschen Ausgabe des *Kommunistischen Manifests* von 1890. In: MEW, Bd.4, S.585
- 5 Marx/Engels: Manifest der kommunistischen Partei. In: MEW, Bd.4, S.491.
- 6 J.Habermas: Die Neue Übersichtlichkeit, Frankfurt/M. 1985, S.143.
- 7 Ebd., S.145.
- 8 Vgl. dazu: Bischoff/Maldaner: Alltagsbewußtsein und Lebenswelt. In: *Prokla* 53/1983, S.22ff.
- 9 J.Habermas: Die Neue Übersichtlichkeit, Frankfurt/M. 1985, S.147.
- 10 In der SPD hat die These von einer gesellschaftlichen Neubewertung der Arbeit eine hartnäckige Anhängerschaft. Die Kapitulation vor der kapitalistischen Krisenlogik läßt immer wieder eine Fluchtbewegung entstehen: Die Probleme der Massenarbeitslosigkeit werden eben durch eine Relativierung der Erwerbsarbeit gelöst. Exemplarisch für die Argumentation vgl. J.Rau: Die Zukunft der Arbeit (6.5.1983). Zur Auseinandersetzung mit der Argumentation: SOST, Zukunft der Arbeit — oder der halbtote Kapitalismus. In: *Sozialismus* 2/1984, S.27ff.; SOST: Entfremdete Arbeit — befreite Tätigkeit. In: *Sozialismus* 2/1987, S.27ff.; Bischoff/Menard: Aufhebung der Entfremdung. In: Benseler u.a.: Zukunft der Arbeit, Hamburg 1982.
- 11 Th.Meyer: Die Leitideen des Irseer Entwurfs. In: PDS 2/1987, S.114.
- 12 Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm, S.13.
- 13 Vgl. dazu: SOST: Zwischen Neokonservatismus und Rechtsradikalismus, Hamburg 1986; Bischoff/Menard: Neokonservative Wertorientierungen. In: *Sozialismus* 9/1987, S.33ff.
- 14 J.Habermas: Die Neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt/M. 1985, S.147.

Karsten Rudolph

Konzentrierter Eingriff

Die »Randglossen« der Jusos zum Irseer Programmwurf

Vom 25. bis 27. September haben die Jusos auf ihrem diesjährigen Bundeskongreß in Castrop-Rauxel ihre »Randglossen« zu dem Entwurf eines neuen SPD-Grundsatzprogramms vorgelegt. Im Umgang mit diesem Schwerpunktthema des Kongresses zeigten sie zugleich einen neuen politischen Realismus: Die Programmdebatte, in der bislang von Teilen des Verbandes nach der Maxime »wir kritisieren den Entwurf am provokativ-(verbal-)radikalsten« verfahren wurde, konnte weitgehend dem Instrumentalisierungsgriff fraktionsbornierter Politik entwunden werden. Ausdruck hiervon war die nahezu einstimmige Annahme des vom Bundesvorstand unter dem nüchtern-schlichten Titel »Der SPD-Grundsatzprogrammwurf. Juso-Kritik und Änderungsvorschläge« vorgelegten Leitantrags, nachdem er in einigen Passagen überarbeitet und ergänzt worden war.

Der neue Realismus macht sich auch an der programmatischen Meßlatte fest, die die Jusos der Partei anlegten: Statt einen Alternativentwurf zu erstellen oder sich in sozialistischer Fundamentalkritik zu erschöpfen, wird »ein konsequentes Reformkonzept mittlerer Reichweite« gefordert, das die »programmatischen Grundlagen für linke Hegemonie und Mehrheitsfähigkeit in den neunziger Jahren« legen soll. Diese Zielbestimmung impliziert gewiß nicht den Verzicht auf weitergehende sozialistische Positionen, sondern resultiert aus der realistischen Einschätzung des vorliegenden Programmwurfs, der bisherigen Programmdebatte und dem Entwicklungsgrad der Sozialdemokratischen Partei. Insofern bedeutet die Absage an die Erstellung eines alternativen sozialistischen Programms eine allgemeine Etappenverständigung auf einen wirksamen inhaltlichen Eingriff von links in die nunmehr entscheidende Phase der Programmdebatte. Schließlich spricht noch ein weiterer pragmatischer Grund gegen einen Alternativentwurf reinsten sozialistischen Wassers: Selbst im Rahmen der sozialistischen Parteilinken dürften dabei nämlich eher mehrere Programmwürfe herauskommen, die eine gemeinsame Intervention nochmals erschweren und im politischen Sektentum enden dürften.

Der Irseer Programmwurf wurde auch in einer Diskussion mit Hans-Jochen Vogel auf dem Kongreß gewogen und als zu leicht befunden. Seiner Bitte, keine abschließende Stellungnahme zu beschließen, kam die Mehrheit der Delegierten berechtigterweise jedoch nicht nach. Daß die Beschlußfassung über den Antrag nicht das letzte Wort der Jusos in der Programmdebatte sein kann, liegt auf der Hand: Sie werden noch zu weiteren Entwürfen und Änderungsvorschlägen Stellung beziehen und den Arbeitsauftrag, den sie sich selbst in ihrer Stellungnahme gaben, ausführen müssen: nämlich sich weitere gesellschaftspolitische Kompetenz aneignen, sich weiter mit den gewerkschaftlichen und öffentlichen Zukunftsdebatten auseinandersetzen und mit anderen Gruppen, Verbänden und Initiativen die Diskussion suchen, um die Kern-

projekte für ein mittelfristiges Reformprogramm weiter auszuformulieren. Die Kernkritik der Jusos gegenüber dem Irseer Entwurf lautet, daß zentrale Bestandteile eines Reformprogramms sowie die Bedingungen und Strategie zu seiner Umsetzung nur unzureichend und völlig inkonsistent ausgefallen sind. In dem ersten Abschnitt des Beschlusses wird diese Kritik gebündelt, werden die Anforderungen präzisiert, Kernprojekte eines Programms mittlerer Reichweite formuliert und mit dem Vorschlag einer Neustrukturierung des Programmentwurfs gekoppelt. Der zweite Teil des Beschlusses konkretisiert die Positionen der Jusos dann nochmals in Entsprechung zu den Kapiteln des Irsee-Entwurfs.

Der erste Kritikpunkt betrifft die völlig unzureichende Benennung der »gesellschaftlichen Widersprüche und Widerstände, die einer konsequenten sozialdemokratischen Politik entgegenstehen« — unzureichend in Hinsicht auf Kapitalmacht und Klassenstrukturen und in Hinsicht auf die Formierung des bürgerlichen Lagers, an deren ideologischer Spitze der Neokonservatismus stehe. Nach Ansicht der Jusos wird der Kampf um die politisch-ideologische Hegemonie in den neunziger Jahren zwischen neokonservativen Positionen einerseits und einer modernen sozialdemokratischen Politik andererseits ausgetragen. Als nächstes wird die eklektizistische Beschreibung der aktuellen Krisenszenarios zurückgewiesen, die den typischen »sozialdemokratischen« Ton des gesamten Programmentwurfs angibt: »Gegen die Katastrophe, aber mit Augenmaß«, heißt da die gespielte Partitur. Zwar erwarten die Jusos nun nicht eine wissenschaftlich-sozialistische Analyse der Krisenerscheinungen und ihrer Ursachen, aber zumindest »eine Verständigung darüber, welche Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Problemlagen bestehen« und folglich »eine Skizze der weltweiten und gesellschaftlichen Markt- und Machtstrukturen«. Vermißt wird weiter die Bestimmung der Träger eines sozialdemokratischen Reformprojekts, zumal sich die Arbeiterklasse in einem Umbruch- und Umgruppierungsprozeß befindet, der aus der Umwälzung von Klassenstrukturen und veränderten Formierungsprozessen sozialer Klassen und Schichten resultiert. Dagegen soll die »soziale Landschaft von morgen und die Rolle der Arbeiter/innen-Bewegung in dieser Landschaft skizziert werden«. An dem in der Partei besonders umstrittenen Geschichtskapitel »Woher wir kommen, wohin wir wollen« halten die Jusos fest, wenngleich sie eine Überarbeitung in Geschichte kassierenden Passagen, wie der Spaltung der Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, für unumgänglich halten. Der im Programmentwurf aufgespannte Grundwertehimmel soll in die Darstellung der »historischen Entwicklung der Klassengesellschaft und dem Ziel ihrer Überwindung« und in die »Entwicklung der Geschlechterverhältnisse mit dem Ziel der Emanzipation der Frauen« eingeordnet werden. Schließlich wird in der Stellungnahme eine »kompakte Gliederung« mit einer Bündelung der zentralen Reformbereiche verlangt. Als zentrale Reformprojekte formulieren die Jusos folgende Essentials für ein Programm mittlerer Reichweite:

1. Ein internationales Entwicklungsprogramm für die Entwicklungsländer, in dem eine veränderte Außenwirtschaftspolitik mit einem globalen Abrüstungsprozeß verbunden wird.
2. Ein soziales und ökologisches Zukunftsinvestitionsprogramm als das Herzstück eines mittelfristig angelegten ökonomischen Reformprogramms.
3. Die

Neugestaltung des Sozialstaats. 4. Die Entwicklung einer demokratischen Kultur in Staat und Gesellschaft. 5. Die integrale Behandlung der Frauenfrage und die Aufhebung geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung als ein Grundelement der kapitalistischen Gesellschaftsformation. 6. Den Ausbau der Programmteile, die sich mit den Perspektiven von Frauen und Jugendlichen befassen, sowie ein eigenständiges Jugendkapitel. In diesen Reformprojekten sehen die Jusos die Knotenpunkte, die im Hegemonialkampf der neunziger Jahre zu durchhauen sind.

Eine systematische Darstellung und Bewertung der im Beschluß nun folgenden Detailkritik am Programmwurf kann hier nicht erfolgen. Insgesamt fällt sie unterschiedlich aus und folgt in ihrer streckenweisen Weitschweifigkeit und Wiederholung dem Irseer Entwurf. Nichtsdestotrotz bietet sie genügend Ansatzpunkte für die weitere konkrete innerparteiliche Auseinandersetzung. Hier soll statt dessen kurz auf die kontroverse Behandlung des Kapitels »Wirtschaft — Technik — Zukunft« sowie auf die abgelehnten Vorschläge der sogenannten undogmatischen Jusos eingegangen werden.

Sehr skeptisch standen die bayerischen Bezirke anfangs der Forderung nach einem Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP) gegenüber, da sie in öffentlichen Beschäftigungs- und Investitionsprogrammen lediglich eine »geschminkte« Korrektur gescheiterter vulgär-keynesianischer Wirtschaftspolitik sehen. Es wurde jedoch sehr bald deutlich, daß die Protagonisten des ZIP nicht auf eine Neuauflage verkürzter keynesianischer Politik aus sind, sondern dieses in eine umfassend neuformulierte Regulationsweise eingebettet wissen wollen, die, auf einen veränderten Akkumulationsmodus reagierend, eine reale Alternative zum neokonservativen Modell darstellen soll. Schließlich gelang eine inhaltliche Einigung, die ein ZIP ebenso zum Inhalt hat wie eine Kritik am sozialdemokratischen Umgang mit Keynes.

Eine Einigung gelang allerdings nicht in bezug auf die in einem Änderungsantrag des Bezirks Hessen-Süd vorgetragene undogmatische Sicht der Programm Dinge. Hier wurde dem Irsee-Entwurf eine technokratische Herangehensweise zuungunsten der Konturierung einer »konkreten Utopie« vorgeworfen. Der Vorwurf, einen technokratisch orientierten Programm vorschlag abgeliefert zu haben, dürfte niemanden mehr erstaunen als die Programmkommission selbst. Dieser Vorwurf geht vollends in die Irre. Indes stellt der Rekurs auf den Entwurf einer konkreten Programmutopie in weiten Teilen nichts anderes dar, als einen wenig handlungsorientierten und politikfähigen Reflex auf die Umbruchprozesse im bundesrepublikanischen Kapitalismus. Nicht zufällig haben Utopien dann Konjunktur, wenn ein neuer Vergesellschaftungsschub gesellschaftlich komplexe Strukturen und Phänomene für viele Menschen scheinbar undurchschaubar macht. Der Kongreß beschritt daher aus gutem Grund einen anderen Weg, nämlich in den zentralen Reformprojekten gesellschaftsverändernde Praxis, Zukunftsbewältigung und utopischen Gehalt konkret zu veranschaulichen. Immerhin findet sich die undogmatische Handschrift in der dem Beschluß vorangestellten Präambel, die allerdings eher eine verzerrt-idealistische Sicht auf die Zukunftsvision einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft bietet. Nicht akzeptiert wurde auch die Kritik an der im Programmwurf angeblich vorhandenen Wirtschaftswachstumsphilosophie, an der Geringschätzung von Eigenarbeit und der vermißten Auflistung der Ge-

fahren beim Einsatz neuer Technologien — wie ich meine, aus überzeugenden Gründen: Offensichtlich haben Teile der undogmatischen Jusos den Programmentwurf nicht vollständig gelesen, sonst wären sie darauf gestoßen, daß dort nicht dem ungehemmten Wachstum das Wort geredet wird. Die Programmdebatte ist hier weiter, wenn von einem qualitativen Wachstum (welches quantitatives nicht ausschließt) die Rede ist. Ähnliches gilt für die Einschätzung und Bewertung von Eigenarbeit, die im Programmentwurf eher überhöht wird. Der hessische Antrag formuliert gar eine Maxime, die an Unsinnigkeit Irsee noch übertrifft: »So viel Erwerbsarbeit möglichst selbstbestimmt, human und verteilt auf alle, die arbeiten können und wollen — wie nötig, so viel selbstbestimmte Tätigkeit in der Freizeit wie möglich« — und das als soziale Utopie? Der Griff in die alternativ-ökonomische Kramkiste und anthropologische Holistik führt allenfalls geradewegs in den utopischen Sozialismus, aber nicht in eine entwickelte sozialistische Gesellschaft, in der die Schranken zwischen dem »Reich der Notwendigkeit« mit seiner gesellschaftlich notwendigen Arbeit und dem »Reich der Freiheit« (MEW 5, S.310f.) aufgehoben sind. Was die negativen Seiten der Anwendung neuer Technologien angeht, so sind sie im Programmentwurf gewiß nicht vergessen worden. Das Manko liegt eher darin, daß in ihm nicht ausreichend aufgezeigt wird, wie denn nun die progressiven Seiten der Produktivkraftentwicklung von den Menschen im Interesse von sozialem und humanem Fortschritt angeeignet werden können.

Die Stellungnahme der Jusos zum Irseer Entwurf ist kein abgeschlossenes Kapitel jungsozialistischer Programmarbeit — im Gegenteil, es wurden Fragen aufgeworfen, die einer weiteren Diskussion bedürfen. Insofern sind auch die undogmatischen Einwürfe noch nicht erledigt. Dessen ungeachtet muß der konzentrierte Eingriff der Jusos in die Programmdebatte jetzt erfolgen.

Interview

»... den gegenwärtigen Zustand verändern zu wollen, ist ein Stück sozialdemokratischer Identität«

Interview mit Hans-Jochen Vogel*

spw: Seit einem halben Jahr bist Du Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Brachte die Arbeit in dieser Zeit wesentliche neue Erfahrungen für Dich mit sich? Zeigten sich Schwierigkeiten des Amtes, mit denen Du zuvor nicht gerechnet hattest?

Hans-Jochen Vogel: Es bringt natürlich schon zusätzliche Erfahrungen mit sich, wenn man als Vorsitzender niemanden mehr hat, zu dem man in schwierigen Situationen mit dem Gefühl gehen kann, er hat sozusagen das letzte Wort und die letzte Verantwortung. Man muß sich deshalb daran gewöhnen, daß man in manchen Situationen seine Meinung ohne die Möglichkeit einer solchen Rückkoppelung einzubringen und dann allein für Entscheidungen geradzustehen hat. Aber ich habe in meinem Leben auch schon bisher mit schwierigen Aufgaben fertig werden müssen. — Im übrigen ist es durch eine gemeinsame Anstrengung, bei der ich meinen Anteil weder über- noch unterschätze, gelungen, in einer schwierigen Phase wieder einigermaßen Tritt zu fassen. So ist es gelungen, die Programmdiskussion stärker in Gang zu bringen. Organisatorische Entscheidungen sind getroffen worden. Und die Wahlerfolge in Schleswig-Holstein und in Bremen haben eine motivierende Wirkung gehabt. Aber wir sind noch keineswegs über den Berg. Wir können auch nicht davon ausgehen, daß die Schwierigkeiten, die die Union und die Koalition und auf ihre Art auch die Grünen haben, unentwegt andauern. Es wäre zu wenig, wenn wir uns allein darauf verlassen würden.

spw: Nun bist Du nicht nur Partei- und Fraktionsvorsitzender, sondern gleichzeitig Vorsitzender der neuen Programmkommission. Wie wird die Kommission arbeiten, und wie ist der weitere Fahrplan der Programmdiskussion?

Hans-Jochen Vogel: Die Hauptlast liegt bei Oskar Lafontaine als dem Geschäftsführenden Vorsitzenden der Kommission. Ich werde mich als Vorsitzender auf die Wahrnehmung der Verantwortung beschränken, die der Parteivorsitzende in bezug auf ein Grundsatzzprogramm hat. Auf dieser Grundlage haben wir eine vernünftige Arbeitsteilung entwickelt und ganz gut angefangen. Die Programmkommission hat sich jetzt als erstes zum Ziel gesetzt, eine breite Diskussion des Irseer Entwurfs in die Wege zu leiten — und zwar über die Grenzen der Partei hinaus. Ich glaube, die Münchner Veranstaltung Mitte September war dafür ein gutes Signal, nicht nur, weil Carl Friedrich von Weizsäcker teilgenommen hat, sondern weil etwa 200 Männer und Frauen aus den verschiedensten Lebensbereichen gekommen sind und weil es kritische Anmerkungen gegeben hat, die uns

* Das Gespräch führten für *spw* Frank Heidenreich und Michael Karnatz.

weiterhelfen. — Der Kommission ist wichtig, daß dies nicht eine einmalige Aktion bleibt, sondern daß wir — in vielen Städten und getragen von vielen Gliederungen der Partei — diesen Diskussionsprozeß verbreitern und vertiefen. Er soll bis zum 30. Mai 1988 dauern; dann erst wird die Kommission selbst an die Arbeit gehen und einen neuen Text schreiben. Der soll bis Ende 1988 vorliegen. Dann folgt das normale Antragsverfahren, wie es bei Vorlagen für einen Parteitag üblich ist. Vom 12. bis 14. April 1989 soll dann in Bremen ein außerordentlicher Parteitag die Entscheidung treffen und das Programm verabschieden.

spw: Sind auch unabhängig von dem Antragsverfahren zum Parteitag Beschlüsse aus den Bezirken schon bis Ende Mai 1988 erwünscht, um Orientierungen für die Formulierungsarbeit der Kommission zu geben?

Hans-Jochen Vogel: Anträge, Anregungen und Kritik sind erwünscht. In welcher Form das geschieht, ob durch Parteitagbeschlüsse oder auf andere Weise, das bleibt ganz den Parteigliederungen überlassen. Nur sollten sich die Bezirke dafür offen halten, daß sie das, was bis zum Ende der Diskussionsphase von anderswoher kommt, und das, was von der Programmkommission vorgelegt wird, noch in die eigene Meinungsbildung einbeziehen können. Ich habe nichts gegen Beschlüsse, nur darf beispielsweise ein Beschluß im März oder April 1988 nicht bedeuten, daß für den Bezirk die Sache zu Ende ist. Der Bezirk sollte sich vielmehr auch dann noch offen halten, wenn er selbst seinen ersten Beitrag geliefert hat. Und seine endgültige beschlußmäßige Meinung kann er sich ja nur zu dem Text bilden, den die Programmkommission dann vorlegt.

spw: Du hast auf das erste von mehreren geplanten Foren hingewiesen, das dazu dienen sollte, die außerparteiliche Öffentlichkeit in die Diskussion des Irseer Entwurfs eingreifen zu lassen. Müssen aus Deiner und der Sicht des Parteivorstands noch weitere Anstrengungen unternommen werden, sozialdemokratische Programmarbeit öffentlich zu machen?

Hans-Jochen Vogel: Ja. Das Münchner Forum ist ja kein einmaliges Ereignis geblieben. 1987 fanden noch weitere Veranstaltungen dieser Art statt. So im Oktober eine gut besuchte und lebhaft diskutierte Veranstaltung zum Thema Staat, Demokratie und Gesellschaft — übrigens eine Veranstaltung, bei der auch die Frage der Übernahme plebiszitärer Elemente in das Grundgesetz eine Rolle gespielt hat. Unter der Federführung von Erhard Eppler wird sich daran eine weitere Veranstaltung anschließen, um die Frage näher zu konkretisieren, was denn in der Wirtschaft wachsen und was schrumpfen soll und wie man das beeinflussen kann. 1988 wird es noch eine ganze Reihe solcher Veranstaltungen geben.

Aber mein Appell geht ganz allgemein dahin, daß nicht nur Parteivorstand und Programmkommission etwas machen, sondern daß möglichst viele Gliederungen aktiv werden. Wir haben vor, eine Art Materialsammlung zu erstellen — schon aus finanziellen Gründen in möglichst einfacher Weise. Aber alle, die an der Programmarbeit interessiert sind, sollen mit diesem Material versorgt werden, damit man weiß, was andere für das Programm vorschlagen.

spw: Du hast oft unterstrichen, daß nicht nur das Ergebnis wichtig ist, sondern auch gerade der Prozeß der Erarbeitung. Hast Du den Eindruck, daß die Programmdebatte

wirklich schon Sache der ganzen Partei geworden ist? Bist Du mit der Breite und Tiefe der innerparteilichen Debatte zufrieden?

Hans-Jochen Vogel: Ja. Der Weg ist wichtig. Ich erinnere mich an den Orientierungsrahmen. Er selbst, das heißt, sein Inhalt, ist leider verhältnismäßig rasch aus dem Bewußtsein der Partei geschwunden. Aber die Arbeit in der Kommission, die ja Genossinnen und Genossen mit sehr kontroversen Ansichten umfaßte, hat eine überaus integrierende Wirkung gehabt.

Zum zweiten Teil der Frage: Ich bin noch nicht zufrieden. Es gibt Bezirke, in denen die Diskussion schon weit fortgeschritten ist, die auch sehr vernünftige Anleitungen für die Ortsvereine veröffentlicht haben. Es gibt aber auch andere Bereiche, da ist es mir bis jetzt noch zu ruhig. Es ist jetzt gerade auch die Aufgabe der Mitglieder der Programmkommission, die ja aus allen Bezirken und Landesverbänden kommen, nicht nur in Bonn ihre Arbeit zu tun, sondern in ihren eigenen Bezirken Anstöße zu geben. Als positives Beispiel möchte ich die Jungsozialisten erwähnen, die auf ihrem Bundeskongreß einen langen Beitrag vorgelegt haben. Ich bin nicht mit allem einverstanden, was darin vorgeschlagen wird. Aber es ist dort intensive Arbeit geleistet worden.

spw: In Deiner Rede auf dem Juso-Bundeskongreß hast Du sinngemäß an einer Stelle geäußert, daß manche Juso-Position aus den siebziger Jahren inzwischen zum »Allgemeingut« der Partei geworden sei. Können wir davon tatsächlich ausgehen? Immerhin gibt es Widerstände bei Teilen der Partei gegen die Forderung nach Ausstieg aus der Kernenergie oder nach Sicherheitspartnerschaft mit den Ländern des Warschauer Pakts ...

Hans-Jochen Vogel: Vieles, was heute in der Partei unstrittig ist, wurde zunächst als störend und als Provokation empfunden. Das ist eine allgemeine Erfahrung. Wenn ich rückschauend die Entwicklung der Ost- und Deutschlandpolitik von der Tutzinger Rede Egon Bahrs unter dem Titel »Wandel durch Annäherung« bis zu den Nürnberger Beschlüssen betrachte, dann ist das doch ein frappantes Beispiel. Heute kann ich in der Partei keinerlei Widerstände gegen die Beschlüsse des Nürnberger Parteitags zur Ost- und Deutschlandpolitik erkennen. Oder nehmen wir als weiteres Beispiel die Frage der gemeinsamen Sicherheit, der Sicherheitspartnerschaft. Auch das ist ja ein langer Weg gewesen. Ich kann nicht sehen, daß die dazu in Nürnberg mit breiter Mehrheit verabschiedeten Positionen heute in der Partei Gegenstand ernsthafter Kontroversen wären.

Bei der Kernenergie gab es einen besonders langen, schwierigen und intensiven Lernprozeß. Man darf daran erinnern, daß ein Mann wie Jochen Steffen, der diesen Prozeß selbst mit in Gang gesetzt hat, noch 1971 gemeint hatte, die Kernenergie könne zur Lösung vieler Probleme einen vernünftigen Beitrag leisten. Auch Erhard Eppler erinnert — was sehr fair ist — gelegentlich daran, daß er noch als Entwicklungshilfeminister ähnlicher Auffassung war. Aber ist denn in der Partei in dieser Frage heute noch ernsthafter Widerstand gegen Nürnberg zu sehen? Der nordrhein-westfälische Landesparteitag zum Beispiel hat Anfang Oktober gegen nur zwei Stimmen einen Beschluß gefaßt, der voll mit Nürnberg übereinstimmt. Es gibt sicher Diskussionen über einzelne Schritte. Auch über zeitliche Vorstellungen. Letzteres vor allem in Gewerkschaftskreisen. Aber es gibt

dort auch ein Maß an Zustimmung, das wir so zu Beginn des Jahres 1987 gar nicht erwartet hatten. Ich nenne nur die Beschlüsse des DGB-Bundesausschusses, des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der ÖTV oder des DAG-Bundeskongresses. Da ist wirklich Bewegung in die Sache gekommen.

spw: Wie beurteilst Du den Stellenwert des Irseer Entwurfs? Wo siehst Du seine größten Schwachstellen?

Hans-Jochen Vogel: Ich veranschlage die geleistete Arbeit hoch. Unter dem Vorsitz von Willy Brandt und der intensiven Mitwirkung von Erhard Eppler, von dem ja auch im wesentlichen die Fassung des Irseer Papiers stammt, ist eine sehr gute Grundlage zustande gekommen. Das wird manchmal in der Diskussion nicht so deutlich. Deshalb ist es mir wichtig, das festzuhalten. Im übrigen kann ich nur ein paar Stichpunkte angeben.

Das Programm ist wohl zu lang. Die erste Kommission hat schon mit dem schrecklichen Zwiespalt zu tun gehabt, daß jeder sagte, der Text sei zu lang, um dann mit anderthalb Seiten zu kommen, die unbedingt noch hinein müßten. Die zweite Kommission muß mit diesem Dilemma fertig werden; es muß kürzer werden.

Persönlich bin ich sehr dafür, daß wir in der Frage plebiszitärer Elemente — also Volksbegehren und Volksentscheid — konkreter werden, als es der erste Entwurf ist.

Auch in der Wirtschaftsprogrammatisierung müssen wir in mancher Beziehung, Nürnberg als Grundlage nehmend, konkreter werden, und zwar nicht nur in der Instrumentenfrage, sondern auch beim Stellenwert der wirtschaftlichen Tätigkeit und bei der Erzeugung des Sozialprodukts. Dann müssen wir uns das Problem der Definition der Arbeit und der Zukunft der Arbeit noch einmal richtig vornehmen. Da gibt es Fragen, die nicht genügend geklärt sind.

Im übrigen kann es nicht die Aufgabe des Vorsitzenden sein, im gegenwärtigen Diskussionsstadium den Anschein zu erwecken, er sei in dieser oder jener Frage bereits endgültig festgelegt. Das würde die Diskussion nicht fördern, sondern behindern.

spw: Bei allen Stärken springen doch krasse Unvereinbarkeiten der Einzelteile des Entwurfs ins Auge: Am Anfang wird die Utopie einer anderen Gesellschaft skizziert, welche die heutige ökonomische Realität — die kapitalistische Wirtschaft, wie es heißt — hinter sich lassen will. »Die Sozialdemokratie kämpft nicht nur für Reformen im Kapitalismus ...« (Kapitel 1); von der Gesellschaftsordnung des demokratischen Sozialismus ist die Rede. In den wirtschaftspolitischen Kapiteln finden die großen sozialen Probleme — Massenarbeitslosigkeit, Ausbeutung der Dritten Welt, ökologische Katastrophen — eine andere Antwort, die ordnungspolitisch im wesentlichen alles beim alten läßt. Kann sich das künftige Programm solche Widersprüche leisten?

Hans-Jochen Vogel: 1. Es war der große Vorzug des *Godesberger Programms*, daß es nicht in einen theoretischen Teil mit Vorstellungen, die Du ansprachst, und in einen praktischen zerfiel, in dem das stand, was man nun konkret machen wollte. Das ist ja ein besonderes Kennzeichen des *Erfurter Programms* von 1891 gewesen: Auf den theoretischen Teil folgt eine Auflistung praktischer reformerischer Vorschläge, von denen übrigens einige — etwa auf rechtspolitischem Gebiet — erst während der sozial-liberalen Koalition verwirklicht worden sind. Ich würde sehr dazu raten, daß wir nicht einen theoretischen

Teil schreiben, nach dem dann ziemlich unvermittelt eine Reihe von praktischen Forderungen kommt.

2. Ich warne vor einer isolierten Instrumentendebatte und würde sehr dafür plädieren, daß man die Instrumente jeweils mit den Aufgaben und Zielen in Verbindung setzt.

3. Schließlich gebe ich zu bedenken — und da hat Irsee wohl recht —, daß die Verflechtungen heute so weit fortgeschritten sind, daß wir eine ganze Reihe der Veränderungen, die wir anstreben, nur noch im europäischen Verbund erreichen können. Ich bin da gar nicht so pessimistisch: Wenn Ihr Euch die Entschließungen und die Beschlüsse des Europäischen Parlaments anschaut, dann sind die in mancher Beziehung fortschrittlicher als das, was wir in nationalen Parlamenten auf die Beine bringen.

Im übrigen: Daß wir uns nicht mit dem gegenwärtigen Zustand abfinden, sondern ihn verändern wollen, ist ein Stück der sozialdemokratischen Identität. Ich kenne dafür keine bessere Formel als die, daß wir einen Zustand wollen, in dem nicht das Kapital die Arbeit in Dienst nimmt, sondern die Arbeit das Kapital. Aber daran, was das nun konkret bedeutet, müssen wir noch gründlich arbeiten.

spw: Gerade unter dem Gesichtspunkt des Verändern-wollens: von der Parteilinken wird vor allem kritisiert, daß an vielen Stellen des Irseer Entwurfs der Gegnerbezug fehlt. Wolkige Aussagen über den Grundwert »Solidarität« beispielsweise umgehen vollständig, daß sich Solidarität der arbeitenden Menschen immer in Kämpfen gegen die Zumutungen der Produktionsmittelbesitzer praktisch entwickeln mußte. Wird die neue Programmkommission den Mut finden zu sagen, gegen wessen Widerstände sozialdemokratische Politik sich erst wird behaupten müssen?

Hans-Jochen Vogel: In der täglichen Arbeit der Bundestagsfraktion ist es eine Selbstverständlichkeit, daß wir es mit konkreten Gegnern zu tun haben und daß wir sie auch benennen. Infolgedessen sehe ich kein Problem darin, auch im Programm deutlich zu machen, mit wem wir die Auseinandersetzung zu führen haben, um unsere Ziele der Verwirklichung näher zu bringen. Nur müssen wir in einem deutlich an Godesberg festhalten: Es gibt für die Dinge, die wir verändern und für die wir kämpfen wollen, keine monokausale Erklärung. Selbst Kautsky sagte einmal, daß er sogar das Instrument der Sozialisierung über Bord werfen würde, wenn er zu der Erkenntnis käme, daß das Ziel des demokratischen Sozialismus auf anderem Wege zu erreichen sei.

Im Klartext: Den gedanklichen Versuch, alle zu lösenden Probleme aus der Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln zu erklären, sollten wir nicht aufs Neue unternehmen.

spw: In den wirtschaftspolitischen Kapiteln werden hochgreifende Gedanken formuliert, die von qualitativen Wachstumsentscheidungen und von ökologischem Umbau — »von der Produktidee bis hin zur Produktionsplanung« — handeln. Muß nicht gerade hier mit erheblichen Widerständen gerechnet werden? Wird denn das bei dem Umfang an privater Entscheidungsmacht über Investitionen und Beschäftigung zu haben sein, den unsere kapitalistische Marktwirtschaft kennt?

Hans-Jochen Vogel: Nehmen wir die Frage der Umweltverträglichkeit. Hier müssen wir im Programm klar sagen: Sozialdemokraten haben durchaus mit Erfolgen dafür ge-

kämpft, daß der ökonomische Prozeß nicht dem Selbstlauf überlassen, sondern unter sozialen Gesichtspunkten unter Kontrolle gehalten wird. Mit derselben Dringlichkeit müssen wir jetzt dafür eintreten, daß der ökonomische und der technologische Prozeß auch unter ökologischen Gesichtspunkten der Kontrolle bedarf. Zu diesem Zweck müssen wir zu einer wirksamen Umweltverträglichkeitsprüfung und dazu kommen, daß in den ökonomischen Prozeß noch stärker als bisher Kostenfaktoren eingebaut werden. Vor allem aber muß der Gedanke im Bewußtsein der Menschen Wurzeln schlagen, daß technisch Mögliches aus Verantwortung gegenüber der Zukunft auch einmal unterbleiben muß.

Die Eigentumsfrage gibt darauf nicht die entscheidende Antwort. Denn die Systeme mit anderer Eigentumsverfassung haben in der Frage der Ökologie eher noch größere Schwierigkeiten und einen noch größeren Nachholbedarf als wir. Mich läßt auch nicht unbeeindruckt, daß diejenigen, die jetzt ihre Systeme aus der Erstarrung befreien wollen, ihre Rahmenbedingungen in Richtung auf mehr Meinungsvielfalt, mehr Spielraum für Kritik, mehr Pluralismus, aber auch auf mehr Wettbewerbs- und Marktelemente ändern.

spw: Sind die Horizonte von Irsee und die Nürnberger Forderungen politisch erreichbar im Bündnis mit einer wirtschaftsliberalen Partei wie der FDP?

Hans-Jochen Vogel: Nein, mit einer Bangemann/Lambsdorff-FDP sehe ich das nicht.

spw: Die Partei hat in den letzten Jahren beschlossen, daß die Beteiligung der Frauen auf allen Organisationsebenen wesentlich verbessert werden soll. In der Konkretisierung dieser Vorgabe hat eine Kommission unter Leitung von Inge Wettig-Danielmeier und Oskar Lafontaine vorgeschlagen, daß künftig 40 Prozent aller Funktionen von einem Geschlecht besetzt werden müssen. Wird der Parteivorstand diesem Vorschlag folgen? Wenn nicht, welche anderen Möglichkeiten siehst Du, die Beteiligung von Frauen zu verstärken?

Hans-Jochen Vogel: An dem Vorschlag war auch die Organisationskommission beteiligt. Beide Kommissionen orientierten sich an den Beschlüssen des Essener Parteitags und an dem Auftrag des Nürnberger Parteitags, kamen jedoch gleichwohl in einer Reihe von Einzelfragen zu divergierenden Ergebnissen. Der Parteivorstand hat jetzt eine Vorlage erarbeitet, die sich sehr eng an die Parteitagsbeschlüsse anlehnt. Sie soll nunmehr in der Partei diskutiert werden. Dabei müssen alle im Auge behalten, daß wir zur Erfüllung des Auftrags von Nürnberg eine Zwei-Drittel-Mehrheit brauchen. Mein Bestreben ist, daß diese Zwei-Drittel-Mehrheit so dicht an den Nürnberger Beschlüssen wie möglich zustandekommt.

spw: Spielen neben den Problemen der innerparteilichen Durchsetzung auch Parteiengesetz und verfassungsrechtliche Überlegungen eine Rolle dabei, welche Lösung der Parteivorstand befürworten wird?

Hans-Jochen Vogel: Es ist ziemlich einhellige Meinung, daß das Parteiengesetz solche Statutenbestimmungen nicht verbietet. Aber sie müssen so klar gefaßt sein, daß man damit arbeiten kann.

spw: Abschließende Frage: nächstes Jahr wird die deutsche Sozialdemokratie, rückschauend auf die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) unter Führung Lassalles, 125 Jahre alt und kann damit auf die längste Geschichte unter den deutschen Parteien blicken. Gibt es bereits Planungen des Parteivorstands, wann und mit welcher Art von Veranstaltungen dieses Jubiläum begangen werden soll?

Hans-Jochen Vogel: Der Parteivorstand hat bereits die Gliederungen eingeladen, an möglichst vielen Orten in eigener Verantwortung der Ortsvereine, Bezirke und Unterbezirke Veranstaltungen durchzuführen, um Geschichte und Tradition der Sozialdemokratie deutlich zu machen und ohne Überheblichkeit, aber mit starkem Selbstbewußtsein herauszustellen, daß nichts, was uns heute als Errungenschaft erscheint — Rechtsstaat, Demokratie, Sozialstaat —, ohne das Zutun der Sozialdemokraten und das meiste von uns gegen den erbitterten Widerstand anderer durchgesetzt worden ist.

Zentral wird es eine Veranstaltung am 28. Mai im Reichstag in Berlin geben. In Berlin verbrachte Lassalle einen wichtigen, wenn auch kurzen Abschnitt seines Lebens. Außerdem wird Anfang Juli ein Jubiläumstreffen in Form eines Deutschlandtreffens in Frankfurt stattfinden. Schließlich wird es Aktivitäten der Historischen Kommission beim Parteivorstand geben. Unter anderem ein Seminar. Auch ein Jubiläums-Buch ist vorgesehen.

spw: Genosse Vogel, herzlichen Dank für dieses Gespräch.

Sowjetunion 2017

Josef Hindels

Die Sowjetgesellschaft siebzig Jahre nach der Oktoberrevolution

Zum 70. Geburtstag der Oktoberrevolution wollten wohl manche antisowjetischen Publizisten ironische, auf das Alter der sowjetischen Gesellschaft anspielende Artikel schreiben. Diese Gesellschaft, so hätte eine ihrer Thesen gelaundet, hat das Greisenalter erreicht. Die alten Männer im Kreml stehen den Veränderungen in der Welt hilflos gegenüber, von ihnen gehen keine Impulse mehr aus, sie sind hoffnungslos verkalkt.

Aber diese Artikel konnten so nicht erscheinen. Gorbatschow hat allen einen Strich durch die Rechnung gemacht, die der Sowjetgesellschaft die Fähigkeit zur Weiterentwicklung absprechen. Siebzig Jahre nach dem Sieg der Oktoberrevolution werden wir Zeugen einer historischen Wandlung, die eine neue Epoche einleitet. Die Sowjetgesellschaft ist nicht vergreist, sondern von pulsierendem Leben erfüllt. Altes wird über Bord geworfen, Neues erprobt, Fehler, Versäumnisse werden mit erfrischender Offenheit diskutiert. Ist das alles nur auf die dynamische Persönlichkeit Gorbatschows zurückzuführen, der die Welt in Atem hält?

Marxisten lehnen die Personalisierung gesellschaftlicher Prozesse ab. Sie gehen mit Marx davon aus, daß die Menschen ihre Geschichte selbst machen — aber unter vorgefundenen Bedingungen. Das gilt auch für Gorbatschow: Er drückt der Wandlung der Sowjetgesellschaft den Stempel auf, aber die Wandlung selbst hat tiefreichende historische und sozialökonomische Ursachen, die es bloßzulegen gilt.

Bevor ich diese Analyse versuche, scheint mir aber ein Hinweis auf den jahrzehntealten Richtungsstreit in der europäischen Sozialdemokratie über die Einschätzung der — in keinem Lehrbuch des klassischen Marxismus beschriebenen — Sowjetgesellschaft unerlässlich zu sein. Begnügen wir uns mit einer Skizze, wobei Karl Kautsky und Otto Bauer die beiden Hauptrichtungen repräsentieren.

Otto Bauers theoretische Pionierleistung

Kautsky und Bauer gehörten vor dem Ersten Weltkrieg zu jenen großen Denkern des Marxismus, die, wenn auch unterschiedlich argumentierend, dem von Bernstein vertretenen Revisionismus entschieden entgegentraten. Was sie damals gegen die Illusionen der Revisionisten schrieben, gegen den Versuch, die Arbeiterbewegung in die kapitalistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu integrieren, ist heute aktueller

denn je. Aber das Gemeinsame zwischen Kautsky und Bauer zerbrach an der Auseinandersetzung über die Entwicklung in Rußland nach der Oktoberrevolution. Die Differenzen, die auch die Sozialistische Arbeiterinternationale der Zwischenkriegszeit erschütterten, führten zum Bruch zwischen den beiden Denkern, der nie überwunden werden konnte und tiefe Spuren hinterlassen hat.

Ursprünglich waren alle Sozialdemokraten, auch der Austromarxist Otto Bauer, der Meinung, das »bolschewistische Experiment« müsse scheitern, weil auf dem Wege zum Sozialismus die Entwicklungsphase des Kapitalismus nicht übersprungen werden könne. Das halbfeudale, rückständige Rußland sei für eine sozialistische Gesellschaft nicht reif, es müsse zunächst die Ziele der bürgerlichen Revolution verwirklichen. Als das »bolschewistische Experiment« dennoch nicht scheiterte, bezogen Karl Kautsky und Otto Bauer diametral entgegengesetzte Positionen. Kautsky reagierte mit fanatischem Haß gegen das Land der Oktoberrevolution. Er konnte, wie die Austromarxistin Käthe Leichter spottete, Lenin nicht verzeihen, daß dieser sich nicht an die Kautsky'schen Prognosen über den unvermeidlichen Zusammenbruch der Sowjetmacht gehalten habe.

Der italienische Historiker Massimo L. Salvadori weist in seiner Studie über die Rolle Karl Kautskys im europäischen Sozialismus darauf hin, welche Formen dieser Haß bereits Mitte der zwanziger Jahre angenommen hatte:

»Kautsky ging sogar so weit, das sowjetische System noch tiefer einzustufen als die Systeme Mussolinis und Horthys; er schrieb im Jahre 1925: 'Die sowjetische Regierung ist augenblicklich das stärkste Hindernis seines [des Proletariats] Aufstiegs in der Welt — schlimmer sogar als das infame Regime Horthys in Ungarn oder Mussolinis in Italien, die doch nicht jede oppositionelle Regung des Proletariats so gänzlich unmöglich machen wie das Sowjetregime.' Daraus ergab sich für Kautsky die unumstößliche Schlußfolgerung: 'Dieses Regime ist heute nicht mehr bloß ein Feind aller nichtbolschewistischen Parteien, es ist zum gefährlichsten Feind des Proletariats selbst geworden.'¹

Karl Kautsky hat an dieser These des Antisowjetismus auch festgehalten, als der Faschismus zur tödlichen Bedrohung der internationalen Arbeiterbewegung wurde. Für ihn blieb der Kommunismus der Hauptfeind.

Otto Bauer gehörte zu jenen Theoretikern, die den Mut haben, eigene Theorien fallen zu lassen oder gründlich zu verändern, wenn diese sich als falsch erweisen. Rechthaberei und Dogmatismus widersprachen dem Wesen seiner Persönlichkeit. Er hat seinen Standpunkt zur sowjetischen Entwicklung mehrfach geändert, auch manche Fehleinschätzung vertreten, sich wiederholt im Tempo der Entwicklung geirrt. Otto Bauers Irrtümer sollen nicht verschwiegen werden. Dennoch vollbrachte er eine theoretische Pionierleistung, deren Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Das ist auch einer der Gründe für die Renaissance des Austromarxismus in der Gegenwart.

Am klarsten ist seine — zuletzt vertretene — Konzeption in dem 1936 im Exil geschriebenen Buch *Zwischen zwei Weltkriegen?* enthalten.² Bauer bleibt bei seiner ursprünglichen Meinung, daß das rückständige Rußland nicht reif sei für den Sozialismus. Aber im Gegensatz zu Kautsky und anderen rechten Sozialdemokraten ist er der Überzeugung, daß die Überwindung der Rückständigkeit keineswegs die Restau-

ration des Kapitalismus erfordert, sondern bei Aufrechterhaltung der Errungenschaften der Oktoberrevolution durch die Wandlung der sowjetischen Gesellschaft erreicht werden kann und aller Voraussicht nach erreicht werden wird.

Begnügen wir uns mit wenigen Sätzen aus diesem Werk, das zu den wichtigsten Schätzen des austromarxistischen Denkens gehört. Es heißt dort über die Entwicklung der Sowjetunion in der Zukunft unter anderem:

»In der Sowjetunion ist eine sozialistische Gesellschaft im Werden. So groß die Schwierigkeiten auch sind, mit denen die Sowjetunion noch zu ringen hat, so groß die Opfer, mit denen die Völker der Sowjetunion den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft bezahlen müssen, so geben doch die alle Erwartungen übertreffende Wachstumsenergie der Sowjetwirtschaft, die überraschend schnelle Hebung der Massenkultur der Sowjetvölker die Gewähr, daß die Sowjetunion binnen wenigen Jahren allen Völkern der Welt die ökonomische, soziale, kulturelle Überlegenheit einer sozialistischen Gesellschaftsordnung durch die Tat beweisen wird.«

Als Otto Bauer diese Sätze schrieb, gab es in der Sowjetunion die Stalin-Ära, die damals im Zeichen der Moskauer Schauprozesse stand. Er hat die Verbrechen Stalins verurteilt und verabscheut. Aber er war der Meinung, die blutige Stalin-Herrschaft werde eine Episode in der Entwicklung der Sowjetgesellschaft bleiben. Die mit schweren Opfern erkaufte Erfolge der Industrialisierung würden die objektiven Voraussetzungen schaffen für die Überwindung des Stalinismus, für die Demokratisierung der Sowjetgesellschaft.

Der Zweite Weltkrieg hat der Sowjetunion unermesslichen Schaden zugefügt und diese Entwicklung verzögert. Gorbatschow ist gegenwärtig damit beschäftigt, nachzuholen, was auch nach Stalins Tod 1953 versäumt wurde.

Antibürokratische Revolution

Alle Gesellschaftsanalysen, die in den Werken des Marxismus enthalten sind, beziehen sich auf Klassengesellschaften, geprägt vom Widerspruch zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten. Die Analyse einer sozialistischen Gesellschaft konnte nicht geliefert werden. Daher fällt es Marxisten schwer, die sowjetische Gesellschaft, die weder feudalistisch noch kapitalistisch ist, zu analysieren.

Manche flüchten sich in die Theorie einer »neuen Klasse«, die aber bloß Ausdruck theoretischer Verlegenheit ist. Das gleiche gilt für die These vom »Staatskapitalismus« in der Sowjetunion. Wer begreifen will, was im Land der Oktoberrevolution geschieht, muß von der Erkenntnis ausgehen, daß wir es dort mit Sozialismus zu tun haben, allerdings mit einem Sozialismus, der grundlegender Veränderung bedarf. Nicht zufällig schrieb Rosa Luxemburg in ihrer genialen, wenn auch fragmentarischen Studie zur russischen Revolution über den nur scheinbaren Mangel der marxistischen Theorie, sozialistische Gesellschaftsverhältnisse konkret auszumalen:

»Weit entfernt, eine Summe fertiger Vorschriften zu sein, die man nur anzuwenden hätte, ist die praktische Verwirklichung des Sozialismus als eines wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Systems eine Sache, die völlig im Nebel der Zukunft liegt. Was wir in unserem Programm besitzen, sind nur wenige große Wegweiser, die die Richtung anzeigen, in der die Maßnahmen gesucht werden müssen, dazu vorwiegend negativen Charakters. Wir wissen so ungefähr, was wir zu allererst zu beseitigen haben, um der

sozialistischen Wirtschaft die Bahn frei zu machen, welcher Art hingegen die tausend konkreten, praktischen großen und kleinen Maßnahmen sind, die auf jedem Schritt zu ergreifen sind, um die sozialistischen Grundsätze in die Wirtschaft, in das Recht, in alle gesellschaftlichen Beziehungen einzuführen, darüber gibt kein sozialistisches Lehrbuch Aufschluß. Das ist kein Mangel, sondern gerade der Vorzug des wissenschaftlichen Sozialismus vor dem utopischen.«³

In der Sowjetunion haben wir es mit einem Land zu tun, das auch in der Stalin-Ära die von der Oktoberrevolution geschaffenen sozialistischen Eigentumsverhältnisse nicht aufgegeben hat. Da aber ein wesentliches Merkmal des Sozialismus, die Demokratie, bisher fehlte, handelt es sich um einen deformierten Sozialismus, um einen »Arbeiterstaat mit bürokratischen Auswüchsen«, wie es Lenin formulierte.

Was sich jetzt in der Sowjetunion ereignet, ist keine proletarische, sondern eine antibürokratische Revolution im Rahmen der bestehenden Eigentumsverhältnisse. Auch für Gorbatschow gilt Rosa Luxemburgs Erkenntnis: Es gibt keine fertigen Rezepte für die Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaft. Gorbatschow betritt Neuland. Er ist gezwungen, zu experimentieren, Fehler und Rückschläge sind daher unvermeidlich.

Die Grundzüge der von ihm repräsentierten Wandlung lassen sich gleichwohl klar erkennen, und an ihrem progressiven Charakter ist kein Zweifel möglich: Die Sowjetgesellschaft soll aus den Fesseln einer parasitären, entarteten Bürokratie befreit werden, ohne die größte Errungenschaft der Oktoberrevolution, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel in Frage zu stellen, ohne den Boden des Sozialismus zu verlassen.

Diese antibürokratische Revolution kündigte sich bereits nach Stalins Tod und auf dem 20. Parteitag der KPdSU an. Chruschtschow spielte die Rolle eines Bahnbrechers, blieb aber auf helbem Wege stehen, scheute vor den entscheidenden Konsequenzen zurück.⁴ Nach Chruschtschow gab es keine Rückkehr in die Stalin-Ära, wie viele Kremlastrologen voraussagten. Aber es trat eine die Sowjetgesellschaft lähmende Stagnation ein. Gorbatschow repräsentiert jene gesellschaftlichen Kräfte, die diese Lähmung überwinden und eine tiefreichende Veränderung herbeiführen wollen, ohne auf die Tabus, welche die Stalin-Ära überlebt haben, Rücksicht zu nehmen.

Das »neue Denken« mag für viele, die den »inneren Stalin« noch nicht überwunden haben, schockierend sein. Aber es ist unvermeidlich, soll die Erneuerung verwirklicht werden. Es handelt sich um eine schmerzliche Operation, die auch die kommunistischen Parteien der Welt verändern wird.

Bürokratie ist, im marxistischen Verständnis dieses Begriffs, keine Klasse. Die von der Oktoberrevolution geschaffenen Eigentumsverhältnisse haben die Herausbildung einer ausbeutenden Klasse, vergleichbar mit Kapitalisten oder Feudalherren, verhindert. Kein Bürokrat konnte Produktionsmittel erwerben und durch die Aneignung des Mehrwertes die Produzenten ausbeuten.

Aber unter den Bedingungen der historischen Rückständigkeit, der äußeren Bedrohung und des Stalinschen Terrors sind wesentliche Teile der Bürokratie entartet, haben Privilegien gehortet, die Massen entwürdigt, sich selbst jeder Kontrolle entzogen. Diese entartete Bürokratie ist zu einem Hemmschuh für die weitere Entwicklung und die notwendige Modernisierung der Wirtschaft geworden. Die antibürokratische Re-

volution richtet sich keineswegs gegen alle, die nicht unmittelbar am Produktionsprozeß teilnehmen. Sie will nicht Verwalter und Planer abschaffen oder sie, wie das während der chinesischen Kulturrevolution geschah, in die Betriebe und zur bäuerlichen Arbeit schicken. Ihr Ziel ist vielmehr, die Unfähigen und Korrupten zu entfernen, alle, die Verwaltungsarbeit leisten, der demokratischen Kontrolle von unten zu unterwerfen. Die Durchflutung aller gesellschaftlichen Bereiche durch eine lebendige sozialistische Demokratie — das ist der tiefste Inhalt der antibürokratischen Revolution, die das Antlitz der Sowjetunion verändert. Jene, die führende Positionen bekleiden, sollen gewählt werden, wobei die Wähler die Möglichkeit haben müssen, zwischen verschiedenen Kandidaten ihre Wahl zu treffen.

Die antibürokratische Revolution wird auch die Theorie des Marxismus bereichern, schöpferisch weiterentwickeln. Die Marxisten von heute und morgen haben die Möglichkeit, die Marx, Engels und ihre bedeutendsten Schüler nicht hatten: Die Bewegungsgesetze einer sozialistischen Gesellschaft zu erkennen, die nicht frei ist von Gegensätzen. Allerdings handelt es sich um Gegensätze, die nicht gleichgesetzt werden können mit den antagonistischen Gegensätzen des kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems.

Wer ist gegen Gorbatschow?

Die neuen Maßnahmen im Bereich der sowjetischen Ökonomie müßten gesondert untersucht werden. Ein Hinweis soll hier genügen: Im wesentlichen handelt es sich um die Überwindung einer Planung übertrieben zentralistischen Charakters, um mehr Eigeninitiative für die Wirtschaftsunternehmen. Durch materielle Anreize für gute Arbeit soll die Produktivität erhöht, die weit verbreitete Trägheit und Schlamperei eingedämmt werden. Dem Markt kommt eine größere Bedeutung als bisher zu, wie es übrigens auch Anfang der zwanziger Jahre bei der Neuen ökonomischen Politik (NEP), die damals von Lenin durchgesetzt wurde, der Fall war.

Bürgerliche und rechtssozialdemokratische Beobachter, die gestern noch die Wandlung der Sowjetgesellschaft bestritten, zitieren genüßlich diese Wirtschaftsreformen und sehen darin einen Triumph der kapitalistischen Marktwirtschaft. Sie übersehen, daß die Anwendung von Marktmechanismen unter sozialistischen Eigentumsverhältnissen vor sich geht und daher nicht gleichgesetzt werden kann mit der sogenannten Marktwirtschaft in den Ländern des Kapitalismus, wo die großen Monopole das Sagen haben.

Bei den sowjetischen Wirtschaftsreformen handelt es sich nicht um technokratische Eingriffe, die von autoritären Managern diktiert werden. Es muß — dies gehört zum Wesen der antibürokratischen Revolution — das Einvernehmen mit den Betroffenen in den Betrieben und den wieder autonom gewordenen Gewerkschaften hergestellt werden, was in der Praxis mit nicht geringen Schwierigkeiten verbunden ist.

Die Wirtschaftsreformen führen dazu, daß auch Arbeitsplätze verloren gehen. Die Modernisierung der Produktion, die Anwendung neuer Technologien, macht es unmöglich, jedem Arbeitenden den Arbeitsplatz zu garantieren, den er hat. Eine solche

Arbeitsplatzgarantie hat mit Sozialismus nichts zu tun, sie ist Ausdruck einer konservativen, den technologischen Wandel ignorierenden Geisteshaltung. Worauf es ankommt, ist dies: Im engsten Einvernehmen mit den Organen der Werktätigen müssen für jene, die ihre Arbeitsplätze verlieren, rechtzeitig neue geschaffen werden. Daß dies ohne soziale Härten geschieht, dafür zu sorgen, ist Aufgabe der Gewerkschaften, die ihre Funktion als Interessenvertretung — wie seinerzeit bereits Lenin in einer Auseinandersetzung mit Trotzki betonte — auch im Sozialismus erfüllen müssen.

Viele, die mit Gorbatschow sympathisieren, auch Linke, stellen die Frage: Wird er sich gegen die Widerstände im eigenen Land durchsetzen? Es wäre unseriös, darauf mit einem apodiktischen Ja zu antworten. Aber meiner Ansicht nach spricht vieles dafür, daß trotz dieser Widerstände, die antibürokratische Revolution in einem längeren, widerspruchsvollen Prozeß ihre Ziele erreichen, die Sowjetgesellschaft im positiven Sinn umgestaltet wird.

Wer sind die Träger des Widerstandes? Nach allen mir zur Verfügung stehenden Informationen läßt sich eines sagen: Es gibt in der KPdSU keine Organisation oder Fraktion, die ein gegen Gorbatschow gerichtetes Konzept vertritt. Der Widerstand ist nicht organisiert, stützt sich nicht auf ideologische Grundlagen einer Gegenfraktion. Die Berichte der Kremlastrologen über den Widerstand eines stalinistischen Parteiflügels oder einer Gruppe von »Falken« in der Armee, haben sich als Spekulationen erwiesen, die keine Beziehung zur Realität haben. Der Widerstand, den es tatsächlich gibt, und der nicht unterschätzt werden sollte, kommt von vielen Einzelpersonen, die um ihre Positionen und Privilegien zittern. Und er kommt von jenen Teilen der Bürokratie, die das neue Denken, die Offenheit fürchten, die sich nicht umstellen wollen.

Sie drücken mit ihrem Widerstand allerdings nicht die Haltung aller aus, die soziologisch zur Bürokratie gehören. Es gibt Techniker, Betriebsdirektoren, Wirtschaftsfachleute, die zu den Privilegierten zählen, aber die Notwendigkeit der Veränderung erkannt haben. Die antibürokratische Revolution stützt sich daher auch auf Teile der Bürokratie. Ein historischer Vergleich drängt sich auf: Im zaristischen Rußland gehörten zu den Trägern des revolutionären Fortschritts neben Arbeitern und Studenten auch privilegierte hohe Beamte, Aristokraten, Träger des bestehenden Systems. Sie hatten erkannt, daß der Zarismus Rußland in den Abgrund führt. Zu den wichtigsten Verbündeten Gorbatschows gehören Künstler, Wissenschaftler, die große Mehrheit der Intelligenz. Vor allem die Literaten haben geistige Vorarbeit geleistet. Das gilt nicht zuletzt für ihre schonungslose Auseinandersetzung mit den lange verschwiegenen Verbrechen Stalins.

Freilich gibt es auch Widerstände, die aus Teilen des Volkes, der Arbeiterklasse, kommen. Sie sind nicht organisiert, sondern drücken Gefühle eines dumpfen Konservatismus aus. Wurden doch die Massen in der Sowjetunion unter Stalin, aber auch noch Jahre nach seinem Tod zur Passivität und zu einer Untertanengesinnung erzogen, die tief verwurzelt ist. Es ist daher kein Zufall, daß bisher die Arbeiter in den Betrieben bei der antibürokratischen Revolution eine bescheidene Rolle gespielt haben, während die Intellektuellen zu den Bannerträgern gehören. Manche Einflüsse aus dem kapitalistischen Westen müssen noch überwunden werden. Das gilt vor allem für kleinbürger-

liches Konsumdenken. Gorbatschow schilderte diese Mentalität in seiner Rede vor dem Zentralkomitee der KPdSU am 27. Januar 1987⁵ mit der ihm eigenen Offenheit. Es heißt dort unter anderem:

»Es vergrößerte sich die Schicht von Menschen, darunter auch Jugendlichen, für die materieller Wohlstand und Bereicherung um jeden Preis das Lebensziel wurde. Ihre zynische Haltung nahm immer aggressivere Formen an, vergiftete das Bewußtsein der Menschen in ihrer Umgebung und schuf eine Welle des Konsumdenkens. Kennzeichnend für die sinkende soziale Moral waren Zunahme der Trunksucht, Verbreitung des Drogenmißbrauchs und Zunahme der Kriminalität.«

In dieser Rede prangert Gorbatschow auch Erscheinungen des Nationalismus an, die zu beschämenden Vorfällen geführt haben. Es handelt sich einerseits um einen russischen Nationalismus, der an die reaktionären Traditionen des Panslawismus anknüpft, andererseits um einen Nationalismus nichtrussischer Völker. Aus seinen Ausführungen geht hervor, daß diese Deformationen nicht in erster Linie mit administrativen Methoden bekämpft werden sollen, sondern durch die Entfaltung und Vertiefung der Demokratie, die wir, wie Gorbatschow betonte, »brauchen wie die Luft zum Atmen«.

Chancen für die Linke

Vor siebzig Jahren hat die Oktoberrevolution die Welt erschüttert und trotz ihrer Isolierung die linken Kräfte in allen Ländern gestärkt. Heute, unter völlig anderen Bedingungen, schafft die antibürokratische Revolution in der Sowjetunion günstigere Bedingungen für die Entfaltung der Linken in Europa und der antiimperialistischen Freiheitsbewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.

Das gilt zunächst für den Kampf um die Erhaltung und Festigung des Friedens. Die Sowjetunion ist zum Motor des Ringens um die Beendigung des Wettrüstens geworden. Auch im bürgerlichen Lager wächst die Zahl der Menschen, die erkennen, daß die kühnen Initiativen Gorbatschows ernstgemeint sind, daß die Sowjetunion auch zu weitgehenden Konzessionen bereit ist, um Vereinbarungen über die Befreiung der Welt von der atomaren Bedrohung zu treffen.

Wer heute noch von einem »sowjetischen Imperialismus« phantasiert, der den Westen bedroht, findet immer weniger Resonanz. Das Feindbild vom »aggressiven Kommunismus«, das die Kalten Krieger, unter ihnen auch rechte Sozialdemokraten, aufgebaut haben, ist nicht verschwunden, aber es verliert an Glaubwürdigkeit. Die Fakten sprechen für den ehrlichen Friedenswillen der Sowjetunion. Und das Argument, die neue sowjetische Führung brauche für die Verwirklichung ihrer tiefreichenden Reformen eine Beendigung des kostspieligen Wettrüstens, ist überzeugend. Die Kalten Krieger sind überall in der Defensive.

Und wie wirkt sich die Wandlung in der Sowjetunion auf die sozialistischen Länder aus, die dem Warschauer Pakt angehören? Da diese Wandlung auch das Ende der sowjetischen Hegemonie bedeutet, kann keine Rede davon sein, daß in diesen Ländern mechanisch wiederholt wird, was in Moskau geschieht. Die antibürokratische Revolution in der Sowjetunion bedeutet für alle sozialistischen Länder einen starken Impuls. Aber jedes Land geht, unter Berücksichtigung seiner historischen und gesellschaft-

lichen Eigenarten, seinen eigenen Weg zur Erneuerung. Der reale Sozialismus entwickelt eine Vielfalt von sozialistischen Gesellschaftsformen.

Die Veränderungen in der Sowjetunion, wie immer man sie im einzelnen beurteilen mag, geben den Linken in den kapitalistischen Ländern, auch den Marxisten in den sozialistischen Parteien, neue Chancen für die Durchsetzung von Alternativen zum Rechtskurs der Sozialdemokratie. Hinzu kommt die Verschärfung der Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft. Handelt es sich doch um die schwerste Krise seit den dreißiger Jahren, die das Märchen von einem krisenfreien Kapitalismus widerlegt. Gäbe es die *europäische* Linke nicht, sie müßte in dieser Situation gegründet werden.

Noch sind wir weit entfernt von jenem »Integralen Sozialismus« (Otto Bauer), der die historische Spaltung der Arbeiterbewegung, wie der austromarxistische Denker hoffte, überwinden wird. Aber die mit dem Namen Gorbatschow verknüpfte Wandlung der Sowjetgesellschaft bringt uns diesem »Integralen Sozialismus« näher.

Anmerkungen

- 1 Massimo, L. Salvadori: Sozialismus und Demokratie: Karl Kautsky. Stuttgart 1982.
- 2 Otto Bauer: Zwischen zwei Weltkriegen? Die Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus. In: Werkausgabe, Bd.4, Wien.
- 3 Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution. In: Gesammelte Werke, Bd.4, Berlin/DDR 1979, S.359f.
- 4 Vgl. Monty Johnstone: Macht und Demokratie im Sozialismus. In: *spw* 10, 4.Jg. (1981), S.708.
- 5 Michail Gorbatschow: Die Rede. Deutsche Fassung. Reinbek b. Hamburg 1987.

Monty Johnstone

Demokratisierung in der Sowjetunion

Perspektiven und Probleme*

Das im Juli verabschiedete weitreichende neue Gesetz über den Staatsbetrieb, das dazu bestimmt ist, alte stalinistische Formen der ökonomischen Organisation durch sozialistische Selbstverwaltung zu ersetzen, bildet einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg der Sowjetunion zu radikaler Erneuerung. Seit der Plenartagung des Zentralkomitees (ZK) im April 1985 nahm die UdSSR auf Gorbatschows Initiative den Reformprozeß wieder auf, der ab 1953 unter Chruschtschow sehr ungleichmäßig und unzusammenhängend begonnen, unter Breschnew aber beendet worden war.

* Dieser Beitrag basiert auf einem Vortrag im Rahmen der Westberliner *Volksuni* 1987. Die vom Verfasser autorisierte Übersetzung ins Deutsche stammt von Frank Heidenreich.

Die Reformen nach Stalins Tod und die der beiden letzten Jahre haben ähnliche Wurzeln. Die Bedürfnisse und Bestrebungen eines großen Industriestaates mit einer wachsenden Planwirtschaft, einer weit besser gebildeten Bevölkerung und einer offiziellen marxistischen Ideologie verlangten tiefgreifende Änderungen, die mit den stalinistischen und neo-stalinistischen Strukturen unvereinbar waren. Der Kontrast zwischen dem zutiefst demokratischen Charakter des Marxismus und den leninistischen Grundgedanken der Oktoberrevolution einerseits sowie den vorherrschenden repressiven und bürokratischen Praktiken andererseits machte sich auf verschiedene Weise bemerkbar. Der schreiende Widerspruch zwischen kommunistischen Worten und höchst unkommunistischen Taten schuf eine Vertrauenskrise und einen Grad der Entfremdung, den eine klarsichtigere und verantwortungsvollere Führung nicht ignorieren konnte. Auf Grund der zu Zeiten Stalins wie Breschnews erfolgten Lähmung der Initiative der Werktätigen, die die Revolution von 1917 gemacht hatten, konnte die Initiative zur Einleitung des Wandels nur von oben kommen. Wie in der Tschechoslowakei 1968, aber anders als in Polen 1980, kam diese Initiative von der Kommunistischen Partei, angeführt von einem neugewählten Generalsekretär.

Jahre der Stagnation

In der Amtszeit Breschnews, vor allem seit Mitte der siebziger Jahre, verschärfte sich die Stagnation zusammen mit dem »Immobilismus«, der mit der mehr und mehr gerontokratischen Führung verknüpft war. Dies führte — besonders schwerwiegend in den moderneren Branchen, welche die Anwendung von Hochtechnologien erfordern — zu einem Fallen der wirtschaftlichen Wachstumsraten, in erster Linie der Arbeitsproduktivität. Während die offizielle Propaganda ununterbrochen Erfolgsmeldungen verkündete, wuchsen Apathie, Alkoholismus, Korruption und Verbrechen, wobei Statistiken wie die der fallenden Getreideproduktion und der steigenden Kindersterblichkeit unterdrückt wurden.

Andropow, der Breschnew nach dessen Tod 1982 als Generalsekretär folgte, versuchte, eine Kampagne gegen die »gewachsene Trägheit« und gegen Korruption aufzuziehen. Leider lag er die Hälfte seiner 15monatigen Amtszeit auf dem Sterbebett, bis er im Alter von 69 Jahren seine Tage beschloß. Seine Ablösung durch den 73jährigen kranken und glanzlosen Apparatschik Tschernenko reflektierte die Abneigung der Politbüro-Mehrheit, auf deren Vorschlag ihn das Zentralkomitee wählte, gegen den von Andropow begonnenen Aufbruch.

In einer Situation, die »Vorkrisenformen« angenommen hatte, wurde der 54 Jahre alte Michail Gorbatschow nach Tschernenkos Tod zum Generalsekretär gewählt. In dem Bewußtsein, so erklärte er später, daß »die wachsenden Widersprüche in der Entwicklung der Gesellschaft die Umgestaltung erforderten«, begann er auf der Plenartagung des ZK im April 1985 mit Nachdruck, Vorschläge für die Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums voranzubringen. Er machte dort weiter, wo Andropow mit den schon 1984 begonnenen Bemühungen aufgehört hatte, die Verwirklichung des wirtschaftlichen »Experiments« sicherzustellen, das für die Direktoren einiger Be-

triebe größere Selbständigkeit und »Stimulierungsfonds« beinhaltete. Daneben und zusammen mit wichtigen außenpolitischen Initiativen unternahm er harte Maßnahmen gegen Alkoholismus und Korruption und fuhr fort, eine wachsende Zahl von personellen Veränderungen zu initiieren. In diesem Stadium blieben die getroffenen Maßnahmen generell eher innerhalb eines technokratischen Rahmens, als daß sie den Anfang eines Demokratisierungsprozesses ankündigten.

Der 27. Parteitag und das ZK-Plenum vom Januar 1987

Die ersten ernsthaften Änderungen in diese Richtung sollten sich in der Periode zeigen, die zu dem für Februar/März 1986 einberufenen Parteitag führte. Die Diskussion vor dem Kongreß, wie sie sich in der Presse niederschlug, war weit kritischer und schärfer als zuvor. Den Höhepunkt bildete die Veröffentlichung von Briefauszügen in der *Prawda* vom 13. Februar 1986, die unter der Überschrift »Reinigung« Spezialläden und andere Privilegien attackierte, die die Partei- und Staatsführer genießen. Tabus aus Jahrzehnten begannen zu brechen.

Auf dem Parteitag selbst lieferte Gorbatschow einen scharfen und selbstkritischen Bericht. Er bezog sich auf den Schaden, den die »Ausweitung des Bürokratismus« angerichtet hatte, und betonte das Bedürfnis nach »radikaler Reform« der Wirtschaft an einem — nach seinen Worten — »abrupten Wendepunkt« in der Entwicklung des Landes. Während er vom Bedürfnis nach »einer Weiterentwicklung aller Aspekte und Erscheinungen der sozialistischen Demokratie« sprach, wie es Breschnews Rechenschaftsberichte auch getan hatten, schienen seine Bemerkungen zu diesem Thema ziemlich allgemein zu bleiben. Er sprach zwar vom Bedürfnis nach »Korrekturen« im Wahlverfahren der Sowjets, wie er ebenso vorsichtig Betriebsräte und Frauenräte anregte, aber niemand nahm diese Fragen während des Parteitags auf. Obgleich es keine offenen Kontroversen gab, waren Unterschiede im Ton und in der Akzentuierung leicht festzustellen. Die weitgehendste Rede hielt der kürzlich abgesetzte Moskauer Parteisekretär Boris Jelzin, der sich gegen ungerechtfertigte Privilegien stark machte.

Erstmals seit den frühen sechziger Jahren wurde eine Frau, Birjukowa, in eines der höchsten Parteiämter gewählt; sie wurde Sekretär(in) des Zentralkomitees, allerdings nicht Mitglied des Politbüros. Ein neues Zentralkomitee wurde gewählt, in dem 40,7 Prozent der Vollmitglieder und 68,6 Prozent der Kandidaten neu waren. Am Ende des Parteitags schien die Frage nach wie vor offen, ob der bestätigte Reformkurs vorwiegend technokratisch bleiben (was gegenüber den Breschnewschen bürokratisch-gerontokratischen Hemmnissen schon einen Fortschritt darstellte) oder ob er einen wirklich demokratischen Charakter annehmen würde.

Sommer und Herbst letzten Jahres markierten eine entschiedene Wende hin zu Demokratisierung, die seitdem eine wachsende Schubkraft entwickelt hat. Auf seinen Reisen durch die UdSSR begann Gorbatschow mehr und mehr, die politische Demokratisierung als Voraussetzung des wirtschaftlichen Erfolgs zu betonen, machte spezifische Vorschläge zur Einbeziehung der Werktätigen in den Entscheidungsprozeß, ermutigte sie zur Kritik bürokratischer Funktionäre und unterstützte größere Offenheit

(*glasnost*) in der Presse. Mußten auch die ersten Schritte im Prozeß der Umgestaltung (*perestrojka*) von oben getan werden, so machte Gorbatschow jetzt zunehmend klar, daß seine erfolgreiche Fortsetzung ohne eine breite Beteiligung von unten unmöglich sei. Solange wie die demokratischen Vorschriften der Verfassung eine Formalität blieben und die Menschen sich machtlos fühlten, die Entscheidungen der Parteiführungen und der Ministerien zu beeinflussen, würde sich der Wandel in der Mentalität, den die Umgestaltung erforderte, nicht vollziehen. Darüber hinaus brauchten die Menschen radikale Verbesserungen im sozialen Bereich — Wohnung, Versorgung usw. —, den die nur an Produktionszielen orientierten Industrieministerien und Fabrikdirektoren, so betonte er, grob vernachlässigten.

Solche technokratischen Tendenzen gerieten sowohl wegen der Vernachlässigung der Bedürfnisse der Werktätigen als auch wegen der Schädigung der Umwelt nun verstärkt unter Beschuß. Auf dem Gewerkschaftskongreß im Februar sollte Gorbatschow seine Auffassung sehr deutlich ausdrücken. Er meinte, daß »die neue Rolle der Gewerkschaften unter den Bedingungen der *Umgestaltung* vor allem darin besteht, gegen technokratische Tendenzen in der Wirtschaft, die sich, das muß gesagt werden, in letzter Zeit ziemlich verbreitet haben, ein Gegengewicht zu bilden und die soziale Bedeutung der getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen zu vergrößern«.

Auf der Plenartagung des ZK, das nach dreimaliger Verschiebung im Januar 1987 zusammentrat, ging Gorbatschow in einigen wichtigen Hinsichten viel weiter als auf dem Parteitag. Erstens in der Kritik der Vergangenheit und der Erkenntnis, daß »die in der Gesellschaft angestauten Probleme tiefer liegen, als wir zunächst dachten«. Zweitens in der Hervorhebung der Demokratisierung als »der dringenden Aufgabe der Partei« bei der Herbeiführung jener »drastischen Veränderungen«, die zur Überwindung dieser Probleme notwendig sind. Drittens in bestimmten Vorschlägen zur Förderung der Demokratisierung. Der wichtigste davon besagte, daß die Wahl der Sekretäre der Parteikomitees unterhalb der Ebene des ZK in geheimer Abstimmung stattfinden solle, wobei jedes Komiteemitglied das Recht haben soll, eine beliebige Zahl von Kandidaten aufzustellen. Dies würde die Initiative und die aktive Einbeziehung von unten erheblich stimulieren und dabei helfen, jüngere und reformorientierte Männer und Frauen zu fördern sowie den eingewurzelten bürokratischen Widerstand gegen Veränderungen zu überwinden. Die Implikationen dieses Vorschlags gehen noch weiter. Seine Einführung würde eine bedeutsame Bresche in das seit langem bestehende System der Nomenklatura schlagen, nach dem die Parteikomitees der verschiedenen Ebenen für die verantwortlichen Positionen in Partei, Staat und gesellschaftlichen Organisationen die Kandidaten empfehlen und bestätigen müssen.

Dieser Vorschlag Gorbatschows wurde allerdings nicht in die vom ZK-Plenum beschlossene Resolution aufgenommen, die sich bloß in allgemeinen Worten zur »weiteren Demokratisierung« der Wahlverfahren äußerte. Unter anderem deutete dies darauf hin, daß Gorbatschow schneller vorgehen möchte, als die Mehrheit des ZK bereit ist. Wir wissen nicht, welche Argumente in der ZK-Diskussion benutzt wurden, da *glasnost* noch nicht so weit geht, daß der Presse ermöglicht wurde, Berichte über die 34 anderen Reden zu bringen. Immerhin sicherte sich Gorbatschow die Zustimmung

zur Abhaltung einer Parteikonferenz im nächsten Jahr, um »Fragen der Demokratisierung des gesellschaftlichen und des Parteilebens im ganzen zu diskutieren« (das Datum wurde später auf den 28. Juni 1988 festgelegt). Und die Presse berichtete seit dem Januar-Plenum eine Reihe von Fällen, in denen die Parteikomitees ihre neuen Sekretäre mit den von Gorbatschow vorgeschlagenen Methoden wählten.

Das Gesetz über den Staatsbetrieb

Auf dem Januar-Plenum legte Gorbatschow die Bedeutung von Demokratie am Arbeitsplatz als eines zentralen Elements sozialistischer Demokratie dar und bezog sich auf einen neuen Gesetzentwurf über den Staatsbetrieb. Der erschien am 8. Februar in der Presse; es folgten zwei Monate intensiver landesweiter Diskussion, in deren Verlauf auf Versammlungen und in der Presse viele kritische Punkte und Ergänzungen erörtert wurden. Im Juni traf sich das ZK, um einen Bericht Gorbatschows über »die grundlegende Umgestaltung der Leitung der Wirtschaft« zu diskutieren. Es bestätigte den Gesetzentwurf, der auf Grund der Diskussion erheblich ergänzt wurde. Einige Tage später lag dann dieser überarbeitete Entwurf dem Obersten Sowjet auf dessen zweitägiger Tagung vor, wo er anscheinend ohne weitere Ergänzungen und zusammen mit zwei anderen Gesetzen bestätigt wurde. Der demokratische Gehalt und Stellenwert jedes der drei neuen Gesetze steht in scharfem Kontrast dazu, daß sich die höchste legislative Körperschaft des Landes, die immer noch nur zwei ordentliche Tagungen im Jahr für jeweils ein paar Tage durchführt, so wenig Zeit zu deren Diskussion nahm.

Das Gesetz über die Staatsbetriebe, das am 1. Januar 1988 in Kraft tritt, sieht eine neue ökonomische Struktur vor, um das alte unter Stalin entwickelte, höchst zentralisierte Verwaltungssystem abzulösen. Dieses »Modell«, nach dem sich die Sowjetunion industrialisierte, den Krieg siegreich beendete und sich danach rekonstruierte, ist seit langem als bürokratisch, schwer handhabbar, kostspielig und als vollkommen ungeeignet für die von der Sowjetunion angestrebte moderne und hochentwickelte Wirtschaft erkannt. Das neue Gesetz hat die Aufgabe der Förderung sowohl größerer wirtschaftlicher Effizienz als auch stärkerer Demokratie, was beides in einem konsumorientierten sozialistischen Land als miteinander eng verbunden gesehen wird. Unter ihm werden selbständige und »vollständig selbstfinanzierte« Unternehmen die gesellschaftlichen Produktionsmittel bewirtschaften, die innerhalb der Leitlinien eines zentralen Plans zugewiesen werden, der weit weniger starr definiert wird, als es bis jetzt der Fall gewesen ist. Selbstverwaltung soll in den Unternehmen eingeführt werden, wobei der Betriebsleiter durch die Belegschaft in geheimer oder offener Wahl auf fünf Jahre gewählt werden soll. Die Wahl unterliegt der Bestätigung durch das übergeordnete Ministerium. Abteilungsleiter, Werkmeister und Vorarbeiter werden spätestens alle fünf Jahre gewählt. Einer Reihe von Betrieben wurde in diesem Jahr bereits die Gelegenheit gegeben, neue Direktoren zu wählen.

Obgleich es einige sowjetische Ökonomen gibt, die in der Verkleinerung des Bereichs der zentralen Planung weiter gehen wollen und denken, daß ein bestimmtes Niveau von Arbeitslosigkeit heilsame Effekte auf Arbeitsdisziplin und Wirtschafts-

leistung haben würde, haben Gorbatschow und die sowjetische Führung dies ausdrücklich abgelehnt. Das neue Gesetz sieht die Möglichkeit vor, defizitäre Betriebe letztlich für bankrott zu erklären, den Arbeitern werden jedoch, wenn nötig nach Umschulung, Arbeitsplätze garantiert.

Das Gesetz zum Schutz von Bürgerrechten liefert nach zehn Jahren eine gesetzliche Ausfüllung jener Vorschrift der 1977 angenommenen sowjetischen Verfassung, die niederlegte, daß Beamte, die sich der Unterdrückung von Kritik schuldig machen, strafrechtlich verantwortlich sind. Das dritte bei dieser Tagung angenommene Gesetz sieht vor, gewichtige Fragen des staatlichen Lebens landesweiter Diskussion zu unterwerfen. Der alte sowjetische Staatspräsident Andrej Gromyko sagte dazu einleitend, dies sei notwendig, weil das Land die Erfahrung einer Periode der »Deformation einiger Aspekte der sozialistischen Demokratie« gemacht habe. Viele frühere Diskussionen seien »überorganisiert und in mancherlei Hinsicht eine Formalität« gewesen, Vorschläge seien ignoriert worden.

Die Medien gehen voran

Die Entwicklung der Sowjet-Demokratie heute ist verbunden mit der Entfaltung der »società civile« im Gramscischen Sinn. Sie ist bis jetzt in den Medien, in den Künsten und unter jungen Leuten am weitesten gegangen. Wie in der Tschechoslowakei 1968 befinden sich die Medien in vorderster Linie des Demokratisierungsprozesses. Die Presse ist — mit erheblichen Unterschieden — in ihrer Berichterstattung und vor allem in der Bloßstellung von Mißständen informativer geworden. Abgesehen von Rücksprachen in Fragen, die militärische Geheimnisse beinhalten könnten, gehen diese jetzt nach eigenem Ermessen vor.

Das neue Herangehen zeigte sich bei der Darstellung der Nuklearkatastrophe von Tschernobyl und der schnellen (wenngleich unvollständigen) Berichterstattung über die Unruhen in Alma Ata im Dezember 1986 nach der Ablösung des kasachischen Parteisekretärs Kunajew durch einen Russen. Früher tabuisierte Themen wie Drogen, Prostitution und Homosexualität werden jetzt in den Medien diskutiert, und Aids erfährt zunehmend regelmäßige Berücksichtigung. Die früher unterdrückten Angaben über Getreideproduktion und Kindersterblichkeit werden nun veröffentlicht, und Verbrechenstatistiken werden demnächst erwartet. Das sowjetische Fernsehen ist weit lebendiger geworden und bringt mittlerweile Sendungen, in denen Bürger anrufen und ihre Fragen und Beschwerden an Minister und leitende Beamte richten können. Unzensurierte Rundgespräche und Interviews mit ausländischen Politikern werden zunehmend üblich. Die Störungen einiger — obgleich nicht aller — ausländischen Radiosender wurden beendet.

Gorbatschow hat betont, daß es in der Geschichte des Landes »keine vergessenen Namen oder leeren Blätter« geben dürfe. Im Juli forderte er die Presseverantwortlichen auf, jene stalinistischen Säuberungen »nie zu verzeihen oder zu rechtfertigen«, die 1937/38 ihren Höhepunkt erreichten und »den Kadern von Partei, Intelligenz und Streitkräften große Verluste zufügten«. Chruschtschow begann den Schleier über dieser

Periode auf dem 20. und 22. Parteitag (1956 bzw. 1961) zu lüften, wo Stalins »Massenrepressionen« verurteilt, nach 1964 aber in ihrem Ausmaß und ihrer Bedeutung heruntergespielt wurden. Jetzt beleuchtet der fortschrittliche Teil der Sowjetpresse immer stärker diese tragische Zeit.

Eine ernste historische Frage, die erst noch angegangen werden muß, bilden die Moskauer Prozesse von 1936 bis 1938, in denen einige der prominentesten Revolutionsführer unter der Anklage des Terrorismus und der Kollaboration mit faschistischen Mächten gegen die Sowjetunion (zumeist zum Tode) verurteilt wurden. Die Hauptangeklagten, einschließlich Trotzki (in Abwesenheit), Bucharin, Sinowjew und Kamenew, sind bis heute nicht von diesen Anschuldigungen befreit worden, obwohl die Rehabilitierung anderer Angeklagter diese inzwischen aushöhlte. Es ist zu hoffen, daß nunmehr nach den Feiern zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution und im Zuge der Vorbereitung einer neuen Parteigeschichte auch Gerechtigkeit in die Erinnerung an diese Opfer der stalinistischen Repression einzieht, ihre Verdienste wie ihre Fehler in der sowjetischen Geschichte objektiv eingeschätzt und ihre Schriften der sowjetischen Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Kulturszene

Gleichermaßen rasch und bemerkenswert verlaufen die Veränderungen im kulturellen Bereich. Nach der Beschneidung der Befugnisse von *Glavlit*, dem staatlichen Büro, welches die Zensur über Buchveröffentlichungen ausübte, sind inzwischen mehrere Romane über zuvor unterdrückte Themen, einschließlich der Stalinschen Massenrepressionen (so Rybakows *Kinder des Arbat*), erschienen. Umstrittene Filme, die jahrelang zurückgehalten worden waren, wurden freigegeben. Zu ihnen zählt auch Abuladzes »Reue«, eine erschreckende Darstellung der totalitären Unterdrückung, welche die stalinistische Vergangenheit wachruft und von Millionen gesehen wurde. Auffallend ist auch Podnieks offene Dokumentation über junge Leute in Lettland unter dem Titel »Ist es leicht, jung zu sein?«. Nach Angaben des neuen Ersten Sekretärs des Verbandes der Filmschaffenden, des Regisseurs Elem Klimow, wurde die Filmzensur aufgehoben.

Auf den Kongressen der Schriftsteller und Filmschaffenden gab es lebhaft Debatten sowohl über kulturelle, soziale als auch über direkt politische Fragen. Der Schriftstellerkongreß spielte keine geringe Rolle dabei, die öffentliche Meinung zu mobilisieren, so daß die Regierung dazu veranlaßt wurde, ihre ökologisch unhaltbaren Pläne der Umleitung sibirischer Flüsse aufzugeben. Der Kongreß der Filmschaffenden erlebte den Hinauswurf der alten konservativen und die Einsetzung einer neuen fortschrittlichen Verbandsleitung in freien Wahlen.

Eine fortschreitende Zunahme sogenannter »informeller Organisationen« hat stattgefunden. Sie wuchsen besonders unter jungen Leuten, die mehr und mehr aus eigenem Antrieb zusammenkommen, um eine breite Vielfalt von Freizeitinteressen, insbesondere auf sportlichem und kulturellem Gebiet, zu verfolgen. Rockgruppen erlebten durchschlagenden Aufschwung und sind mehr und mehr im Nachtprogramm des Fern-

sehens zu sehen. Der Komsomol mit seinen formell 40 Millionen Mitgliedern mußte auf seinem Kongreß im vergangenen April wenigstens verbal die Notwendigkeit anerkennen, bürokratische Organisationsformen, die viele junge Leute von ihm entfremdet hatte, zu beseitigen.

In letzter Zeit gab es ein rasches Wachstum von unabhängigen Gruppen, die sich direkt mit politischen, sozialen und ökologischen Problemen beschäftigen. Im August beteiligten sich 300 Vertreter von 51 solchen Organisationen und Initiativen an einer viertägigen Konferenz in Moskau. Es wurde beschlossen, einen Verein von »sozialistischen Clubs« zu gründen, und das Recht der Nominierung von Kandidaten bei den Sowjetwahlen gefordert.

Die zuerst von Gorbatschow diskutierte Idee der Frauenräte ist inzwischen aufgegriffen worden. Im ganzen Land bilden sie sich. Trotz starker lokaler Unterschiede versuchen sie anscheinend, sich eine Grundlage zu schaffen und die ihnen am besten passende Rolle herauszuarbeiten. Ihre Delegierten kamen im Januar 1987 bei einer nationalen Frauenkonferenz zusammen, auf der ein Komitee gewählt wurde. Bis jetzt aber gab es nur wenige Anzeichen einer breiteren kritischen Debatte über Lage und Rolle der Frauen in der sowjetischen Gesellschaft, die sich durch feministische Argumente auszeichnet und internationale Erfahrungen aufnimmt.

Gewerkschaften, kommunale Wahlen, Strafrechtsreform

Die Gewerkschaften als die größte »gesellschaftliche Organisation« mit ihren 140 Millionen Mitgliedern zählen bedauerlicherweise noch zu den konservativsten. Gorbatschow fühlte sich auf dem Gewerkschaftskongreß im Februar zu der Beschwerde aufgerufen, daß »einige Gewerkschaftsfunktionäre zu intim mit den Wirtschaftsfunktionären sind«. Er gab Lenins Auffassung über die Rolle der Gewerkschaften in einem sozialistischen Land aus der Kontroverse mit Trotzki 1920/21 wider und bestand darauf: »Die Gewerkschaftskomitees müssen durchweg die Interessen der Werktätigen verteidigen. Offen gesagt: die schlechten Arbeitsbedingungen in vielen Betrieben, die unzureichende medizinische Betreuung, die mangelhaften Aufenthaltsräume — mit all dem haben sich die Gewerkschaftsorganisations an vielen Orten abgefunden.«

Im Juni wurden die Wahlen zu den 50 000 Gemeindegewerkschaften abgehalten. In der großen Masse von ihnen setzte sich die zunehmend als veränderungsbedürftig erkannte Praxis, nur einen Kandidaten zu präsentieren, fort. Allerdings wurden erste vorsichtige Schritte dahin unternommen, den Wählern eine Wahlmöglichkeit zu geben. Bereits im April kündigte eine Resolution des Obersten Sowjet ein neues Wahlsystem »versuchsweise« für 76 Distrikte, 47 Städte, 87 Siedlungen und 859 Landsowjets (das sind etwa 5 %) an. In diesen ausgewählten Sowjets wurden mehr Kandidaten nominiert, als Abgeordnete zu wählen waren — 939 für 740 Mandate. Jene, die nicht gewählt wurden, behandelte man als »Ersatz«-Abgeordnete. Auf einen Wettbewerb, in dessen Rahmen die Wähler irgendwo mit politischen Alternativen konfrontiert wurden, habe ich keine Hinweise gefunden.

Die effektive Entwicklung von Demokratie muß sicher nicht nur die Verbreitung von

alternativen Kandidaturen, sondern ebenso die Möglichkeit zur Folge haben, eine politische Wahl zu treffen. Die Bildung konkurrierender Parteien, die in den frühen Jahren der Sowjetmacht bestanden und von Lenin für normal erachtet wurden, steht in der UdSSR heute nicht auf der Tagesordnung. Es erfordert allerdings die Möglichkeit für die Kandidaten, innerhalb des Rahmens der sowjetischen Verfassung verschiedene Ansichten — etwa zu solchen Fragen wie Atomenergie — zu vertreten, was die Entwicklung eines sozialistischen Pluralismus befördern würde.

Eine Reform des sowjetischen Rechtswesens wird derzeit in Betracht gezogen und von Gorbatschow als ein wichtiges Element im Prozeß der Demokratisierung gesehen. Die Presse enthüllte einige erschreckende Fehlurteile der Gerichte, einschließlich der Erpressung von Geständnissen durch »Maßnahmen physischen Drucks«. Eine Konferenz des Obersten Gerichts verurteilte die seitens einiger Richter (der Verfassung nach »unabhängig«) fortgesetzte stalinistische Praxis, die örtlichen Parteifunktionäre anzurufen, um Instruktionen vor der Urteilsverkündung des Urteils einzuholen.

Die Entlassung von 140 inhaftierten »Dissidenten« schien ebenso wie die Erlaubnis für das Akademie-Mitglied Sacharow, aus dem Exil in Gorki nach Moskau zurückzukehren, einen erhofften Wandel in der offiziellen Haltung gegenüber der Äußerung oppositioneller Ansichten darzustellen. Leider folgte dem nicht die Freilassung von Hunderten anderer aus Gefängnissen, Arbeitslagern und psychiatrischen Anstalten. Die meisten von ihnen wurden gemäß Artikel 70 und 190(1) verurteilt, Artikel, die »antisowjetische Agitation und Propaganda« sowie die »Diffamierung des sowjetischen Staates und des sozialen Systems« zu kriminellen Tatbeständen machen. Diese Artikel werden nun überprüft, aber die Meinungen scheinen gespalten zu sein zwischen jenen, die eine Abmilderung der Vorschriften befürworten, und denen, die die Beibehaltung solcher »Gummi-Paragraphen« — in welcher Form auch immer — sieben Jahre nach Aufrichtung der Sowjetmacht für unvereinbar mit der Demokratisierung halten.

Ermutigend ist die Veröffentlichung der ersten Artikel in der sowjetischen Presse dieses Jahr, die gegen die in der UdSSR noch bestehende Todesstrafe argumentieren. Das ist eine der Fragen, neben den bereits genannten ökologischen, bei denen man die Entwicklung von Lobbies und Interessenverbänden als Merkmale einer sich entwickelnden »società civile« erwarten könnte.

Unerledigte Aufgaben

Die Sowjetunion sieht sich der gigantischen Aufgabe gegenüber, Strukturen sowohl der ökonomischen wie der politischen Sphäre zu ändern, wie sie unter Stalin gebildet wurden und wie sie das Leben der Mehrheit der sowjetischen Bevölkerung hindurch Geltung besaßen. Der Prozess der *perestrojka* ist erst im Anfangsstadium, das machte Gorbatschow klar. In der politischen Sphäre funktioniert noch im wesentlichen das System der Nomenklatura, welches den Zweck hat, das öffentliche Leben auf allen Ebenen der Kontrolle durch die Parteikomitees von oben zu unterstellen. Die oben beschriebenen Entwicklungen haben aber darin Breschen zu schlagen begonnen. Die Zunahme von Initiativen und von Wahlen in öffentlichen Körperschaften und Organisa-

tionen, die von der Nomenklatura-Kontrolle frei sind, wird für demokratischen Fortschritt ebenso entscheidend sein wie die Ablösung der auf Sowjetversammlungen und Parteitaggen immer noch zur Schau gestellten Einmütigkeit durch jene Form offener Kontroversen, wie sie für die Zeit Lenins charakteristisch waren.

Daß die besonderen Läden und andere Privilegien der Nomenklatura trotz der in der *Prawda* vor dem Parteitag in Leserbriefen ausgedrückten Kritik fortbestehen, ist beunruhigend. Dies ist deutlich zu trennen von dem Problem, zur Stimulierung der Produktion jetzt größere Einkommensunterschiede zu fördern. Die Werktätigen sind verärgert über die noch verbreiteten Privilegien. Die meisten aber fühlen sich nicht in der Lage, solche Übel abzustellen. Das Problem, Einstellungen zu ändern und die gesamte gesellschaftliche Dynamik zu rekonstruieren, um von unten ausgelöste Änderungen anzulegen, ist bei weitem nicht gelöst.

Obwohl Gorbatschow das ZK nicht jederzeit soweit mit sich reißen kann, wie er möchte, gibt es keinen Zweifel, daß er die Initiative hat und über eine einzigartige Position und Anerkennung in der Parteiführung und im Sowjetvolk verfügt. Das Juni-Plenum des ZK beförderte drei Protagonisten der »Umgestaltung« zu Vollmitgliedern, darunter den Parteisekretär Alexander Jakowlew, was eine Stärkung der Position Gorbatschows darstellt.

Das stärkste Rückgrat der Umgestaltung des Landes ist in der kreativen Intelligenz (die Journalisten eingeschlossen), unter den Wissenschaftlern und technischen Spezialisten und in den besser ausgebildeten und jüngeren Abteilungen der Arbeiterklasse zu finden. Im Parteiapparat kommt die Unterstützung vor allem von den fähigeren und weitsichtigeren Teilen der jungen und mittleren Generation, deren Initiativen in den »Jahren der Stagnation« hintertrieben wurden und deren Aufstieg blockiert war.

Junge Leute im allgemeinen befürworten vor allem mehr kulturelle Freiheit und entwickeln Ungeduld, den immer noch bestehenden bürokratischen Paternalismus und Konservatismus schneller zu überwinden. Eine Quelle der Unzufriedenheit, besonders unter Studenten, ist die praktische Unmöglichkeit für die Masse von ihnen, den Westen zu besuchen oder zumindest die anderen europäischen sozialistischen Länder genauso leicht zu bereisen, wie es ihre westlichen Kolleg/in/nen tun können. Es gibt inzwischen Hoffnung auf Änderung. Vor allem Gorbatschows kühne und flexible Friedensinitiativen haben breite und begeisterte Unterstützung im sowjetischen Volk erfahren, wobei es kein Geheimnis ist, daß einige Zugeständnisse zur Erleichterung von Über-einkünften mit dem Westen den Militärs zu weit gingen. Allerdings zeigen die Absetzung des sowjetischen Verteidigungsministers und anderer hoher Militärs infolge der Rust-Affäre, daß die Streitkräfte eindeutig unter politischer Kontrolle stehen.

Potentiale des konservativen Widerstands

Auch wenn es keine organisierte Opposition gegen den Kurs der »Umgestaltung« geben dürfte, arbeiten starke Widerstände als »Bremsmechanismus« dagegen. Der sowjetische Theoretiker Anatoli Butenko hat die Aufmerksamkeit auf die Hintergründe und Gefahren gelenkt.

»Ich denke, daß die Umgestaltung derzeit deshalb so langsam voranschreitet, weil genau jene Kräfte, welche die Entscheidungen des 20. Parteitags der KPdSU (1956) nicht vollständig ausführten, keine Änderungen wollen und zu bremsen versuchen. Falls wir nicht vollständig das Wesen und die Positionen dieser Kräfte herausstellen und bekämpfen, wird die 'Umgestaltung' unterbrochen werden, und der Prozeß der Veränderung wird sogar umgekehrt.« Heute, so Professor Butenko, »sehen wir, daß die Bürokratie die soziale Hauptkraft des Bremsmechanismus darstellt.«¹

18 Millionen Menschen arbeiten heute im Verwaltungsapparat. Tatjana Zaslawskaja, die außerordentlich einflußreiche Präsidentin der Sowjetischen Gesellschaft für Soziologie, argumentiert, daß diese Zahl auf vier bis fünf Millionen reduziert werden müsse.² Jene, die sich nunmehr in der Presse als »überflüssige leitende Parasiten«³ beschrieben sehen, betrachten die »Umgestaltung« als höchst unwillkommene Bedrohung ihrer Vorrechte und ihres komfortablen Lebensstils.

Skepsis gegenüber der »Umgestaltung«, bestenfalls Unsicherheit, die sich in einer abwartenden Haltung ausdrückt, besteht auf seiten vieler Arbeiter, die sich so durchwurstelten und im Schongang arbeiteten, wobei bei ihren kleinen Gaunereien die Betriebsleiter, die selbst mit größeren davonkamen, ein Auge zudrückten. »Umgestaltung« erstrebt das Ende dieser Praxen und eine Anhebung der Effektivität und Arbeitsproduktivität. Dies wird für besser Ausgebildete und Motivierte höhere Bezahlung bringen, wohingegen andere, die zu Produktion und sozialem Wohlstand weniger beitragen, Sorge haben, sich schlechter gestellt zu finden, vor allem dann, wenn — wie in Aussicht — die kräftigen Subventionen auf Grundnahrungsmittel allmählich verringert werden.⁴ Stärkere Qualitätskontrollen haben bereits dazu geführt, daß viele ihre Prämien verloren, die sie als selbstverständliche Ergänzung zu ihrem niedrigen Grundeinkommen betrachteten.

Andererseits wurde entschieden, die Gehälter von Lehrern und Ärzten, von denen eine große Mehrheit Frauen sind, in den nächsten fünf Jahren auf das Facharbeiterniveau anzuheben. Der Ausbau des stark vernachlässigten Dienstleistungssektors wird ermutigt. Es wird angestrebt, Millionen von denen zu absorbieren, die durch die Umstrukturierung der Industrie und den Abbau der aufgeblähten Bürokratie überflüssig gemacht werden.

Ein Prüfstein der »Umgestaltung« für die Werktätigen wird sein, wie spürbar sich Lebensstandard, Wohnverhältnisse, Wohlstand und Lebensqualität verbessern. Gorbatschow macht sich keine Illusionen über die Geschwindigkeit, in der das erreicht werden kann. Die große Hoffnung ist, daß inzwischen die schnelle Einführung der Selbstverwaltung am Arbeitsplatz mit dem neuen Gesetz zusammen mit der Entwicklung noch weitreichenderer Demokratisierung der Gesellschaft eine positive Reaktion bei Millionen von Arbeitern hervorrufen wird, die bisher mißtrauisch und unsicher gegenüber der »Umgestaltung« sind, wie es 1968 in der Tschechoslowakei gelang.

Die gewandelte soziale Atmosphäre, die durch Demokratisierung, Selbstverwaltung am Arbeitsplatz und ein unmittelbareres Interesse an Produktionszuwächsen unter dem neuen sowjetischen Unternehmensgesetz geschaffen wird, soll Zeit zu einer Entwicklung der Wirtschaft und mittelfristig zu steigendem Lebensstandard beitragen. Die Möglichkeit, den Reformprozeß zum Stillstand zu bringen und umzukehren, wird

schwanden mit Fortschritten sowohl in Richtung auf eine pluralistische sozialistische Demokratie, die einen eigenen Wert besitzt, als auch hin zu einer veränderten und zunehmend modernisierten Wirtschaft, die der Befriedigung von Konsumbedürfnissen und sozialem Wohlstand höhere Priorität gibt. Eine gut ausgebildete Bevölkerung, die durch Selbsttätigkeit Selbstvertrauen und politische Erfahrung entwickelt, wird sich nicht so leicht diese demokratischen Errungenschaften nehmen lassen.

Die »revolutionäre Umgestaltung« der Sowjetunion wird unter Gorbatschows Schlagwort »mehr Sozialismus, mehr Demokratie« unternommen. Ein langer, steiniger und schwieriger Weg steht bevor. Eine ungeheure Anhäufung von Problemen gilt es zu überwinden, und zweifellos wird es scharfe politische Kämpfe geben. Wer schnellen Triumph erwartet, hat aus der Geschichte nichts gelernt und beschwört Enttäuschung herauf. Aber die prägenden Entwicklungen der letzten zweieinhalb Jahre sind in mancher Hinsicht bereits deutlich weiter gegangen, als irgendjemand von uns erwartete. Sie geben Sozialisten überall Anlaß zu vorsichtigem Optimismus und verpflichten zu Solidarität und zu einem entschlossenen Beitrag zur sowohl für den Weltfrieden als auch für den Erfolg der »Umgestaltung« so wichtigen Abrüstung.

Anmerkungen

- 1 Interview mit *Moskowskaja Prawda* vom 7.5.1987.
- 2 Interview mit *Weg und Ziel*, Wien, Juli/August 1987.
- 3 J. Ambartsumow in *Moscow News* vom 11.1.1987.
- 4 Gorbatschow betonte kürzlich, daß dies nur bei Entschädigung für jene mit niedrigen Löhnen und Renten durchgeführt werden soll.

Detlev Albers

Gorbatschow als »philosophische Tatsache«

Der Titel dieser Zeilen mag überraschen. Ich verdanke ihn einer Beobachtung Antonio Gramscis, der mit eben diesem Ausdruck das Werk und die Bedeutung Lenins in der Geschichte des Sozialismus zu umreißen versucht. Weil es mit dem Oktober 1917 und dank Lenins Beitrag darin gelingt, erstmals einen auf breite Unterstützung der Volksmassen gegründeten, proletarischen Staat zu errichten, weil damit auf einem national begrenzten Territorium die Hegemonie der Arbeiterbewegung Gestalt annehmen kann, von der Idee zur Wirklichkeit gelangt, kommt es in der Konsequenz notwendig auch zu anderen Formen des Denkens, der Erkenntnis.

»Die Verwirklichung eines hegemonialen Apparats determiniert«, laut Gramsci, »indem er ein neues ideologisches Terrain schafft, eine Reform des Bewußtseins und der Erkenntnisethode, er ist eine Tatsache der Erkenntnis, eine philosophische Tatsache.« (A.Gramsci: Philosophie der Praxis, Frankfurt/M. 1967, S.163)

Nun mag diese Beschreibung für Lenin zutreffen, so ließe sich einwenden, wie aber ist es möglich, den gleichen Vorgang für die gerade erst begonnene, in der Relevanz doch offenkundig noch unfertige, ungefestigte »Ära Gorbatschow« in Anspruch zu nehmen? Freilich werden wir dazu ein Stück weit ausholen müssen; so wie es Gramscis Formel unternimmt, die Zäsur der Oktoberrevolution zu erfassen, müssen wir uns heute darum bemühen, die »revolutionäre Reform« Gorbatschows in ihrem tatsächlichen Gewicht zu verstehen. Und zwar wiederum zuerst als Produkt und Veränderung jenes »nationalen Terrains«, auf dem sie sich abspielt, dann aber, dank des unbestreitbaren weltpolitischen Ranges, über den die Sowjetunion inzwischen verfügt, auch im Hinblick auf ihre Ausstrahlung für die internationale Linke, ja, für die Sache der menschlichen Emanzipation.

Gramscis Einschätzung Lenins und der Oktoberrevolution datiert vom Beginn der dreißiger Jahre. Der österreichische Sozialdemokrat Otto Bauer stellt ihr 1936, im tschechoslowakischen Exil, seine Charakterisierung der Sowjetunion als einer »sozialistischen Gesellschaft im Werden« zur Seite (O.Bauer, Zwischen zwei Weltkriegen? In: Werke, Bd.4, Wien 1976, S.275ff.). Beide treffen ihre Aussage angesichts des faschistischen Triumphes in Mitteleuropa, dessen Opfer ihre unmittelbare politische Arbeit wird. Während ihre Hoffnungen auf die »Revolution im Westen« weithin zerstört sind, erscheint die Sowjetunion als das einzig verlässliche Bollwerk sozialistischer Gegenmacht. Dabei urteilt zumindest Bauer in voller Kenntnis der tiefen Deformationen des neuen, aus der Revolution hervorgegangenen Regimes, bis hin zu den mörderischen Schauprozessen Stalins. Daß er dennoch am Gedanken der inneren Entwicklungsfähigkeit, der Reformierbarkeit des Sowjet-Systems festhält, macht ihn jahrzehntelang zur kopfschüttelnd belächelten Unperson in seiner eigenen Parteienfamilie, der internationalen Sozialdemokratie.

Heute, siebenzig Jahre nach dem Beginn der Oktoberrevolution, scheint es mir gleich in mehrfacher Hinsicht wichtig, an die Einschätzung dieser beiden Exponenten des westlichen Sozialismus der Zwischenkriegszeit zu erinnern. Sie spiegelt die enorme Tragweite wider, die sie ungeachtet aller tages- und parteipolitischen Konjunkturen dem Gelingen des »russischen Experiments« beigemessen haben. Sie macht uns, wiederum fünfzig Jahre später, aber auch deutlich, wie weit die hiesige Linke ihren Erwartungshorizont an den Oktober 1917 hatte inzwischen zurücknehmen müssen. Oder, anders ausgedrückt, wie sehr die »philosophische Tatsache Lenin« mittlerweile verdunkelt, der sozialistische Werdensprozeß unerkennbar geworden war, bevor jetzt die Kräfte der Erneuerung von innen heraus zum Zuge kamen.

Denn trotz ihres entscheidenden Anteils an der Zerschlagung des deutschen und europäischen Faschismus, trotz ihres Aufstiegs zum zweitstärksten Staat der Gegenwart hat die geistige oder ideologische, wir können auch sagen: moralische Ausstrahlung der Sowjetunion, nicht annähernd mit dem politischen Machtgewinn Schritt gehalten. Der vorzeitige Abbruch des 1956 auf dem 20. Parteitag eingeleiteten Versuchs, sich kritisch und selbstkritisch dem Erbe der eigenen heroisch-verbrecherischen Geschichte zu stellen, hinterließ dafür bis heute sichtbare Narben. Budapest 1956, Prag 1968, das Kriegsrecht in Polen 1981, dem massiver sowjetischer Druck vorausging — so verschieden die innergesellschaftlichen Krisen in den sozialistischen Nachbar-

ländern auch ausfielen, in der Gegnerschaft von seiten der zur eigenen Reform nicht bereiten östlichen Vormacht finden sie eine verbindende Achse. Als Enrico Berlinguer 1981, angesichts der polnischen Ereignisse, den »Bruch« der größten westlichen KP mit der KPdSU erklärte, weil sich »die vorwärtstreibende Kraft des Oktober 1917 erschöpft« habe, tat er damit nichts anderes, als die überwiegende Auffassung der »Euro-linken«, geprägt vom jahrzehntelangen vergeblichen Warten auf innere Reformen der dortigen Gesellschaft, auszusprechen. Und urteilt Gorbatschow selbst eigentlich substantiell anders, wenn er die gesellschaftlichen Zustände in der Sowjetunion bei Beginn der »Perestroika« als jene einer »Vorkrise« bezeichnet?

Fassen wir zusammen: Wenn es denn stimmt, daß die Verwirklichung sozialistischer Hegemonie, wie sie der Oktober 1917 in Rußland erstmals hervorbrachte, notwendig zu prinzipiell neuen Formen des Denkens, der Moral, des gesamten menschlichen Verhaltens führen mußte, dann unterliegt es keinem Zweifel, daß alle diese Momente gefährdet wurden, sogar verlorengingen, je mehr es unter Stalin und, wenngleich in abgeschwächter Form, unter Breschnew zu Einbußen an hegemonialer Kompetenz und statt dessen zu bürokratischen und gewaltsamen Strukturen der Herrschaftsausübung kam. Wie aber konnte es gelingen, aus einer solchen Situation herauszukommen, angesichts der mehrfach schon im Sande verlaufenen Ansätze zur Wirtschaftsreform unter Chruschtschow und Breschnew, angesichts auch der immer wieder steckengebliebenen Reformbestrebungen in Polen und der heute offen zutage tretenden Grenzen des ungarischen Modernisierungsexperiments? Vielleicht wird man später einmal gerade das nicht-ökonomistische, auf den ersten Blick idealistische Element in den von Gorbatschow initiierten Erneuerungsmaßnahmen als das besonders weitreichende erkennen, das sozialistische Hegemonie in der Sowjetunion von morgen überhaupt erst wieder ermöglichen kann.

Ich meine damit nicht so sehr den zeitlichen Ablauf der Reformdiskussion seit 1985 oder auch ihrer zahlreichen Vorläufer, die allzuoft in den gesellschaftlichen Untergrund abgedrängt wurden. Hier steht die außerordentliche Bedeutung, die der gesamte kulturelle Bereich und namentlich die Literatur für die Vermittlung und Bewahrung der Reformideen übernommen haben, ohnehin außer Frage. Wesentlicher noch scheint mir, daß sämtliche Schlüsselbegriffe der »Ära Gorbatschow« — »Neues Denken«, »Umbau«, »Offenheit«, »Demokratisierung«, »Revolutionäre Reform« — ihren Angelpunkt im geistigen, gesellschaftlichen und politischen Bereich, mithin im »Überbau« finden. Sie schließen die ökonomischen Basisstrukturen, Veränderungen der Arbeits- und Wirtschaftsprozesse zwar ein, formulieren dies aber ausdrücklich nicht als bereits in sich selbst tragfähige oder ausreichende Zielsetzung. Man könnte noch hinzufügen, daß auch auf dem Feld der Außenpolitik die nicht weniger spektakulären Initiativen der Sowjetunion, von der Beseitigung aller Atomwaffen bis zum Jahr 2000 über die Infragestellung der Abschreckungsdoktrin bis zum verstärkten Aufgreifen globaler, die Neuordnung des »gemeinsamen Hauses Erde« verlangenden Probleme von einer entsprechenden nicht-ökonomistischen, die klassische Systemfrage eher zurückstellenden Sichtweise geprägt sind.

Warum kann sich Gorbatschow nicht mit einer Wirtschaftsreform begnügen, conse-

quenter vielleicht, als sie Liebermann und Kossygin in den sechziger Jahren konzipierten? Gewiß nicht, weil sie überflüssig geworden wäre. Zwar findet er allen Bürokratismen und Deformationen zum Trotz sozialistische Produktionsverhältnisse vor; sie leiden an einem Übermaß zentraler Intervention und an Defiziten betriebswirtschaftlicher Effizienz und privater Bedürfnisorientierung. Aber sie bleiben der gesellschaftlichen Gestaltung unvergleichlich offener, als dies jemals in einer kapitalistischen Ökonomie gegeben wäre. Nur ist damit das Problem nicht gelöst, wie denn unter den gegebenen Verhältnissen jene gewaltige gesellschaftliche Kraft zu mobilisieren ist, um innerhalb dieser Produktionsverhältnisse aus den alten Gleisen herauszutreten.

Klar zu umreißen ist wieder einmal nur, was damit offenkundig unvereinbar ist. Ein Geschichtsbild, das von »weißen Flecken« und wirklichkeitsfremden Erfolgskatalogen strotzt, das die heutige Generation ihren Eltern und Großeltern gegenüber zu »Mankurts«, zu Menschen ohne Gedächtnis macht, muß den Mut zu eigenen Reforminitiativen blockieren. Eine Partei und also auch eine Parteiführung, die allgegenwärtig mit dem Anspruch der »wissenschaftlich« allein richtigen Entscheidung auftreten, sind zur Vermittlung kritischen Denkens außerstande. Sozialistische Demokratie, die vom untersten bis zum obersten Sowjet, vom örtlichen Betriebskomitee bis zu den zentralen Planungsinstanzen immer wieder als formales Anhängsel vorgegebener Richtlinien erfahren wird, muß zwischen Regierten und Regierenden Abgründe schaffen. Solange derartige Zustände fortbestehen, werden auch die besten Gesetze zur Wirtschaftsreform nicht greifen.

Einer solchen jahrzehntelang eingespielten Negativpraxis jedoch wirklich zu begegnen, ihr eine positive, Massen bewegende Zielvorstellung entwickelter sozialistischer Demokratie entgegenzusetzen, das verlangt unweigerlich, historisch unerforschtes Neuland zu betreten. Erfahrungen der Nachbarländer unter Einschluß ihrer Krisen, Teilerfolge und Sackgassen vermögen dazu nicht mehr, als diesen oder jenen Anhaltspunkt zu liefern. Auch das Lernen aus den Reformansätzen und deren Scheitern in der eigenen Vergangenheit kann nicht über das umrißhafte Erfassen bestimmter Gefahren, die es zu vermeiden gilt, von Widerständen, die übermächtig werden könnten, hinausgehen. Sogar die »Rückkehr zu Lenin«, zum authentischen Marxismus der Revolutionsperiode, erlaubt gewiß eine bedeutsame, unverzichtbare Selbstvergewisserung. Sie kann zum geistig-moralischen Rückgrat im Ringen um die jetzt erforderlichen tiefgreifenden Veränderungen werden. Aber dies alles ändert doch nichts daran, daß die gesellschaftliche Wirklichkeit der heutigen Sowjetunion wie die Lage der Welt, in die sie eingebettet ist, um Generationen von jener entfernt ist, die Lenin analysiert, und daß also auch die geistigen Instrumente des dortigen Marxismus, ihres Weges von Marx zu Lenin, einer weitreichenden Erneuerung, eines bewußten »Mit-Lenin-über-Lenin-hinaus« bedürfen. Dazu wird nicht zuletzt der Bruch mit der selbstgefälligen, anmaßenden Formel aus der Stalinzeit vom »Marxismus-Leninismus als *dem* (einzigen) Marxismus unserer Zeit« gehören.

Und wie, wenn das alles scheiterte? Denn, daß ein Umbruch von enormer Tragweite einzuleiten ist, daß ihm ebenso enorme Widerstände begegnen, ist längst offenkundig. Es gibt kaum eine Nachricht, die derzeit aus Moskau und der Sowjetunion zu uns

dringt, die dies nicht direkt oder indirekt belegt. Erste Schritte von größter Bedeutung sind bereits getan. Die Verabschiedung eines neuen Parteiprogramms, das Gesetz zur Reform der staatlichen Betriebe, das Überspringen der Aufbruchstimmung auf große Teile der städtischen Bevölkerung, der Intelligenz und der Öffentlichkeit, nicht zuletzt auch die zunehmend deutliche Artikulierung der Reformströmung in der Partei selbst sind hier zu erwähnen. Die unterschrittsreifen oder angebahnten Abrüstungsabkommen mit den USA, die ohne »neues Denken« auf dem Felde der Außenpolitik unerreichbar geblieben wären, gehören ebenfalls in diesen Zusammenhang. Zugute kommt den Reformern in der jetzigen Konstellation überdies, daß die Sowjetunion auf Grund ihrer Stellung in der Weltpolitik über ein besonders großes Maß an nationaler Handlungsautonomie verfügt.

Auf der anderen Seite ist nicht zu übersehen, daß die Kluft zwischen Ankündigung und tatsächlich bewirkter Veränderung noch über weite Strecken fortbesteht. Jahrzehntelang vertane Hegemonie, Einbußen im Wurzelwerk politischer und moralischer Glaubwürdigkeit sind nicht von heute auf morgen zurückzugewinnen, schon gar nicht durch bloße Appelle und allein von oben. Auf dem Spiel stehen ja nicht nur Privilegien der Nomenklatura, ungewohnte Rechenschaftspflichten der unteren, mittleren und hohen Leitungsinstanzen, samt den damit verbundenen personellen Machtkämpfen. Widerstände in diesen Reihen, die Herausbildung einer neuen Form vermeintlich sozialistischen »Konservatismus«, der die eigene Position verteidigt, indem er den sozialen Status quo ante verkündet, die Reform mithin als überflüssig oder gar gefährlich deklariert, das alles ließ sich von vornherein absehen. Aber die eigentliche Bewährungsprobe dürfte doch erst erreicht werden, wenn die Reform unweigerlich einschneidende Veränderungen des Preisgefüges und damit verknüpfte Umstellungen der Arbeits-, Konsum- und Lebensbedingungen anpacken muß.

Hier wird eine enorme Konzentration »neuen Denkens« in größten Teilen der Bevölkerung benötigt. Denn gerade diese Elemente der »Perestroika« erfordern mit dem Übergang von schematisierenden Gleichheitsvorstellungen zu flexiblen, differenzierenden Regelungen oftmals kurzfristigen Verzicht. Sie verlangen ein qualitativ höheres Maß an Engagement, Eigeninitiative und Mitgestalten gesellschaftlicher Planungsvorgaben und werden für dieses Mehr doch nur selten sofortige materielle Kompensation anzubieten haben. Entsprechend massiv ist hier die Gefahr des Scheiterns, mag es unmittelbar auch bloß die Gestalt eines Rückzugs auf nur noch verbale Reformbeschwörungen annehmen.

Die übrige Welt folgt den inneren Auseinandersetzungen in der heutigen Sowjetunion mit einer Spannung, Aufmerksamkeit und Erwartung, die jener nach dem Oktober 1917 nicht entscheidend nachsteht. Erstmals seit siebzig Jahren, und anders, als es das antifaschistische Fanal von Stalingrad seinerzeit ankündigte, könnte die Parole »Schaut auf Rußland« wieder in alle Richtungen des Erdballs zu einem Träger von Hoffnung werden. Es bedarf keiner näheren Begründung, daß unser Jahr für Jahr kleiner, zerbrechlicher werdender Planet — so, wie er mehr denn je auf das Umdenken aller Seiten angewiesen ist — solcher Anstöße zu realem gesellschaftlichem Fortschritt um keinen Preis verlustig gehen darf.

Arthur Hansen und Uli Schöler

»Übergang zur Macht durch das Volk«

Tagung von IMSF und »Sozialismus« zum Thema
»Umbruch in der Sowjetunion« am 5.9.1987 in Frankfurt/Main

Die innerlinke Sowjetuniondebatte (vgl. auch *spw* 37, 351ff.) hat eine produktive Fortsetzung erfahren. Das Besondere dieser zweiten Tagung mit ca. 400 TeilnehmerInnen bestand in der Beteiligung hochrangiger sowjetischer Wissenschaftler an der Diskussion. Gerade die Anwesenheit der sowjetischen Gäste verhinderte die Gefahr abstrakter Sozialismusdebatten. Um so bedauerlicher war die Absage der beiden angekündigten sozialdemokratischen Teilnehmer Peter von Oertzen und Michael Müller.

Abel Aganbegjan, Gorbatschows wichtigster Wirtschaftsberater, referierte über den ökonomischen Umgestaltungsprozeß. Seine wichtigste These: Der Weg extensiver Entwicklung der Ökonomie ist unwiderruflich zuende. Freimütig gestand er ein, daß auch eine rückständige, weil normative Wirtschaftstheorie in diese Sackgasse geführt habe. Mangelnder freier Meinungsstreit habe eine wirkliche Wissenschaftsentwicklung verhindert. Aganbegjan skizzierte anhand eindrucksvoller Beispiele (sie sollten erst einige Wochen später in einer Rede Gorbatschows Wiederverwendung finden) die Notwendigkeit der Preisreform. Er scheute sich nicht, auf die polnischen Politiker als schlechtes Beispiel zu verweisen. Sie ging zu Lasten der sozial Schwachen und wurde nicht auf demokratische Weise durchgeführt. Dennoch bleibt Skepsis angebracht, ob es in der Sowjetunion gelingt, ökonomische Reformen ohne Verschlechterung des Lebensstandards durchzusetzen.

In seiner Absage an Kritiker fand er Unterstützung bei *Hansgeorg Conert*. Die reale Gefahr liege weit mehr im weiteren Brachliegen von Wirtschaftspotentialen als darin, daß neue Keime kapitalistischer Wirtschaftsentwicklung gepflanzt würden. *Timur Timofejew*, Direktor des Moskauer Instituts für Internationale Arbeiterbewegung, fügte in Anlehnung an späte Überlegungen Lenins die Notwendigkeit der Reaktualisierung des Genossenschaftsgedankens hinzu. An Lenin erinnerte auch *Alexander A. Galkin*, Prorektor des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU: »Entwicklung der Demokratie *bis zum Ende*« habe er gefordert. Wie offen und selbstkritisch die sowjetischen Wissenschaftler auftraten, zeigte seine Schlußfolgerung für die neue Phase:

»Anders gesagt, handelt es sich hier um eine prinzipiell neue Etappe der sozialistischen Volksmacht, Demokratie, auf der der Übergang von der Macht im Namen des Volkes zur Macht durch das Volk, von der Demokratie der Einwilligung (des Konsens) zur Demokratie der entscheidenden Mitbestimmung erfolgt.« (DVZ/tat, 18.9.87, S.20)

Die von westeuropäischen Marxisten immer wieder vorgetragene Einschätzung, daß im »realen Sozialismus« die Einheit von Demokratie und Sozialismus im Sinne Rosa Luxemburgs noch einzulösen ist, fand hier eine eindrucksvolle Bestätigung.

Alexander Beltschuk, stellvertretender Direktor des Instituts für Internationale Arbeiterbewegung, ergänzte diese Betrachtungen durch einen Rückblick auf die Geschichte. Er schilderte objektive und subjektive Gründe für die Entstehung des Stalinismus. Noch weitergehend als Gorbatschow in seiner jüngsten Jubiläumsrede forderte er, daß die Historiker »alles neu aufarbeiten müssen«. Viele Seiten der eigenen Geschichte seien verschwiegen und falsch dargestellt worden. Parallele Überlegungen stellte *Theodor Bergmann* an. Seine Schlußfolgerung: Die wichtigste Aufgabe nach Jahrzehnten der Stagnation ist die Weiterentwicklung eines undogmatischen Marxismus. Er erntete nicht nur den größten Beifall, sondern auch den ausdrücklichen Dank Timofejews für diesen anregenden Beitrag, mit dem er vollkommen einverstanden sei. Dies dokumentiert, daß die Ansätze des Alt-KPOLers und unabhängigen Kommunisten Bergmann zur Zeit den Überlegungen der sowjetischen Neuerer näherkommen als die der offiziellen DKP-Vertreter.

Welche Schwierigkeiten die DKP mit dem »Umbruch« hat, ließ sich unschwer aus den Beiträgen des Präsidiumsmitgliedes *Willi Gerns* heraushören. Das Festhalten an »altem Denken« spiegelte sich darin wider, daß er — z.T. wenig überzeugende — Anstrengungen unternahm nachzuweisen, warum ähnlich lautende ökonomische Vorstellungen von Solidarność grundsätzlich konterrevolutionär, die von Gorbatschow aber revolutionär seien. Parteiinterne Schwierigkeiten und Fehler früherer Propaganda einräumend, betonte er zugleich die Begeisterung und Sympathie der deutschen Kommunisten für die Umbruchprozesse in der Sowjetunion. Pfiffe und höhnisches Lachen wurden laut.

Der Schriftsteller *Erasmus Schöfer*, DKP-Mitglied, erläuterte diesen Unmut. Für ihn war die Haltung seiner Parteiführung die einer Schnecke, die noch immer nur vorsichtig die Fühler ausstreckt. Sie erkläre auch den jetzigen Prozeß als gesetzmäßige Entwicklung des Sozialismus und verschleierte so die zugrundeliegenden Probleme. Wie wenig die eigene, vielfach apologetische Haltung der Vergangenheit reflektiert wird, zeigte sich im anschließenden Beitrag *Josef Schleißeins*. Die Haltung der prinzipiellen Solidarität der DKP mit der Sowjetunion habe gerade darin bestanden, daß man sie von ihren Grundlagen und Prinzipien her im Sinne eines sozialistischen Vorwärtsgehens für regenerierbar gehalten habe, durch eigene Kritik und Selbstkritik. Wäre dies richtig, dann hätte die eigene Zustandsbeschreibung der Vergangenheit zumindest einen Erneuerungsbedarf feststellen müssen.

Dennoch: Die Tagung war spannend und produktiv. Der Diskussionsprozeß kommt in Gang. Vielleicht gelingt es in der Folgezeit, auch die wichtigen Fragen *Mechtild Jansens* stärker mit einzubeziehen, auf die die sowjetischen Gäste diesmal noch keine Antwort gaben:

»Ich frage mich auch, wie sich der Willensbildungsprozeß innerhalb der kommunistischen Partei weiterentwickeln soll. Inwieweit gestehen sie auch unterschiedlichen Interessen eigenständige Formationen und Eigenständigkeiten in der Artikulation ihrer Interessen und politischen Ansichten zu, die dann wiederum natürlich zu einem Gesamtprozeß kommen müssen? Wenn Sie beim Einparteiensystem bleiben wollen, wie entwickeln sich dort die Strukturen? Gorbatschow hat schon gesagt, es gibt keinen Absolutheitsanspruch in der Wahrheit — wie ist es mit dem Führungsanspruch?« (DVZ/die tat, a.a.O.)

Besprechungen

Joeres, Ruth-Ellen, und Annette Kuhn (Hrsg.): Frauen in der Geschichte VI. Frauenbilder und Frauenwirklichkeiten. Interdisziplinäre Studien zur Frauengeschichte in Deutschland im 18. und 19. Jahrhundert, Schwann Verlag Düsseldorf 1985 (351 S., br., 36,- DM)

Affeldt, Werner, und Annette Kuhn (Hrsg.): Frauen in der Geschichte VII. Interdisziplinäre Studien zur Geschichte der Frauen im Frühmittelalter. Methoden — Probleme — Ergebnisse. Schwann Verlag, Düsseldorf 1986 (296 S., br., 28,- DM)

Borries, Bodo von, und Annette Kuhn (Hrsg.): Frauen in der Geschichte VIII. Zwischen Muttergottheiten und Männlichkeitswahn. Frauengeschichtliche Unterrichtsmodelle für die Sekundarstufe I, Schwann Verlag, Düsseldorf 1986 (300 S., br., 38,- DM)

Nachdem bereits in *spw* 26 die ersten fünf Bände der Reihe »Frauen in der Geschichte« besprochen wurden, soll hier auf drei weitere eingegangen werden. Sie verdeutlichen ebenso wie die vorher erschienenen Bücher, daß Frauengeschichte ein unabdingbarer Bestandteil unserer Geschichte ist.

Der Band VI enthält einen großen Teil der Beiträge, die auf einem internationalen Forum über Frauenbilder und -wirklichkeiten gehalten wurden. Dort ist aus der Sicht der Geschichts- und Literaturwissenschaft auf die »fortgeschrittenere Entwicklung« (7) in den Vereinigten Staaten hingewiesen worden. Dieser Maßstab wird leider nicht deutlich, auch nicht, wenn zum Beispiel Richard Evans vorschlägt, eine jeweils »eigene Begriffsbestimmung« (46) über den Begriff Feminismus zu entwickeln.

Der Abschnitt über Weiblichkeitsbilder in Kunst und Literatur enthält eine interessante Untersuchung von Mary Jo Maynes über feministische Ansätze in Autobiografien von Arbeiterinnen. Sie stellt zum Beispiel fest, daß die Frage der sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz in der Zeit des frühen Kapitalismus oft aufgegriffen wurde, während über die sexuellen Probleme in den sozialistisch orientierten Familien geschwiegen wird. Sozialistische Biografinnen neigten zudem oft dazu, ihre Situation als gesellschaftlich bestimmt aufzufassen und demgemäß auch für ihre privaten Nöte gesellschaftliche Lösungen zu sehen.

Erwähnenswert ist ein Aufsatz von Karin Walser, die den Mythos der sich prostituierenden Dienstmädchen sehr fundiert widerlegt. Außerdem wird in dem Band das Leben von Fabrikarbeiterinnen thematisiert, was beweist, daß die Materiallage nicht so schlecht ist, wie angenommen wurde.

Der von Werner Affeldt herausgegebene VII. Band über die Frauengeschichte im Frühmittelalter (die Herausgeberschaft von Annette Kuhn beschränkt sich auf ein anderthalbseitiges Vorwort) präsentiert eine Fülle von Ergebnissen eines Forschungsprojektes an der Berliner Freien Universität über das Leben und Sterben von Frauen. Natürlich war es sehr schwierig, aus dem Zeitraum zwischen dem 4. und 10. Jahrhundert unserer Zeitrechnung Quellen zu finden. »Das Spektrum reicht von den archäologischen Quellen verschiedener Art (körperliche Überreste, Grabbeigaben) über me-

dizingeschichtliche (gynäkologische Schriften, Rezeptarien), wirtschafts- und sozialgeschichtliche ..., rechtsgeschichtliche (... Bußbücher) und erzählende Quellen ... bis hin zu theologischem Quellenmaterial ... Der Quellenvielfalt korrespondiert die regionale und chronologische Streuung der Beiträge, die den Umfang des Forschungsfeldes andeutet.« (26) Die Quellen, gegen den Strich gelesen, können durchaus verwertbare Ergebnisse bringen, wenn auch mit einem gewissen Unbehagen angemerkt werden muß, daß die Forscherinnen und Forscher meist im aufgefundenen Stoff hängengeblieben sind, was sowohl das Lesen als auch das Rezensieren erschwert.

In einem auch heute noch aktuellen Beitrag über Empfängnisverhütung hat Andrea Kammeier-Nebel nach der Auswertung von kirchlichen Bußkatalogen, frühen Volksrechte und medizinischen Quellen geschlossen: »Die Vorstellung, daß der Körper der Frau sich durch den Blutfluß von unreinen Substanzen befreie und ein Ausbleiben der Regel zu Krankheit führe, war im Mittelalter weit verbreitet.« (147)

Obwohl nur »Mosaiksteine« vorgelegt werden sollten, wäre es besser gewesen, die Forschungsergebnisse etwas von Fachtermini zu befreien, um das von den Fakten her sehr materialreiche Werk mehr für sozialhistorisch Interessierte nutzbar zu machen, ohne daß man sich vorher in ein Mittelalter-Studium vertiefen muß.

In dem vorerst letzten VIII. Band werden vielfältige Unterrichtsmodelle vorgestellt, die sich mit Frauen in jungsteinzeitlichen Bauerndörfern, Hexenverfolgung, Nationalsozialismus, Überlebens-technik und Männlichkeitskult in Lateinamerika sowie Chancengleichheit in der Bundesrepublik beschäftigen. In einem Plädoyer des Herausgebers Bodo von Borries für den verstärkten Unterricht in Frauengeschichte wird eine neue Sichtweise gefordert: »Wer autobiographische Materialien des 19. Jahrhunderts aus Adels-, Bürgers-, Bauern- und Arbeiterkreisen durcharbeitet, der stolpert geradezu über geschlechtsspezifische Erziehungspraktiken, Arbeitsbelastungen, Lebensansichten, Identitätsentwürfe usw.« (11)

Zusammenfassend kann über die bisher erschienenen Bände zu »Frauen in der Geschichte« festgehalten werden, daß in ihnen eine Fülle von theoretisch wie praktisch verwertbaren Erkenntnissen über die Geschichte von Frauen vom Mittelalter bis heute präsentiert wurde. Viele Arbeiten, die ansonsten als »graue Literatur« in der Versenkung verschwunden wären — Diplomarbeiten, Dissertationen und Forschungsberichte —, sind einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Dafür gebührt den Herausgeber(inne)n und dem Verlag Anerkennung, auch deswegen, weil es bisher einmalig ist.

Kurt Schilde (Berlin/West)

Löw, Raimund, Siegfried Mattl und Alfred Pfabigan: Der Austromarxismus. Eine Autopsie. Drei Studien, isp-Verlag, Frankfurt/M. 1986 (115 S., br., 16,- DM)

Löw, Raimund: Arbeiterbewegung und Zeitgeschichte im Bild 1867-1938. Fotobestände Wiener Archive und Bibliotheken, Junius-Verlag, Wien 1986 (507 S. br., 108,- DM)

Totenbuch Theresienstadt. Damit sie nicht vergessen werden. Junius-Verlag, Wien 1987 (160 S., br., 55,- DM)

Wer heute eine allgemeine Darstellung der Theorie und Praxis des Austromarxismus herausbringt, muß angesichts der Fülle der dazu in den letzten Jahren erschienenen

Publikationen schon deutlich machen, worin das Neue, das Besondere an der eigenen Veröffentlichung besteht. Löw, Mattl und Pfabigan geht es darum, »die zwischenzeitlich bereits international geführte Austromarxismus-Debatte danach zu dimensionieren, wo ihre Bedeutung für eine lebendige Konfrontation über sozialistische Politik heute liegen kann«. Sie fügen gleich hinzu: »Wenn dies vor allem dazu führt, gegen allzu große Erwartungen zu immunisieren, so fühlen wir uns daran nur eingeschränkt schuldig.« (8) Damit sind wir schon beim zentralen Moment dieses Buches: Es werden so gut wie ausschließlich die Schwächen und historischen Irrtümer des Austromarxismus untersucht, wenn man so will, also ein weiterer »Grabgesang«, diesmal aus trotzkistischer Sicht. Dabei ist den Verfassern durchaus nicht der Vorwurf zu machen, daß sie bei der Untersuchung der jeweiligen historischen Zusammenhänge nicht sorgfältig und überprüfbar argumentierten. Sie setzen sich ausführlich mit Gegenpositionen auseinander und kommen zu nachvollziehbaren — wenn auch zum Teil zu angreifbaren — Ergebnissen! Der Vorwurf, der den Verfassern zu machen ist, ergibt sich aus zwei anderen Punkten. Zum einen bleibt die jeweilige historische Alternative, die sie aufzeigen, auf einen abstrakten Revolutionarismus beschränkt, wir werden dies noch am Beispiel sehen. Zum anderen werden alle Aspekte, die die Renaissance des Austromarxismus (Abendroth) als innermarxistische Strömung in der Sozialdemokratie bewirkt haben, die seine Ausstrahlung auf Linksozialisten und Eurokommunisten heute ausmachen, einfach ausgeblendet und nicht diskutiert, so daß ein insgesamt falsches Bild entsteht.

Löw untersucht Theorie und Praxis des Austromarxismus. Eine der Nahtstellen ist — wie auch in anderen Publikationen — die Haltung der österreichischen Sozialdemokratie in der Revolution 1918/19. Er setzt sich in ernstzunehmender Weise mit den Argumenten für den »Verzicht« auf die Revolution und die zeitweilige Koalition mit den Bürgerlichen auseinander. So diskussionswürdig seine Argumente sind, so sehr verfällt er doch am Schluß in eine mythologisierende Betrachtungsweise von der revolutionären Arbeiterklasse einerseits und der bremsenden, den Kapitalismus schützenden (47) Parteiführung andererseits. Als Begründungen kommen so nur Verratstheorien (40) in Betracht. Warum aber konnte dann die KPÖ nie Masseneinfluß gewinnen (41)? Wie kam es, daß die sozialdemokratische Parteilinke, ja zunächst selbst spätere Führer der KPÖ wie Josef Frey die Koalitionspolitik unterstützten? Das ganze Dilemma der trotzkistischen Sichtweise wird da deutlich, wo das auch von heutigen marxistischen Sozialdemokraten hoch geschätzte Gut der Einheit der Arbeiterklasse als ideologisches Instrumentarium zur Verhinderung der Herausbildung einer revolutionären Vorhut angeprangert wird. Hier scheiden sich allerdings die Geister.

Informativ sind Löws Exkurse zu Karl Renner (54ff.) und Max Adler (66ff.), auch wenn bei letzterem immer wieder der Erklärungsansatz durchscheint, seine Positionen als instrumentelle, der Einbindung der Arbeiterklasse in reformistische Politik dienende, darzustellen: weitgehendste Anpassung sozialdemokratischer Politik an das revolutionäre Bewußtsein der Arbeiterschaft (69), Beruhigungsfunktion für die revolutionäre Ungeduld der Massen (71).

Den wichtigsten Aufsatz des Buches stellt *Mattls* Beitrag über »Krise, Politik und

Krisenpolitik bei Otto Bauer« dar. In Weiterführung vorliegender Forschungsergebnisse zeigt er, daß Bauers krisentheoretischer Ansatz nicht in der Lage war, kurzfristige Aktionsalternativen für die Phase ab Ende der zwanziger Jahre aufzuzeigen, daß Instrumentarien des Linkskeynesianismus, wie sie heute diskutiert werden, damals erst in Ansätzen Eingang in die sozialdemokratische Debatte fanden. Aber auch Mattl überzieht in den Schlußfolgerungen, wenn er Bauers planwirtschaftlichen Ansatz schlicht mit einer national beschränkten *stalinistischen* Planungsbürokratie identifiziert (95) bzw. die Unfruchtbarkeit des Austromarxismus ohne Benennung der wesentlichen Unterschiede in einer fatalen Nähe zu bürgerlicher Austeritätspolitik sieht (98).

Die mehr als fragwürdige Herangehensweise *Alfred Pfabigans* in seinem Aufsatz über »Die austromarxistische Denkweise« (102ff.) erklärt Schwächen im Austromarxismus damit, daß es im zeitgenössischen Österreich nicht die intellektuellen Voraussetzungen gab, den Marxismus adäquat zu verstehen (102f.). Max Adlers philosophische Haltung zu Kant, Hegel und Marx, an der es mit Recht einiges zu kritisieren gibt, wird bei ihm zu einem »betrügerischen« Umgang mit dem Marxismus (107). Die praktischen und theoretischen Leistungen der Austromarxisten im Bereich der politischen Kultur werden bei Pfabigan zum »vom marxistischen Standpunkt weitgehend irrelevanten (!) 'Kulturideal'« (108). Es ist mehr als bedauerlich, daß der Nachlaß Max Adlers ausgerechnet von jemandem bearbeitet wird, der mehr an der Entlarvung, denn an einer fruchtbaren Nutzung des Werkes dieses kritischen Denkers interessiert ist. Pfabigans Beitrag erfüllt das, was mein Fremdwörterbuch neben »Besichtigung« noch als Bestimmung des Wortes Autopsie (vgl. Buchtitel) angibt: »Leichenschau«.

Mit einer anderen Publikation haben sich *Löw* und der Junius-Verlag ein unschätzbares Verdienst erworben. Die Erschließung der Fotobestände Wiener Archive und Bibliotheken ist eine bisher einzigartige Pionierarbeit. Aufgeschlüsselt nach dem jeweiligen Standort werden hier entlang einer sorgfältigen Gliederung alle Bestände aufgelistet, die einzelnen Bilder kurz beschrieben, wobei jede Seite des gut 500 Seiten starken Bandes durch ein Bild illustriert ist. Vorangestellt ist eine Auflistung der Fotoarchive und ihrer Benutzungsbedingungen. Der erste Teil folgt einer zeitlichen Chronologie für den Zeitraum zwischen 1867 und 1938, wobei die Maifeiern jeweils gesondert hervorgehoben sind. Es folgen die sozialdemokratischen Parteitage bzw. die Tagungen der Internationale. Die weiteren Abschnitte sind nach Organisationen gegliedert: Tschechische Sozialdemokraten in Wien, Frauenbewegung, Jugendbewegung, Kulturbewegung, Freidenker/Religiöse Sozialisten, Naturfreunde/Arbeitersport und Schutzbund. Es folgen die Bilder über Österreicher im Spanischen Bürgerkrieg, über das Rote Wien und über die verschiedenen kommunistischen Gruppen bzw. die christliche Arbeiterbewegung. Die beiden letzten großen Kapitel sind der Gewerkschaftsbewegung und dem Bereich der Wirtschaft (Konsumvereine etc.) gewidmet.

Für den Benutzer von größtem Wert ist das Register über Personen und Porträts am Schluß, das allein fast 200 Seiten umfaßt. Hier finden sich, sorgfältig zusammengestellt, alle wichtigen Persönlichkeiten der internationalen Arbeiterbewegung, wobei natürlich der sozialdemokratische Teil überwiegt. Bei jedem einzelnen ist eine kurze biographische Notiz angefügt. Schon in dieser Hinsicht ist das Register eine wahre

Fundgrube. Es ist ein absolutes Muß für jede Universität, für jedes Institut, für jede Bildungseinrichtung. Es ist ein hervorragendes Arbeitsmittel, das es erleichtern wird, dem beständigen Rückgang an Interesse für Theorieprodukte, für bleiwüstengefüllte Bücher dadurch zu begegnen, daß die gelebte, lebendige Geschichte der Arbeiterbewegung auch visuell wieder der nachwachsenden Generationen nähergebracht werden kann. Deshalb sollte jeder dort, wo er kann, für seine Anschaffung sorgen.

Diese Empfehlung kann man gleichermaßen für das dritte hier zu besprechende Buch abgeben. Sicher mag es Verwunderung auslösen, wenn es im Zusammenhang mit den beiden anderen rezensiert wird. Wo ist der Zusammenhang? Diese Frage stellte sich auch dem Rezensenten, als der Verlag ihn bat, dieses Buch ebenfalls zu besprechen. Nun, es gibt zunächst einen formalen: Den Kern des Buches bildet eine ebenfalls lange, 160 Seiten umfassende, in diesem Falle allerdings bedrückende Namensliste — das eigentliche Totenbuch des KZ Theresienstadt. Es ist die peinlich genaue Auflistung aller aus Österreich in dieses KZ Deportierten, der Nachdruck einer hektographierten Liste als »Ausdruck mechanisierter Vollkommenheit in der nazistischen Mordmaschinerie«, wie in der Einleitung treffend bemerkt wird. Und hinter jedem Namen verbirgt sich ein grauenhaftes Schicksal.

Unter diesem Aspekt läßt sich auch die Namensliste, das Register des anderen Bandes noch einmal durchforsten, und man stößt — und dies ist nur eine Auswahl — auf folgende Todesdaten bekannter Persönlichkeiten der deutsch-österreichischen Arbeiterbewegung: Robert Danneberg (1942, KZ Auschwitz), Alexander Eifler (1945, KZ Dachau), Roman Felleis (1945, KZ Buchenwald), Otto Felix Kanitz (1940, KZ Buchenwald), Luise Kautsky (1944, KZ Auschwitz), Käthe Leichter (1942, KZ Ravensbrück), Jura Soyfer (1939, KZ Buchenwald). Und schließlich: Ludwig Czech (1942, KZ Theresienstadt), von 1921 bis 1938 Vorsitzender der deutschen sozialdemokratischen Partei in der Tschechoslowakei. Beschäftigung mit der Geschichte der Arbeiterbewegung heißt also auch immer Beschäftigung mit der Phase der barbarischen Ausrottung nicht nur der Juden, sondern auch der Kader der Arbeiterbewegung. Diese Mahnung, die Phase des Faschismus nicht zu verdrängen und zu vergessen, wird durch Publikationen wie diese wachgehalten. Das Totenbuch ist eingeleitet durch sachkundige Erläuterungen von Politikern wie Bruno Kreisky, von Wissenschaftlern, von jüdischen und christlichen Kirchenvertretern. Interviews, Berichte und Briefe geben authentischen Einblick in das Denken und Fühlen der Betroffenen. Es ist sicherlich nur ein Zufall, aber dennoch ein Beweis für das »andere« Österreich, daß das Buch im Jahr der Waldheim-Affäre erscheint.

Uli Schöler (Bonn)

Albers, Detlev: Sozialismus im Westen. Erste Annäherungen: Marxismus und Sozialdemokratie. Argument Verlag, West-Berlin, Hamburg 1987 (268 S., br., 22,- DM)

Wer die politisch-publizistischen Arbeiten von Detlev Albers über die vergangenen Jahre verfolgt hat, dem bietet diese Sammlung von Aufsätzen, Essays, Artikeln und Kritiken — zumeist aus der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, dem *Argument* und nicht zuletzt aus dieser Zeitschrift — auf den ersten Blick nur wenig Neues. Doch der Schein trügt: Mag einem ein nicht unbeträchtlicher Teil dieser Beiträge sogar über den

eigenen Redakteurstisch gewandert sein, so sind sie doch mit Gewinn an Erkenntniszusammenhängen neu zu lesen und zu verarbeiten.

Es ist vor allem die Konzeption des Bandes, die durchdachte Zusammenstellung der Beiträge, die Zusammenhänge eines sich entwickelnden politischen Denkens offenlegt. So ordnen sie sich zu Fragmenten einer politisch-strategischen Konzeption, die wahrscheinlich eben fragmentarisch bleiben muß, weil sie im Werden begriffen ist und sich als eine im Werden begriffene versteht.

Die Beiträge des ersten Teils, grundlegend für alle nachfolgenden, formulieren das »Marxismusverständnis« des Autors. Seine Kritik gilt einem in formelhaften Lehrsätzen und Dogmen erstarrten Marxismus, wie er über Jahrzehnte die Ideologie der Zweiten und der Dritten Internationale gleichermaßen bestimmte. Vulgarisiertes Dialektikverständnis und die Schematisierung seines lebendigen kritisch-analytischen Instrumentariums führten zur Verflachung und letztlich zur Krise des theoretischen Marxismus. Bei dem programmatischen Titel »Sozialismus *im Westen*« wäre es vielleicht angebracht gewesen, der unglückseligen Tradition marxistischer Theoriebildung und -vermittlung »im Osten« — von Plechanow über Bucharin bis Suslow — sowie ihrem nachhaltigen Einfluß auch in der westeuropäischen Linken mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Dies gilt freilich nicht minder für Ursachen und Bedingungen des Niedergangs und Verfalls marxistischer Positionen in den sozialdemokratischen Parteien »des Westens«. Der Kampf um die Erneuerung des Marxismus und seine Wiederverankerung in den sozialdemokratischen Parteien erfordert diese zuweilen unbequeme Auseinandersetzung mit seiner theoretischen Tradition.

Daß die Erneuerung marxistischer Theorie gerade auch aus der eigenen Geschichte mächtige und vorwärtsweisende Impulse empfangen kann, hat Albers mit der Wiederentdeckung von Antonio Labriola, Antonio Gramsci und Otto Bauer eindrucksvoll unterstrichen. Nicht verwundern kann daher der permanente Rückbezug auf Gedanken, Begrifflichkeit und konzeptionelle Elemente dieser drei großen marxistischen Theoretiker, deren Werk wohl nicht zufällig ebenfalls den Charakter des Fragmentarischen, des nicht ein für alle Mal Fertigen trägt.

Ein Gedanke Otto Bauers, geboren in der Auseinandersetzung mit Max Adler, scheint Albers besonders bedeutsam zu sein: Der Marxismus entwickelt sich nicht nur aus sich selbst heraus weiter, er kann und muß auch Impulse aufgreifen, sich Herausforderungen stellen und Probleme aufgreifen, selbst wenn sie aus der bürgerlichen Wissenschaft kommen und das eigene methodische Instrumentarium an ihnen zur Anwendung bringen. Die »globalen Probleme«, die neuerlich auch »im Osten« große Beachtung finden und mit dem gebotenen Ernst diskutiert zu werden beginnen, sind von den Organisationen der traditionellen Arbeiterbewegung hierzulande nicht entdeckt, geschweige denn bis heute hinreichend begriffen oder verarbeitet worden. Dieser Prozeß, vor Rückschlägen nicht gefeit, hat erst jetzt begonnen.

Detlev Albers beschränkt die globalen Probleme in seinen Beiträgen nicht auf die ökologische und die Friedensfrage. Bedrückender noch scheinen ihm die dramatische Entwicklung und die düsteren Perspektiven des Nord-Süd-Verhältnisses zu sein. Überraschen mag die Unbefangenheit, mit der Albers die Formel vom »Frieden mit der

Natur« — sie stammt von dem bürgerlichen Philosophen Klaus Michael Meyer-Abich und fand 1983 sogar in die offizielle Wahlkampfprogrammatik der SPD Eingang — positiv aufnimmt, weil sie ihm, bei allen Unzulänglichkeiten, eine zutreffende Richtungsangabe zu enthalten scheint.

Marxisten vergeben sich nichts, wenn sie bisweilen auch Forschungsergebnisse und Resultate der bürgerlichen Wissenschaft akzeptieren und den eigenen konzeptionellen Ansätzen zugrundelegen. Dies gilt im Falle von Detlev Albers namentlich für die Studie *Global 2000*. An den empirischen Analysen und Schlußfolgerungen dieses Berichts an den amerikanischen Präsidenten kommt niemand vorbei, der die globale ökologische Bedrohung nicht für eine bloße Chimäre oder eine Erfindung finsterner Ideologen hält. Sie müssen genauso ernstgenommen werden, wie die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus in ihrer Zeit die Ergebnisse der modernen naturwissenschaftlichen Forschung rezipierten und theoretisch zu verarbeiten suchten. Der in dieser Hinsicht von Detlev Albers zusammen mit Lothar Peter in dem Aufsatz »Natur, Technik, Sozialismus« unternommene Versuch, die Grundlagen einer Verbindung des Marxismus mit der Natur- und Ökologiefrage zu umreißen, vermag, tastend und etwas lehrbuchhaft, wie er wirkt, nicht ganz zu überzeugen.

In der Frage des Verhältnisses der Ersten zur Dritten Welt scheut Albers selbst die Auseinandersetzung mit einer Autorität wie dem ehemaligen Vorsitzenden der Unabhängigen Nord-Süd-Kommission, Willy Brandt, nicht. Den Begriff des »gesunden Eigeninteresses«, aus dem heraus, wie Willy Brandt meint, die Völker der Ersten Welt zu einer gerechteren Gestaltung ihres Verhältnisses zu denen der Dritten bereit sein müßten, hält Detlev Albers für höchst problematisch. Ihm geht es in seiner Replik letztlich um eine neue Solidarität, einen neuen Internationalismus, erneuert eben im Angesicht und im Bewußtsein der globalen Bedrohung der gesamten Menschheit, mag dies auch freiwillige Einschränkung und Konsumverzicht für die vergleichsweise saturierten Völker der Ersten Welt bedeuten.

Nach Albers' Überzeugung »wird die Linke in der sogenannten Ersten Welt, in Westeuropa, in der Bundesrepublik erst dann wirklich hegemoniefähig werden, wenn sie eine allen Umbrüchen der Gegenwart gewachsene Alternative, eine global wie vor Ort gleichermaßen schlüssige, aufeinander bezogene Veränderungsstrategie hervorzubringen versteht« (244). Die vielzitierte »alte soziale Frage«, die Brechung der internationalen Kapitalherrschaft und der Logik ihres Systems, ist durch die globale Herausforderung nicht von der Tagesordnung abgesetzt; sie ist vielmehr das Geheimnis der letzteren. Aber sie erfordert heute, darin hat Detlev Albers unzweifelhaft recht, die Wiederaneignung einer »weltsozialistischen Perspektive«, die anders als die alte, verlorengegangene keine abstrakt-utopische Hoffnung mehr sein kann, sondern in konkrete Handlungs- und Veränderungsstrategien münden muß.

Rainer Diehl (Bonn)

Über die Autorinnen und Autoren

Albers, Detlev, geb. 1943; Hochschullehrer an der Univ. Bremen am FB Arbeitslehre/Politik. Veröffentlichungen u.a.: *Versuch über Bauer und Gramsci* (1983); *Über Irsee hinaus* (Mitautor 1987); *Sozialismus im Westen* (1987). Mitglied in SPD und GEW, Vertreter der Bremer SPD in der Programmkommission beim Parteivorstand, Mitherausgeber der *spw*

Bierbaum, Heinz, geb. 1946; Redakteur der Zeitschrift *Sozialismus*

Bischoff, Joachim, geb. 1944; Redakteur der Zeitschrift *Sozialismus*

Böge, Völker, geb. 1952; Sozialwissenschaftler. Arbeitsschwerpunkte: Friedenspolitik, Sicherheitspolitische Alternativen. Mitarbeit in der Bundesarbeitsgemeinschaft »Frieden« der Partei Die Grünen

Brandt, Peter, geb. 1948; Historiker. Arbeitsgebiete: Geschichte der Arbeiterbewegung, Bürgertum und bürgerliche Umwälzung im 18. und 19. Jahrhundert. Mitglied in SB und ÖTV

Detje, Richard, geb. 1954; Redakteur der Zeitschrift *Sozialismus*

Diehl, Rainer, geb. 1951; Redakteur der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*; Mitglied des SPD-Bezirksvorstands Mittelrhein, der Bundesprogrammkommission und der Historischen Kommission beim Parteivorstand; Mitglied in SPD, IG Druck und Papier, AWO, Greenpeace

Dietrich, Frank-Axel, geb. 1957; Rechtsanwalt. Mitglied in SPD, ÖTV und ACE. Mitglied des Landesvorstandes der Berliner Jungsozialisten und Delegierter zum Bundeskongreß der Jungsozialisten 1987

Hansen, Arthur, geb. 1955; Mitglied in SPD, GEW, SJD-Die Falken; Mitglied im Bezirksvorstand der Jungsozialisten Mittelrhein

Hindels, Josef, geb. 1916; kfm. Angestellter, Sekretär der Gewerkschaft der Privatangestellten. Mitglied der SPÖ und stellv. Vorsitzender des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Mitherausgeber der *spw*

Jansen, Mechtild, geb. 1952; 1975 bis 1978 Vorsitzende des SHB, 1978 Ausschluß aus der SPD, Mitglied der GEW und des Büros des »Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit«. Veröffentlichungen zu Fragen des demokratischen Kampfes, der Frauen- und der Friedensbewegung in der BRD

Johnstone, Monty; Historiker. Arbeitsgebiete: Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung, Stalinismus; Strategien der westeuropäischen Arbeiterbewegung. Mitherausgeber der englischen Marx-Engels-Werkausgabe. Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Großbritanniens (CPGB)

Pausch-Gruber, Ursula, geb. 1933; Mitglied der SPD, des Bayerischen Landtages und des SPD-Landesvorstandes Bayern. AsF-Landesvorsitzende und Mitglied der Deutschen Journalisteneunion (dju) in der IG Druck und Papier. Mitherausgeberin der *spw*

Rudolph, Karsten, geb. 1962; Studium der Geschichtswissenschaft und Germanistik an der Ruhr-Universität Bochum. Vorsitzender der Jungsozialisten im Bezirk Westliches Westfalen. Mitglied in SPD, GEW und DFG-VK

Schilde, Kurt, geb. 1957; Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler. Arbeitsschwerpunkte und Veröffentlichungen: Jugendarbeit und Sport. Regional- und Sozialgeschichte und ihre Didaktik, Jugendopposition im Faschismus, Kulturindustrie und Ideologie. Mitarbeit in der Berliner Geschichtswerkstatt

Schöler, Ulrich, geb. 1953; Jurist. Doktorand. Mitglied in SPD und ÖTV.



Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

Inhaltsverzeichnis
10. Jahrgang 1987
***spw* 34 bis 38**

***spw*-Verlag Berlin/West**

Herausgeber/Herausgeberinnen: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Jürgen Egert (Berlin-West), Katrin Fuchs (Verl), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Ursula Pausch-Gruber (Kairindach), Olaf Scholz (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Kurt Wand (Hamburg), Klaus-Peter Wolf (Frankfurt/M.), Burkhard Zimmermann (Berlin-West)

Ständige Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen: Burchard Bösche (Frankfurt/M.), Arno Brandt (Hannover), Hillevi Burmester (Berlin-West), Peter Ellinghausen (Berlin-West), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Bonn), Alfred G. Frei (Singen), Herbert Grimberg (Niedernhausen), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth-Kerth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Hagen), Peter Pelinka (Wien), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg)

Redaktion: Jürgen Blume, Joachim Günther, Frank Heidenreich, Michael Karnatz, Dieter Scholz, Andreas Wehr, Hans Willi Weizen, Andreas Westphal

Sekretariat: Christina Hausberg

Redaktion und Auslieferung: Tegeler Straße 6, D-1000 Berlin 65, Telefon (030) 461 70 83

Werbung: Matthias Zipser

Verlag: spw-Verlag/Redaktion GmbH, HRB 13699, Tegeler Straße 6, D-1000 Berlin 65
Geschäftsführer: Joachim Günther, Frank Heidenreich, Andreas Wehr

ISSN 0170—4613

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1987.

Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Druck: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.

Umschlaggestaltung: Jürgen Holtfreter. — Auflage 1.-3. Tausend Dezember 1987.

Die *spw* erscheint 1987 in 5 Hefen mit einem Jahresumfang von 480 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. Der Buchhandelspreis beträgt 9,50 DM, in der Republik Österreich 70,- ÖS, in der Schweiz 9,- sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,- DM zuzüglich Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 7,50 DM (55,- ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinschrift, einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 13 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 502 83 00 (BLZ 100 101 11)

Postgiroamt Berlin-West 109 974 — 105 (BLZ 100 100 10)

Editorials und Verlagsmitteilungen

Editorial	34/ 3
Verlagsmitteilungen	34/ 4
Editorial	35/ 99
Verlagsmitteilungen	35/100
Editorial	36/195
Verlagsmitteilungen	36/197
Editorial	37/291
Verlagsmitteilungen	37/292
Editorial	38/387
Verlagsmitteilungen	38/389

Aufsätze

<i>Albers, Detlev</i> : Sozialdemokratische Programmthesen. Alternativen zu Irsee	35/141
<i>Albers, Detlev</i> : Gorbatschow als »philosophische Tatsache«	38/460
<i>Baechler, Günther, und Christiane Rix</i> : Abrüstung oder Abschreckung? Zum Streit in der Nato über die »Null-Lösung«	34/ 16
<i>Bierbaum, Heinz, Joachim Bischoff und Rainer Detje</i> : Individualität und Solidarität. Zu einem zentralen Defizit des Irseer Entwurfs	38/424
<i>Bischoff, Joachim</i> : s.u. <i>Bierbaum, Heinz</i>	
<i>Blume, Jürgen</i> : Entfremdung bis zum Wahnsinn. Zu Georg Büchners »Lenz«	35/128
<i>Böge, Volker</i> : Bundesrepublik—Frankreich. Militärkumpanei statt Völkerfreundschaft	38/403
<i>Brandt, Arno</i> : Zukunft von Arbeit und Technik. Kapitalistische Modernisierung oder arbeitsorientierte Gestaltung?	35/177
<i>Brandt, Arno</i> : Demokratische Wirtschaft — Zielvorstellung ohne Strategie	35/180
<i>Brandt, Peter</i> : Die kommunistische Konzeption der »Volksfront« in der Geschichte der Arbeiterbewegung	38/414
<i>Brüggemann, Mathias, Hillevi Burmester, Alexander van Dülmen, Sabine Güllesen, Stefan Lenhardt und Felix Welti</i> : Abi-Deform — Schüler aktiv für Ansprüche an Leben und Zukunft	37/326
<i>Burmester, Hillevi</i> : Feministische Mädchenarbeit	37/322
<i>Burmester, Hillevi</i> : s.u. <i>Brüggemann, Mathias</i>	
<i>Butterwegge, Christoph</i> : Bilanz und Perspektiven der Boykottbewegung	37/332
<i>Christ, Rainer</i> : Sozialpolitik: Umbau statt Abbau	35/183
<i>Detje, Rainer</i> : s.u. <i>Bierbaum, Heinz</i>	
<i>van Dülmen, Alexander</i> : s.u. <i>Brüggemann, Mathias</i>	
<i>Ernst, Britta</i> : Frau und Mann — Trotz alledem: An der Familie soll nicht gerüttelt werden	35/160
<i>Fuchs, Anke</i> : Denn am Tun, nicht am Reden werden wir gemessen. SPD und Jugend	37/309
<i>Gaus, Günter</i> : Berlin in Deutschland	36/216
<i>Güllesen, Sabine</i> : s.u. <i>Brüggemann, Mathias</i>	
<i>Günther, Joachim</i> : Abschied von der Politik? Die SPD im Bundestagswahlkampf	34/ 55
<i>Guggemos, Michael</i> : Kräftesammeln für bessere Zeiten. Jugendpolitische Aufgaben von Jusos und SPD	37/296
<i>Heidenreich, Frank</i> : Woher wir kommen — Geschichtsbilder und Zeitanalyse	35/151
<i>Heidenreich, Frank</i> : Zu Leben und Werk Antonio Gramscis	37/340
<i>Heimann, Gerhard</i> : Sozialdemokratische Ostpolitik nach Nürnberg	36/225
<i>Herbst, Carla</i> : Ökologisch wirtschaften — Natur und Gesellschaft im Kapitalismus	35/174
<i>Hindels, Josef</i> : Rechtsruck in Österreich	34/ 44
<i>Hindels, Josef</i> : Die Sowjetgesellschaft siebenzig Jahre nach der Oktoberrevolution	38/442
<i>Holtfort, Werner</i> : Ein Meisterwerk der Unvernunft. Volkszählung '87	35/118

<i>Jansen, Mechtild</i> : Plädoyer für eine positive Friedensdoktrin. Perspektiven der Friedensbewegung	38/395
<i>Johnstone, Monty</i> : Demokratisierung der Sowjetunion. Probleme und Perspektiven	38/450
<i>Karnatz, Michael, Heinrich Lienker und Andreas Wehr</i> : Zu neuen Ufern? Thesen zur Situation der SPD und zu den Aufgaben der Linken	34/ 48
<i>Kremer, Uwe</i> : Mit den jungen Menschen nach vorn? SPD-Jugendpolitik altväterlich	35/162
<i>Kremer, Uwe</i> : Moderner Sozialismus — Eckpunkt der Strategiebildung	36/274
<i>Kremer, Uwe, und Susi Möbbeck</i> : Anspruchsvoll und offensiv — die jugendpolitische Orientierung	37/319
<i>Kryszon, Sabine</i> : Andere Jugend — Andere Politik? Neuere Studien und gewerkschaftliche Konsequenzen	34/ 25
<i>Lennerdt, Stefan</i> : s.u. <i>Brüggemann, Mathias</i>	
<i>Lienker, Heinrich</i> : s.u. <i>Karnatz, Michael</i>	
<i>Möbbeck, Susi, und Karsten Rudolph</i> : Die »neue« Generation als Schnittstelle des Umbruchs. Jugend und Klassenformierung	37/303
<i>Möbbeck, Susi</i> : s.u. <i>Kremer, Uwe</i>	
<i>Mohri, Michael, und Carmen Rudolph</i> : Hattingen ist nur der Anfang! Konferenz der Jusos Westliches Westfalen zur Stahlkrise, 30.5.1987	37/358
<i>Neumann, Kurt</i> : Unser Staat? Politik in der kapitalistischen Klassengesellschaft	35/169
<i>Neurath, Bruno</i> : Erinnerung an einen kreativen Dogmatiker. Max Adler starb vor 50 Jahren	36/198
<i>Pelinka, Peter</i> : Abschied von der Vollbeschäftigung?	37/336
<i>Reusch, Jürgen</i> : Die Linke nach den Wahlen	34/ 65
<i>Ristau, Malte</i> : Zur Zukunft der Jusos als Jugendverband	37/313
<i>Rix, Christiane</i> : s.u. <i>Baechler, Günther</i>	
<i>Rudolph, Karsten</i> : s.u. <i>Mohri, Michael</i>	
<i>Rudolph, Karsten</i> : Neokonservative Tendenzwende in der Geschichtswissenschaft	34/ 8
<i>Rudolph, Karsten</i> : Konzentrierter Eingriff. Die »Randglossen« der Jusos zum Irseer Programmentwurf	38/431
<i>Rudolph, Karsten</i> : s.u. <i>Möbbeck, Susi</i>	
<i>Schneider, Dirk</i> : Chance oder Unglück? Die »20 Thesen« der AL Berlin im Meinungsstreit	36/239
<i>Schöler, Uli</i> : Wer kennt heute noch Max Seydewitz?	35/101
<i>Schöler, Uli</i> : Grundsätze: Sozialistische Zielperspektive oder sozialdemokratischer Wertheimmel	35/154
<i>Scholz, Olaf</i> : Politik des Friedens: Entspannung und Abrüstung als Programm	35/165
<i>Stratmann, Eckhard</i> : Was heißt denn hier »links«? Eine organisierte Auseinandersetzung tut not	34/ 60
<i>Vogel, Ursula</i> : »Erzählen ist Sinngabe«. Zu Christa Wolfs »Störfall«	37/363
<i>Wehr, Andreas</i> : s.u. <i>Karnatz, Michael</i>	
<i>Wehr, Andreas</i> : Probleme einer zweiten Phase der Entspannungspolitik	36/232
<i>Wehr, Andreas</i> : Zwischen allen Fronten. Zur Deutschlandpolitik der Grünen	36/252
<i>Weinzen, Hans Willi</i> : Ökonomische Kooperation als drittes Element der Entspannung	34/ 14
<i>Weinzen, Hans Willi</i> : Die zweite Phase der Entspannung — ohne Programm?	35/167
<i>Weinzen, Hans Willi</i> : Eigenständiges Westberlin oder elftes Bundesland? Zur Berlin-Diskussion der Alternativen Liste	36/245
<i>Welti, Felix</i> : s.u. <i>Brüggemann, Mathias</i>	
<i>Wendt, Michael</i> : Konzepte für eine alternative Berlin-Politik	36/242
<i>Wolf, Frieder Otto</i> : Bruchvermeidung als Programm. Zur Irseer Ortsbestimmung der bundesdeutschen Sozialdemokratie	36/266

Kommentare und Berichte

<i>Brünig, Sabine, und Hillevi Burmester</i> : »Was finden die Kerle daran?« Zweiter Juso-Frauenkongreß	36/263
<i>Burmester, Hillevi</i> : s.u. <i>Brünig, Sabine</i>	
<i>Christ, Rainer</i> : Anmerkungen zum Bruch der rot-grünen Koalition in Hessen	34/ 75
<i>Christ, Rainer</i> : Die Parteilinke nach der Bundestagswahl: Sitzung des Frankfurter Kreises am 30./31. Januar 1987 in Bonn	34/ 81
<i>Christ, Rainer</i> : Neu gemischt. Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz	36/201

<i>Dietrich, Frank-Axel:</i> »Unsere Utopien sind die Wirklichkeit von morgen!« Bundeskongreß der Jungsozialisten	38/409
<i>Egert, Jürgen:</i> Vom Versuch, Rosa Luxemburg ein zweites Mal zu ermorden	34/ 6
<i>Fieguh, Kai:</i> Die »kleine Wende« und die Schwäche der Linken. Anmerkungen zum Hamburger Wahlergebnis	36/203
<i>Frohmann, Armin:</i> Tagung der Historischen Kommission der SPD am 12. und 13.3.1987 in Bonn	35/189
<i>Fuchs, Katrin:</i> Null-Lösung: Die Chance nutzen!	35/110
<i>Göll, Edgar:</i> Vom »Kommunistischen Manifest« zum Irseer Programmwurf. 7. Neulandgespräch der SPD OWL in Bielefeld	36/271
<i>Günther, Joachim:</i> Kreuzberger Nächte	36/213
<i>Hansen, Arthur, und Uli Schöler:</i> »Übergang zur Macht durch das Volk«. Tagung von IMSF und »Sozialismus« zum Thema »Umbruch in der Sowjetunion« am 5.9.1987 in Frankfurt/Main	38/465
<i>Hybner, Jossi, und Karl Heinz Kauß:</i> Wissenschaftlich-politisches Kolloquium zum Irseer Programmwurf in Freudenberg vom 4. bis 8.3.1987	35/187
<i>Kauß, Karl Heinz:</i> s.u. <i>Hybner, Jossi</i>	
<i>Keller, Waltraud:</i> »... erbitterte Herzen weicher machen«. Weltfrauenkonferenz in Moskau	37/355
<i>Michal, Wolfgang:</i> Einwurf	35/132
<i>Michalski, Bettina:</i> Angst vor dem Konflikt? § 218 und der Bundeskongreß der AsF vom 16. bis 18.10.1987	38/392
<i>Moderegger, Annegret:</i> »Hessen wählt hessisch«	35/104
<i>Möller, Gerwin:</i> Die Bremer SPD vor den Bürgerschaftswahlen. »Rot-grün« kein Thema in Bremen?	35/126
<i>Neumann, Kurt:</i> Mit dem Strom. Gedanken zu einem historischen Rücktritt	35/106
<i>Nohara, Erik:</i> Symbolische Schritte ins Nichts: Warum Dieppen eingeladen wurde	36/209
<i>Pausch-Gruber, Ursula:</i> Der Lack ist ab. Koalitionsvereinbarungen zum § 218 ein Sieg des Patriarchats	35/113
<i>Pausch-Gruber, Ursula:</i> Ein Mäuschen für die Parteimeizen. Zum Quotierungsvorschlag des SPD-Parteivorstandes	38/391
<i>Rosenbrock, Rolf:</i> Ein knapper Sieg für die Vernunft. Im Bund vorläufig keine Meldepflicht für AIDS	35/115
<i>Rudolph, Karsten:</i> Im Maschinenraum des Tankers: Es wird umgeschaltet — auch im Westlichen Westfalen	34/ 80
<i>Schauer, Helmut:</i> Gepflegte Unübersichtlichkeit	34/ 23
<i>Schöler, Uli:</i> »Schwarz-Grüne Allianz gegen die SPD«? Über strategische Desorientierungen eines »staatstragenden Linken«	34/ 71
<i>Schöler, Uli:</i> Die Linke und der reale Sozialismus: Mehr Skepsis als Hoffnung. Tagung der Zeitschrift <i>Sozialismus</i> zum Thema »Erneuerung der sozialistischen Länder?« am 25./26.7.1987 in Frankfurt/Main	37/351
<i>Schöler, Uli:</i> s.u. <i>Hansen, Arthur</i>	
<i>Wand, Kurt:</i> Große Koalition oder Rot-Grün in Hamburg?	34/ 77
<i>Wehr, Andreas:</i> »Wir, deutsche Kommunisten und Sozialdemokraten ...« Anmerkungen zum gemeinsamen Papier von SPD und SED	37/293
<i>Wolf, Klaus Peter:</i> Der Kompromiß von Bad Homburg: Kein Friedensvertrag mit Gesamtmetall ..	36/206

Archiv und Dokumentation

Deutschlandplan der SPD (1959)	36/257
--------------------------------------	--------

Interviews

»... wir sind kaum die ersten auf dem Weg der Reformen.« Gespräch mit Professor Andrej Nikiforov	35/134
»... den gegenwärtigen Zustand verändern zu wollen, ist ein Stück sozialdemokratischer Identität.« Gespräch mit Hans-Jochen Vogel	38/435

Reaktionen

<i>Dehm, Diether</i> : Zwei Philosophien, zu schreiben. Entlarvender Journalismus — unsere Stärke? .	34/ 38
<i>Guggemos, Michael, und Uwe Kremer</i> : Erneuerung der Jusos — Fortschritte und Blockaden. Antwort auf Malte Ristau und Martin Gorholt in <i>spw</i> 33	34/ 33
<i>Michal, Wolfgang</i> : Hegemoniegeplapper. Antwort auf Diether Dehm	36/281
<i>Schmidt-Falck, Günther, und Uli Schöler</i> : Betrifft: Uwe Kremer: »Moderner Sozialismus — Eckpunkte der Strategiebildung« (<i>spw</i> 36)	37/366
<i>Steigerwald, Robert</i> : Betrifft: Bruno Neurath: Max Adler (<i>spw</i> 36)	37/373
<i>Gröning, Katharina</i> : Betrifft: Hillevi Burmester und Sabine Brünig: Kongreßbericht in <i>spw</i> 36 ...	37/373

Besprechungen

<i>Affeldt, Werner, und Annette Kuhn (Hrsg.)</i> : Frauen in der Geschichte VII. Interdisziplinäre Studien zur Geschichte der Frauen im Frühmittelalter. Methoden — Probleme — Ergebnisse (<i>K.Schilde</i>)	38/467
<i>Albers, Detlev</i> : Sozialismus im Westen (<i>R.Diehl</i>)	38/471
<i>Berliner Geschichtswerkstatt e.V. (Hrsg.)</i> : Vom Lagerfeuer zur Musikbox (<i>A.Klönne</i>)	37/376
<i>Borries, Bodo von, und Annette Kuhn (Hrsg.)</i> : Frauen in der Geschichte VIII. Zwischen Muttergottheiten und Männlichkeitswahn. Frauengeschichtliche Unterrichtsmodelle für die Sekundarstufe I (<i>K.Schilde</i>)	38/467
Demokratie und Antikommunismus in Berlin 1945 (<i>K.Schilde</i>)	36/284
<i>Dertinger, Antje</i> : Weiße Mäwe, gelber Stern (<i>A.Klönne</i>)	37/376
<i>Ebbighausen, Rolf, u.a.</i> : Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland? (<i>K.Schilde</i>)	36/284
<i>Joeres, Ruth-Ellen, und Annette Kuhn (Hrsg.)</i> : Frauen in der Geschichte VI. Frauenbilder und Frauenwirklichkeiten. Interdisziplinäre Studien zur Frauengeschichte in Deutschland im 18. und 19. Jahrhundert (<i>K.Schilde</i>)	38/467
<i>Geschichtswerkstatt Berlin (Hrsg.)</i> : Die Nation als Ausstellungsstück (<i>K.Rudolph</i>)	37/379
<i>Gröschel, Roland</i> : Tradition und Neubeginn (<i>A.Klönne</i>)	37/376
<i>Haug, Wolfgang Fritz</i> : Die Faschisierung des bürgerlichen Subjekts (<i>T.Banaschewski</i>)	34/ 92
<i>v. Hellfeld, Matthias</i> : Bündische Jugend und Hitlerjugend (<i>A.Klönne</i>)	37/376
<i>Hoffmann, Heinz, und Jochen Zimmer (Hrsg.)</i> : Wir sind die grüne Garde (<i>A.Klönne</i>)	37/376
<i>Jansen, Mechtild (Hrsg.)</i> : Halbe-Halbe. Der Streit um die Quotierung (<i>S.Brünig</i>)	34/ 85
<i>Jonas, Hans</i> : Das Prinzip der Verantwortung (<i>K.H.Wanninger</i>)	36/282
<i>Löw/Matil/Pfabigan</i> : Der Austromarxismus (<i>U.Schöler</i>)	38/468
<i>Löw, Raimund</i> : Arbeiterbewegung und Zeitgeschichte im Bild 1867-1938 (<i>U.Schöler</i>)	38/468
<i>Peukert, Detlev, J.K.</i> : Jugend zwischen Krieg und Krise (<i>A.Klönne</i>)	37/376
<i>Schubert, Alexander</i> : Die internationale Verschuldung. Die Dritte Welt und das transnationale Bankensystem (<i>W.Roth</i>)	34/ 90
<i>Schuon, Karl, u.a.</i> : Politische Theorie des Demokratischen Sozialismus (<i>K.H.Wanninger</i>)	34/ 88
<i>Steiniger, Rolf</i> : Eine vertane Chance? (<i>J.Blume</i>)	37/381
Totenbuch Theresienstadt. Damit sie nicht vergessen werden (<i>U.Schöler</i>)	38/468
<i>Weinzen, Hans Willi (Hrsg.)</i> : Viktor Agartz. Wirtschafts- und Steuerpolitik. Mit der Kontroverse Nell-Breuning SJ contra Agartz (<i>J.Hülsdünker</i>)	34/ 94

Politische Bücher:

Helga Grebing

Arbeiterbewegung und politische Moral

Aufsätze, Kommentare und Berichte zur Geschichte und Theorie der deutschen Arbeiterbewegung, 296 Seiten, 14, DM

Franz Walter

Jungsozialisten in der Weimarer Republik

Zwischen sozialistischer Lebensform und revolutionärer Kaderpolitik
170 Seiten, 5,- DM

Christl Wickert

Zwischen Familie und Parlament

Sozialdemokratische Frauenarbeit in Südniedersachsen 1919-1950
140 Seiten, 16,80 DM

Werner Wobbe

Menschen und Chips

Arbeitspolitik und Arbeitsgestaltung in der Fabrik der Zukunft, 176 Seiten, 16,- DM

Alexander Drexler (Hrsg.)

Modernisierung der Planwirtschaft

Konzepte, Trends und Erfahrungen in Osteuropa, 144 Seiten, 16,- DM

Jürgen Kädtler

Gewerkschaften und Arbeitslosigkeit

Zwischen Vollbeschäftigungsziel und selektiver Besitzstandswahrung
432 Seiten, 30,- DM

Boguslawski/Irrek (Hrsg.)

Ohne Utopien kann der Mensch nicht leben

Beiträge zur Gewerkschaftsarbeit, 264 Seiten, 15,- DM

Jeder kocht seinen eigenen Stahl

10 Jahre Stahlpolitik in der Krise, 216 Seiten, 18,- DM

Menschen ohne Arbeit — Arbeit ohne Menschen

Die Zukunft der Automobilindustrie, 80 Seiten, 3,- DM

Michael Kausch

Erziehung und Unterhaltung

Leo Löwenthals Theorie der Massenkommunikation, 192 Seiten, 16,80 DM

Wolfgang Luthard/Arno Waschkuhn (Hg.)

POLITIK UND REPRÄSENTATION

NEU

Beiträge zur Theorie und zum Wandel politischer und sozialer Institutionen. Mit Texten von Gerhard Göhler, Bernhard Claußen, Jürgen Fijalkowski, Detlef Perner, Roland Czada, Werner Pfennig u. a.

Stichworte zum Inhalt: Institutionentheorie, Eliten, direkte Demokratie, Interessenvermittlung, Verwaltungshandeln, politische Rituale, Ausländerwahlrecht, internationale Vergleiche

ca. 290 Seiten, DM 24,80

ISBN 3-924800-63-4



Thomas Meyer (Hg.)

LIBERALISMUS UND SOZIALISMUS

Beiträge zum Verhältnis zweier Ideologien und gesellschaftlicher Bewegungen. Texte von Angelo Bolaffi, Otto Dann, Dieter Haselbach, István Hülvely, Otto Kallscheuer, Jiří Kosta, Mario Telò u. a.

136 Seiten, DM 19,80

ISBN 3-924800-07-3



Karl Theodor Schuon

POLITISCHE THEORIE DES DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS

Eine Einführung in die Grundelemente einer normativ-kritischen Theorie demokratischer Institutionen und Begründung konkreter Reform- und Demokratisierungsvorschläge

320 Seiten, DM 19,80

ISBN 3-924800-61-8

*SP-Verlag Schüren, Deutschhausstr. 31, 3550 Marburg.
Auslieferung: BücherPresse, Pf. 500266, 2000 Hamburg 50*

SP-Verlag
Marburg

